

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldplennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheinl. Gebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Erdung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Weltweit“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-293 Verlag: Dönhoff 2506-2507

Donnerstag, den 27. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dicksonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenspreise: Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark, Reklameweile 4.- Goldmark, „Kleine Kasse“ das festgedruckte Wort 0,30 Goldmark (außergewöhnlich festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellungszeile das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Buchstabenanzahl für Abkürzungen 0,30 Goldmark, eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,50.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Poincaré gestürzt.

Steht er wieder auf?

Paris, 26. März. (WTB.) Havas meldet: Obwohl Finanzminister de Lasteyrie die Vertrauensfrage gestellt hatte, hat die Kammer, die heute vormittag über das Pensionsgesetz verhandelte, entgegen seinen Wünschen das Gesetz mit 271 gegen 264 Stimmen an die Kommission zurückverwiesen. Finanzminister de Lasteyrie, Minister für Gesundheitswesen Strauß und Unterstaatssekretär Vidal, die für die Regierung anwesend waren, verließen darauf den Sitzungssaal. Der Vorsitzende hob sofort die Sitzung auf.

Paris, 26. März. (WTB.) Havas gibt um 2 Uhr 50 Minuten deutscher Zeit folgende Meldung aus: Die Demission des Kabinetts Poincaré ist vom Präsidenten der Republik angenommen worden.

Paris, 26. März. (WTB.) Der Präsident der Republik hat heute um 5,30 Uhr Poincaré erneut empfangen und ihm die Neubildung des Kabinetts angebot. Der zurückgetretene Ministerpräsident hat sich vorbehalten, seine Antwort bis morgen mittag abzugeben.

Paris, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Millerand sagte zu Poincaré im Laufe der zweiten Unterredung mit ihm, er möge sich bereit erklären, das Werk fortzusetzen, das er seit mehr als zwei Jahren mit voller Billigung der Kammer und des Volkes durchgeführt habe. Poincaré antwortete, er habe den lebhaftesten Wunsch, dem Ruf des Präsidenten der Republik zu folgen, er müsse sich jedoch vorbehalten, seine endgültige Antwort erst morgen vormittag zu geben, da er sich mit einigen Freunden erst besprechen müsse.

Die Kabinettsitzung.

Paris, 26. März. (WTB.) Zur Kabinettsitzung wird berichtet: Als die Minister unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Millerand, im Elysee zusammgetreten waren, unterrichtete der Finanzminister seine Kollegen über die Umstände, unter denen die Ablehnung in der Kammer erfolgt ist. Der Finanzminister bot seine Demission an, indem er erklärte, er allein sei in die Minderheit gefahrt worden; denn die Politik des Kabinetts sei längst durch eine doppelte Vertrauensstundgebung in der Kammer und im Senat gebilligt worden. Poincaré weigerte sich, diesen Standpunkt anzunehmen und erklärte, das gesamte Kabinett sei genötigt zurückzutreten. Millerand erbat Poincaré, die Ministerpräsidentenschaft beizubehalten und gab ihm den Rat, sich noch heute nachmittag vor das Parlament zu begeben; denn man könne annehmen, daß, wenn die Deputierten vor die Verantwortung gestellt werden, sie vielleicht ihre Gelegenheitsabstimmung vom Vormittag zurücknehmen würden. Der Präsident der Republik erklärte weiter, er sei bereit, eine Volkshalt an das Parlament zu richten, um die Motive auseinanderzusetzen, die ihn veranlassen, diese Prozedur vorzuschlagen. Die Minister unterstützten die Ansicht des Präsidenten der Republik. Dieser zog sich alsdann zurück, um es den Mitgliedern der Regierung zu ermöglichen, unter sich zu beraten. Sofort setzte Poincaré das Demissionsgeschehen auf, das alle Minister unterzeichneten. Er überreichte es einige Minuten später dem Präsidenten der Republik. Millerand konnte nur die Demission annehmen. Damit ist die Krise eröffnet. Der Präsident der Republik hat für heute nachmittag 4 Uhr die Präsidenten des Senats und der Kammer zu sich berufen. Als Poincaré das Elysee verließ, erklärte er den Journalisten, sein Entschluß sei unwiderruflich.

Bei der Besprechung der Ereignisse, die sich am gestrigen Nachmittag in Paris abgespielt haben, ist, so wie die Dinge zurzeit liegen, eine gewisse Vorsicht geboten. Der parlamentarische Anlauf der französischen Kabinettskrise - wenn man diese Dinge bereits so nennen kann - war zweifellos untergeordneter Art. Wichtige politische Angelegenheiten pflegt man im französischen Parlament überhaupt nie in Vormittagssitzungen zu behandeln, denen nur eine geringe Anzahl besonders fleißiger Abgeordneter persönlich beiwohnt. Auch ist die Zurückverweisung eines Gesetzesparagraphen an einen Ausschuß kaum eine hochpolitische Aktion. Sie gewann in diesem Fall nur dadurch an Bedeutung, daß der Finanzminister de Lasteyrie die Vertrauensfrage gestellt hatte. Dieser Lasteyrie ist überhaupt ein Unglücks Mensch, der schon bei früheren Gelegenheiten das Kabinett in unangenehme Situationen gebracht hatte. In den letzten Wochen, seit dem Franksturz und der dadurch bedingten Einbringung eines finanziellen Ermächtigungsgesetzes, stand er fortwährend am Marterpfahl. Jedesmal, wenn er bei der Erörterung technischer Einzelheiten von der Opposition bedrängt wurde, zog er sich aus der Affäre, indem er die Vertrauensfrage stellte. Das ist ihm einige Duzend Male sowohl in der Kammer wie im Senat gelungen, gestern aber unerwarteterweise nicht.

Wahrscheinlich hatten eine ganze Reihe von abwesenden Abgeordneten ihren „Schachtelführern“, wie man die Vertrauensmänner der Fraktionen drüben nennt, bestimmte Weisungen erteilt, zumal die Wahlen vor der Tür stehen und man die interessierten Wählerschichten nicht vor den Kopf stoßen wollte. Es ist indessen durchaus wahrscheinlich, daß einzelne von diesen Abwesenden es nicht darauf hätten ankommen lassen wollen, durch ihren Stimmzettel die Regierung zu stürzen. Man kann sogar mit Bestimmtheit sagen, daß, wenn Poincaré selbst anwesend gewesen wäre und die Vertrauensfrage persönlich gestellt hätte, das Resultat wesentlich anders ausgefallen wäre. Alle diese Umstände sprechen dafür, daß die gestrige Abstimmung letzten Endes doch nur eine Zufalls-mehrheit gegen die Regierung ergab.

Alle diese Argumente sind zweifellos in der Kabinettsitzung zur Sprache gebracht worden. Daß sich gerade Millerand mit besonderer Wärme für das Verbleiben Poincarés im Amt einsetzte, ist sicherlich nicht auf eine besondere Sympathie des Präsidenten der Republik für den Ministerpräsidenten zurückzuführen - denn der gegenseitige Haß der beiden Männer und noch mehr ihrer Frauen ist notorisch -, sondern mehr auf die Tatsache, daß eigentlich niemand unmittelbar vor den Wahlen einen Regierungswechsel wünscht. Nicht einmal die Opposition der Linken ist auf die Ueberrahme der politischen und finanziellen Erbschaft Poincarés besonders begierig. Das hat sich ganz deutlich bei den Schlußabstimmungen des Senats gezeigt, wo die gesamte radikale Linke, die zahlenmäßig die Möglichkeit gehabt hätte, Poincaré zu stürzen, es vorzog, geschlossen Stimmhaltung zu üben. Für den Linksbund ist es nämlich in der Wahlzeit agitatorisch viel nützlicher, in der Opposition zu sein und auf die Folgen der zweijährigen Regierungszeit Poincarés hinzuweisen, als sich selbst der Gefahr auszusetzen, als neuer Regierungsbund die Verantwortung für gewisse befürchtete außenpolitische und wirtschaftliche Rückwirkungen des Poincarismus tragen zu müssen.

Unklar bleibt bei alledem die Haltung Poincarés. Er, der bisher stets mit dem Argument operieren ließ, daß sein Sturz eine „nationale Katastrophe“ für Frankreich sein würde, und daß man bei der Nachricht seines Rücktritts „in Berlin Freudenfeuer anzünden“ würde, er, der sich noch vor kurzem mit einer winzigen und politisch wenig einwandfreien Mehrheit im Senat begnügt und dadurch den Eindruck erweckt hatte, daß er - natürlich nur im Interesse der Nation - am Amt klebe, sollte sich auf einmal den dringlichen Aufforderungen seiner Ministerkollegen und sogar Millerands hartnäckig widersetzen haben? Tatsächlich hat er beim Verlassen des Elysees den Journalisten erklärt, seine Demission sei „unwiderruflich“. Aber drei Stunden später, nach einer neuen Unterredung mit Millerand, ließ er, wie es scheint, wieder mit sich über die Neubildung des Kabinetts reden; die „Vorbehalte“, die er bei dieser Gelegenheit geltend gemacht haben soll, sehen nicht sehr ernst aus; denn, wenn er sich nur noch mit seinen Freunden besprechen will, dürfte das Ergebnis dieser Rücksprache kaum zweifelhaft sein, da alle seine Freunde ihn geradezu bestürmen, sein „nationales Werk“ fortzusetzen.

Unwillkürlich erinnert man sich daran, daß auch sein beseligter Kollege Thunis nach seinem letzten Sturz überall feierlich verkündet hatte, er würde „niemals“ das Kabinett wieder bilden. Acht Tage später nahm er jedoch die erneute Berufung durch den König an. Poincaré dürfte jedoch seinen „unwiderruflichen“ Entschluß schon nach 24 Stunden widerrufen.

Aber Poincaré ist bekanntlich ein Advokat, der auf dem Gebiete der Haarpalsterien und Buchstabendeutungen jeden Reford schlägt. Und in diesem Falle wird es für ihn ein Kinderspiel sein, nachzuweisen, daß er sich keinen Mangel an Logik und Konsequenz zuschreiben hat kommen lassen: „Unwiderruflich“, wird er sagen, „war nur mein Entschluß, von der Spitze dieses Ministeriums zurückzutreten; aber, daß ich nicht bereit war, ein neues, etwas anders zusammengesetztes Kabinett zu bilden, habe ich niemals behauptet“.

Das dürfte in der Tat des Pudels Kern sein. Seit Monaten wird nämlich Poincaré von seinen wärmsten Anhängern im Nationalen Bund gedrängt, einzelne Minister davon zuzugewinnen. Das gilt einmal für de Lasteyrie, der allzu oft eine unglückliche Rolle gespielt hat und fast zu einer komischen Figur geworden ist; das gilt aber vor allem für den Innenminister Maunoury, der dem Nationalen Bund ein Dorn im Auge ist, weil er im Verdacht steht, mit dem Linksbund zu liebäugeln und die Wahlen nicht energisch genug durch die Präferken im Sinne der gegenwärtigen Kammermehrheit beeinflussen zu lassen. Indessen hatte Poincaré, der bisher

noch immer einen gewissen Anhang auf der Linken besitzt, der ihm sowohl für die Gegenwart wie auch vor allem für die Zukunft besonders wertvoll ist, Maunoury gehalten. Eine Preisgabe dieses Innenministers, dessen Ausschiffung vor allem von den Royalisten gefordert wird, würde ihm als eine Kapitulation vor der äußersten Reaktion angekreidet werden. Dazu konnte er sich bisher nicht entschließen.

Indessen ist es nicht unwahrscheinlich, daß er die Gelegenheit der gestrigen Abstimmung nicht ungenutzt ergriffen hat, um eine „Regierungskrise“ zu eröffnen und dabei diese heikle Operation vorzunehmen. Charakteristisch war der Ausruf Daudeis am Schluß der regierungslosen Nachmittags-sitzung: „Nieder mit Maunoury!“ Wenn, wie es den Anschein hat, Poincaré die Neubildung des Kabinetts übernimmt, dann wird man mit besonderem Interesse auf die Besetzung des Innenministeriums blicken müssen. Wird Maunoury ersetzt, dann bedeutet dies innerpolitisch den letzten Rud Poincarés nach rechts vor den Neuwahlen. Dann wäre aber auch die ganze „Regierungskrise“ als eine Komödie entlarvt.

Die entscheidende Abstimmung.

Paris, 26. März. (WTB.) Ueber den Verlauf der heutigen Sitzung der Kammer ist folgendes zu berichten: Die Kammer beriet das Gesetz über die Zivil- und Militärpensionen. Der Senat hatte eine Abänderung an dem von der Kammer genehmigten Entwurf vorgenommen, wodurch die Ausgaben wesentlich erhöht wurden. Ueber dieses vom Senat zurückgekommene Gesetz ist gestern nachmittag die Generaldebatte eröffnet worden. Heute vormittag wurde die gestern begonnene Debatte fortgesetzt.

Zu Beginn der Sitzung, der Finanzminister de Lasteyrie beiwohnte, verzichtete eine Anzahl Redner auf das Wort, um die Generaldebatte abzukürzen und um zur Einzelberatung der Artikel des Gesetzes zu gelangen. Nun stellten die Abgeordneten Baugssou und Offola wegen der Frage der Staatsarbeiter, die nicht in gleicher Weise durch das Gesetz behandelt würden wie die pensionierten Militärs, den Antrag, das Gesetz nochmals an den Finanzausschuß zur Beratung zurückzuverweisen. Gegen diesen Antrag sprach Finanzminister de Lasteyrie, indem er erklärte, dieses Verfahren würde eine neue Verzögerung und unnötige Diskussionen hervorrufen. Er verlangte, daß die Kammer auf eine Zurückverweisung an den Ausschuß verzichte und stellte deshalb die Vertrauensfrage.

Trotz dieses Eingreifens des Ministers blieb Abgeordneter Offola dabei, daß die Zurückverweisung an den Ausschuß notwendig sei. Es entstand eine Diskussion, in deren Verlauf auch der stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Abgeordneter Brausse, seine Kollegen beschwor, im allgemeinen Interesse auf die Zurückverweisung an die Kommission zu verzichten. Um 11 Uhr 20 Minuten wurde die Debatte geschlossen, und es wurde zur Abstimmung geschritten. Es stellte sich heraus, daß eine Auszählung notwendig sei. Die Sitzung wurde deshalb vertagt. Um 11 Uhr 55 Minuten verkündete der Vorsitzende das bereits mitgeteilte Ergebnis. Der Antrag auf Zurückverweisung des Pensionsgesetzes an den Ausschuß wurde mit 271 gegen 264 Stimmen angenommen. Die anwesenden Minister de Lasteyrie und Strauß und der Unterstaatssekretär Vidal verließen sofort nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses den Sitzungssaal.

Kammerstimmung in der Kammer.

Paris, 26. März. (WTB.) In den Wandelgängen der Kammer ging es den ganzen Nachmittag sehr lebhaft zu. Havas berichtet, daß sofort nach Aufhebung der Kammer Sitzung gegen Mittag von den anwesenden Abgeordneten, Senatoren und Journalisten über die etwas unnormalen Abstimmungsverhältnisse in der Sitzung diskutiert worden sei. Die vorherrschende Meinung sei dahin gegangen, daß die allgemeine Politik der Regierung durch die Abstimmung nicht in Mitleidenschaft gezogen werde und daß die Kammer durch ihre Haltung in der kurzen Nachmittags-sitzung diesen Eindruck bestätigt habe. Unter diesen Umständen habe man allgemein die vernünftigerweise Lösung der Krise in der Wiederberufung Poincarés erblickt, und die Mehrheit der Kammer habe der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es Millerand gelinge werde, den Widerstand des zurückgetretenen Ministerpräsidenten zu überwinden.

Paris, 26. März. (WTB.) Die Kammer trat heute nachmittag 3,10 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Etwa 300 Abgeordnete sind anwesend. Die Regierungsbank ist leer. Eine Anzahl Abgeordneter verlangt sofort das Wort, um ihre Abstimmung von heute vormittag zu berichtigen. Die Abendblätter stellen namentlich fest, daß in der heutigen Vormittags-sitzung nur etwa 100 Abgeordnete anwesend waren, so daß für die meisten Deputierten andere Abgeordnete Abstimmungszeit in die Urne gelegt haben.

Der Abg. Rolinier, der erklären will, daß nicht die Kammer, sondern die Regierung in der Frage des Pensionsgesetzes ihre Haltung geändert habe, daß aber auf alle Fälle er und seine

Freunde in der Außenpolitik nach wie vor für die Regierung seien, kann sich nicht Gehör verschaffen.
 Der V. r. m. legt sich erst als Abg. Kl. für eine Tagesordnung zu sprechen beginnt, in der festgestellt wird, daß am Vormittag eine Anzahl Abgeordneter durch die Verhandlungen in den Kommissionen verhindert gewesen sei, an der Abstimmung teilzunehmen. Die Abgeordneten seien nicht von der Bedeutung in Kenntnis gesetzt worden. Hierauf beantragt der Abg. Dariae, der Vorsitzende des Finanzsausschusses, die Sitzung der Kammer auf Freitag nachmittags drei Uhr zu versetzen in der Hoffnung, daß eine Regierung vorhanden sei (der lothringische Abg. Francois ruft: „Gewiß! Herr Poincaré!“), damit die Budgetmittel und der Wiederaufbau zur richtigen Zeit durchberaten werden könnten. Der Vorschlag Dariae wird angenommen und die Sitzung um 3.45 Uhr geschlossen.

In diesem Augenblick ruft der radikalische Abg. Daudet: „Nieder mit Manougé, die Abgeordneten der Mittelpartei rufen: Es lebe Poincaré, auf der äußersten Linken schreit man: Es lebe die Republik!“

Vertrauenskundgebungen für Poincaré.

Paris, 26. März. (W.Z.) Unter Führung des Abgeordneten Dagués haben die Kammergruppe der republikanischen und demokratischen Linken, der u. a. der Kammerpräsident und der Abg. Boucheur angehören, und die Kammergruppe Arago heute nachmittags in einer gemeinsamen Sitzung Vertrauensresolutionen zugunsten Poincarés angenommen und den Wunsch ausgesprochen, daß er sobald wie möglich die Leitung der französischen Innen- und Außenpolitik wieder übernehme.

Kommentare der Pariser Abendblätter.

Paris, 26. März. (W.Z.) In Besprechung der Demission Poincarés stellt der „Temps“ die Frage, ob die Kammer über ihre Abstimmung genügend nachgedacht habe. Zwischen der Regierung, die nicht einen einzigen Tag ausgehört hätte, die höchsten nationalen Interessen sich vor Augen zu halten, und der Kammer, die in einer dunklen Vormittagsitzung sich zu einer Kundgebung von Wahlmännern hergeben, ohne zu berechnen, welche politische Tragweite ihre Taten haben könnten, werde das Land ein schweres Urteil fällen über die, die in der letzten Stunde der Legislaturperiode kampfhaft das Ministerium Poincaré stürzten.

„Liberté“ schreibt: Die Abstimmung der Kammer ist vor allen Dingen eine Abstimmung der Wahlfürst, eine demagogische Abstimmung. Die Abgeordneten sollten eben morgen vor ihren Wählern erklären können: Wir haben für die höchsten Pensionen gestimmt. Was wird aus dieser Krise hervorgehen? Höchstwahrscheinlich ein Zusammenfallen des Ministeriums. Wenn Poincaré das ausnützen wollte, um sein Kabinett von unpopulären Elementen zu säubern, dann würde er seine Kräfte vermehren, dann würden die Gegner der Regierung sowohl Poincaré als auch dem gesamten Lande einen ungeheuren Dienat erwiesen haben.

„Journal des Débats“ sagt: In allen Punkten, bei allen Abstimmungen habe die Regierung in beiden Parlamenten die Mehrheit gehabt. Sie habe sich ihre Zustimmung zu ihrer Politik verschafft, sie habe zuweilen die Verantwortung übernommen und das Parlament daran teilnehmen lassen. Heute würde jeder Wechsel die öffentliche Meinung verwirren. Das Kabinett sei zurückgetreten im Anschluß an eine Abstimmung des heutigen Vormittags, es werde sich morgen neu bilden und Poincaré werde Ministerpräsident bleiben.

Zurückhaltung in London. — Ein Reuter-Kommentar.

London, 26. März. (W.Z.) Die Nachricht von der Niedertage Poincarés in der Kammer und von seiner Demission wird in offiziellen Kreisen mit stilliger Zurückhaltung aufgenommen mit Rücksicht darauf, daß es sich um eine rein innerpolitische Sache handle.

Aus anderen verantwortlichen Kreisen erzählt Reuter: Die Demission des französischen Ministerpräsidenten hat in England erhebliche Ueberraschung hervorgerufen und wird durchaus nicht als ein Grund zum Frohsinken betrachtet. Man glaubt, daß Poincaré einwilligen wird, sich seinen Entschluß noch einmal zu überlegen. Der allgemeine Eindruck geht hier dahin, daß es für England entschieden besser ist, den der Linken angehörenden (?) Poincaré an der Spitze der Staatsgeschäfte zu haben, als eine Regierung, die aus Mitgliedern der äußersten Linken

zusammengesetzt ist, mit Poincaré in der Opposition. Eine solche Kombination könnte natürlich nur sehr kurze Zeit dauern. Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die persönlichen Beziehungen zwischen Poincaré und Macdonald ausgezeichnet sind, und daß, obwohl die beiden Staatsmänner niemals persönlich zusammenkamen, doch als Ergebnis ihres Notenwechsels eine ganz neue Atmosphäre zwischen den beiden Ländern geschaffen worden ist. Der Fall Poincarés bedeutet kein Ende dieser günstigen Atmosphäre. Der Notenaustausch ist nicht vergebens gewesen, da die guten Beziehungen zwischen der britischen Regierung und Poincaré und dem großen Teil der öffentlichen Meinung, die in Frankreich hinter ihm steht, ob er im Amte ist oder nicht, aufrechterhalten bleiben.

Sensation in Brüssel.

Brüssel, 26. März. (E.P.) Die Meldung von der Demission des Kabinetts Poincaré ist um 2 Uhr in Brüssel bekanntgeworden. Sie hat in politischen Kreisen ungeheure Sensation hervorgerufen. In Regierungskreisen äußert man die Ansicht, daß der Rücktritt des Kabinetts Poincaré kurz vor dem Erscheinen der Sachverständigenberichte verhängnisvolle Folgen haben könne. Man hofft, daß Millerand Poincaré von neuem mit der Regierungsbildung beauftragt wird. In diesem Falle würde das Kabinett mit geringen Veränderungen bis zur endgültigen Regelung aller schwebenden internationalen Fragen im Amte bleiben. In den Kreisen der Ruhrgegner legt man unverhohlene Freude an den Tag und hofft, daß ein radikales Ministerium dem Kabinett Poincaré folgen wird.

Die „Stahlhelm“-Diktatur.

Keine Antworten, aber allerhand Ausreden.

Im Anschluß an die Veröffentlichung der Stahlhelm-Dokumente am Montag haben wir an den früheren Reichskanzler Dr. Stresemann und an den General v. Seekt einige Fragen gerichtet, die bisher beziehungsweise nicht beantwortet worden sind. Dieses Schweigen ist außerordentlich viel sagend. Man kann nach ihm also annehmen, daß der Bundesvorsitzende des „Stahlhelm“, der volksparteitliche Kaufmann Seidte, mit seinen Diktaturplänen mehrfach bei Stresemann und auch bei General Seekt gewesen ist, ohne daß er sofort wegen Verfalls der Amtsnötigung verhaftet wurde. Die Herren haben also, wie sie durch ihr Schweigen bestätigen, sich von der „Stahlhelm“-Macht „ultimative“ Forderungen stellen lassen, ohne sofort daraus die allein möglichen Konsequenzen zu ziehen.

Während die Amtsstellen so bereit zu schweigen wissen, arbeitet der Dementierapparat des „Stahlhelm“-Bundes um so eifriger. Die volksparteitliche „Zeit“ wußte zu melden, daß der „Stahlhelm“, „treu zur Weimarer Verfassung“ stünde. Wer ihr diesen Bären aufgebunden, möchten wir gern wissen, werden aber wohl nicht erfahren. Es ist jedoch gegenüber den dreifachen Abseugnungen notwendig, an den Beschluß zu erinnern, den die telegraphisch nach Magdeburg zusammengerufenen Stahlhelmbund-Führer am 4. November 1923 — also vor dem Hitler-Busch — faßten, telegraphisch an Stresemann weitergaben und dann durch Wolffs Bureau verbreitet liehen:

„Wie einst im August 1914, so treten auch heute in schwerster vaterländischer Not die deutschen Frontkämpfer auf den Plan. Im Namen von Millionen ehemalsiger Soldaten werde ich der am 4. November in Magdeburg zusammengetretene Bundesvorstand des Stahlhelms der Frontsoldaten an Sie, Herr Reichskanzler, mit der Forderung, nunmehr umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parlamente, Parteien und Interessensverbände behindert ist.“

So geht's nicht weiter! Man verhandelt, aber handelt nicht. Millionen hungern. Tausende schlennen. Inzwischen reihen Lumpen Teile des deutschen Vaterlandes ab. Nur die sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur kann Deutschland retten. Wir verlangen nunmehr von Ihnen, Herr Reichskanzler, daß Sie diese

Diktatur umgehend schaffen. Warum machen Sie von den in Ihrer Hand befindlichen Machtmitteln nicht reiflichen Gebrauch?

Handeln Sie, damit nicht andere handeln!

Der Bundesvorstand des Stahlhelms (Bund der Frontsoldaten).

Das also war am 4. November die „Verfassungstreue“ des „Stahlhelms“, von der Stresemanns Organ jetzt zu reden weiß. „Handeln Sie, damit nicht andere handeln!“ Am 8. November handelten andere, nämlich Hitler und Ludendorff, und sie warteten nur auf die „Herren aus dem Norden!“

Wir wiederholen also unsere Fragen: Haben Stresemann und Seekt die ultimativen Forderungen Seidtes von ihm entgegengenommen, ohne ihn verhaften zu lassen? Und warum haben sie diesen Versuch der Amtsnötigung und der Berleutung zum Hochverrat nicht erkannt und nicht danach gehandelt?

Der jetzige Leiter der Stahlhelm-Pressstelle benutzt auch die „Voss. Zig.“ zu allerhand Ausreden über den Diktatur-entwurf. Der sei von dem früheren Redakteur der „Bundeszeitung“ als „Privatarbeiter“ ausgestellt und nur deshalb in die Akten des Bundes gekommen, weil der Redakteur im Bureau seine Privatarbeiten verrichtete! Das sind erbauliche Sachen, und man sucht Gläubige, die das glauben!

Inzwischen legt der „Stahlhelm“ Wert auf die Feststellung, daß er „verfassungstreu“ sei. Einer seiner Hauptführer aber, der ehemalige Obersteuermann Hüsterberg, bestritt sich in der Presse bitter darüber, daß der demokratische Regierungspräsident Pöhlmann bei einem „Stahlhelmtag“ die politische Geschmacklosigkeit gehabt habe, ein Hoch auf die deutsche Republik auszubringen! Das sind die Republikaner des Stahlhelms! Wenn die Volkspartei daran Gefallen findet, wollen wir ihr das Kriegsteilnehmerbünd „Reichshannover Schwarzrotgold“ bald einen wirklichen Schutz der Verfassung bietet und damit die reaktionären Stahlhelmer endlich dahin befördert, wohin sie gehören, in die Reihen der Feinde der Republik!

Im Preussischen Staatsrat hat die Sozialdemokratische Fraktion folgende förmliche Anfrage eingebracht:

Nach Bekundungen im Hochverratsprozeß gegen Hitler, Ludendorff und Genossen ist im vorigen Jahre u. a. ein Freiherr v. Gays bestimmt gewesen, an der Bildung eines Direktoriums teilzunehmen, das an die Stelle der verfassungsmäßigen Reichsregierung treten sollte. Sind der Staatsregierung die Namen der Mitglieder des geplanten Direktoriums bekannt und befinden sich unter ihnen preussische Staatsbeamte, Mitglieder des Landtags und des Staatsrats? Wir fragen die Regierung, was sie wegen einer etwaigen Beteiligung an einem hochverräterischen Unternehmen veranlaßt hat oder noch zu veranlassen gedenkt.

Reichswehfragen im Unterhaus.

London, 26. März. (W.Z.) Im Unterhause fragte das konservative Mitglied Sir Frederick Hall den Staatssekretär des Aeußeren, ob er mittelmitteln, welche Schritte augenblicklich von den Alliierten unternommen würden, um die Beobachtung der Bestimmungen des Versailler Vertrags, betreffend die Stärke militärischer Streitkräfte, durch Deutschland zu erzwingen. Ferner, ob der Staatssekretär eine Information erhalten habe über das Verfahren, das gegen Prof. Quibde eingeleitet worden sei, weil er auf die ausgedehnten militärischen Übungen hingewiesen habe, die jetzt in allen Teilen Deutschlands unter Aufsicht der Reichswehr abgehalten würden. Der Unterstaatssekretär des Aeußeren Ponsford erwiderte, infolge der Ereignisse zu Beginn des Jahres 1923 sei die volle militärische Kontrolle suspendiert worden. Die Alliierten beabsichtigen jetzt, die Kontrolle, zu der sie durch den Vertrag berechtigt seien, wieder aufzunehmen. Verhandlungen seien gegenwärtig mit der deutschen Regierung über das künftige Verfahren im Gange. Die Antwort auf den letzten Teil der Frage laute bejahend. Es seien eben Dokumente bei der Regierung eingetroffen, und die Frage werde weiter erwogen.

Der Fall Erich Kleiber.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Wird es einen Fall Kleiber? Nein; aber es gibt einen Fall Kleiber-Substitut. Und das will betrachtet sein. Bis zum Jahre 1923 nannte den Namen Erich Kleiber kein Heldentum, keine Hama, kein Niemann. Das Schicksal seiner Berufung nach Berlin ist in guter Erinnerung, ist in schlechter Erinnerung. Als zweiter Kapellmeister der Staatsoper, als koordiniert dem aufstrebenden Kiebert, als übergeordnet allen anderen Dirigenten, als Generalmusikdirektor mit einigen Befugnissen des Operndirektors und Intendanten dazu. Raum für er im Sattel, da reitet er das Pferd unter seinen Schenkeln nach neuem Schritt, im Galopp zu. So dachte man. Aber es geschah zunächst nicht viel, dann wenig, zuletzt nichts Aufregendes. Ein paar überflüssige Entlassungen, ein paar Engagements, drei Opern des Repertoires auf neu gestrichen (glanzvoll gestrichen), eine Erstaufführung. Dies das Requisite einer halbährigen Arbeit in der Staatsoper. Dennoch hatte Kleiber nach vier Wochen schon eine Position in Berlin, wie sie kein Strauß und Weingartner nach vier Jahren besaßen. Das spricht für die Energie, für das suggestive Rhythmus einer Persönlichkeit von unbestimmtem Willenscharakter. Auch für das künstlerische Höchstformat? Ueber einen bisher Unbekannten, der auf erhabenen Posten in jungen Jahren gelangt, können die Wogen der Begeisterung. Kein Zweifel: Dieser Mann mit den verfallenen, strengen Zügen, mit dem strahlenden Blick, ist beliebt, ist Sensation, ist Licht, in das die Motten fliegen. Noch vor dem Beweise seiner hohen Berufung liegt ihm der goldene Vorbeier zu. Kleiber ist Trumpf im Spiel. Atribut jeder Publikumsbegeisterung ist die Unabwiesbarkeit. Aber wer jetzt olympisch hoch steht, kann er nicht in einem Jahre zu den anderen entgitterten Göttern hinaufstürzen? Vor solchem Sturz aber sollte der Hochbegabte geschützt werden. Gerade das schäufte an ihm scheint die latente, noch nicht völlig durchgebrochene künstlerische Kraft, scheint die Entwicklungslinie seines Beweises zu sein. Er ist praktisch ungleich. Gerät er an den rechten Meister, so ist er der rechte Mann dazu, den Meister als Nachdichter zu meistern. So bei Scriabine, so bei Dooret, Smetana. Nun entdeckt aber ein spürbarer und missender Mann, daß Kleiber die begabteste linke Hand hat, die seit Mahler Zeichen gab. Wie wirkt das auf den jugendlichen Dirigenten? Er posiert mit der Antike, er eskamotiert den Stod von rechts nach links, er leat ihn beiseite, er hält die linke Faust auf dem Rücken. Was als plötzliche Eingebung schön und gut war, wird, methodisch, zur Force. Auch das Dirigieren mit dem Blick, mit schlaf hängenden Armen, das hypnotisieren der Musiker, wirkt nicht inspiratorisch, sondern gewollt. Es fehlt überall an Grandezza, an Weltmännlichkeit, an Lebenswahrheit; die philosophische Härteigkeit überwuchert noch die nachschöpferische Intuition. Das Gemüt ist still. Was an Kleiber ist im Werden. Aber zum unvollkommenen Gestalter, zum konstruktiven Baumeister fehlt ihm bisher noch die große Beweismächtigkeit. Man nenne ihn daher nicht das größte Dirigergenie seit Mahler. Best ihm Zeit, sich hinaufzuentwickeln! Wir bewundern an Kleiber aber auch höchste die herbe, präzise, resolut zupadende Zeichengebung, die eine organische Folge seines rhythmischen Schöpfers ist. Wir schätzen seine temperamentvollen Entlassungen, sein Hinanf-

treuehören des Orchesters, seinen Wangel an Sätze und Sentimentalität, selbst da, wo eine Variation sie methodisch zu malen scheint. Wir freuen uns der suggestiven Gesamtleistung, die, ohne gerade groß in der Konstruktion zu sein, doch ein Wollast von feinen, wirkenden Einzelheiten darstellt; und wir begrüßwünschen jedes Orchester, das von ihm diszipliniert wird, das von ihm Antrieb erhält. Dies unser Urteil über das Talent Kleiber nach seinem Strauß-Abend (Don Juan, Alpenfonie resp. Phantasie) und der Smetana-Morgenfeier bei Kroll. Bei letzterer allerdings war der Eindruck stärker, weil ja hier — in der „Vaterlands“-Musik — der elementare Rhythmus des Böhmertandes einem rhythmisch elementar fühlenden, männlichen Musiker entgegenkam. Die Mitglieder der „Volkshöhne“ klerieren den praktisch in die Streita und die Polka hineinstoßenden Interpreten wirbelnden Temperaments besonders hell. Sehr schön war es, daß Kleiber in den sonst von Wendelslohn geschriebenen Songmelodien durch straffe Akzentuierung und vorbildliches Phrasieren dem Akkordfallern einen Stich ins Bedeutende zu geben versuchte. Im übrigen spielt sich das mit einer Staatskapelle fast von selbst. Alles in allem: Kleiber ist wohl ein kommende Mann. Man lasse ihm Zeit.

Furtwängler verabschiedete sich indessen. Mit der IX. Symphonie, die er für die Pensionisten der Philharmoniker spielte. Nun reist er mit seiner ihm treu ergebenen Künstlergar durch Norddeutschland und die Schweiz. Früher war mit dem letzten philharmonischen Konzert die Saison beschloffen. Jetzt ist das anders. Und es stehen noch große Dinae bevor. Den Philharmonikern aber, dieser Kerntruppe des künstlerischen Berlin, rufen wir, wie ihrem herrlichen Führer, ein „Gutlauf“ zu. Sie mögen zu neuen Taten froh zurückkehren!

Hans Mackenroth wollte eigene Kompositionen vortühren. Um die vielen, die nicht alle werden, anzufodern, verkündeten Plakate und Billetts, daß zu dieser Veranstaltung (zu Ehren der Gefallenen) „S. N. H. der deutsche Kronprinz“ persönlich geladen sei. Mackenroth ist der Name eines berühmten Frauenarztes. Heißt also „zu Ehren der Gefallenen“ etwa „zu Ehren der gefallenen Mädchen“? Kann. Denn was sollte der ehemalige Kronprinz dori? Friedrich Wilhelm aber war auf alle Fälle älger als der Herr Komponist. Er erschien nicht. Ganz lug aber wor das Blüthner-Orchester: es erschien ebenfalls nicht. Und so war die lächerliche Anpreisung und Reklame eines Gefallsüchtigen ins Wasser gefallen. 1924, im sechsten Jahre der Republik, an den Iden des März.

Deutschnationale Hege gegen die Volksbühne.

Dem Angriff der „D.N.Z.“ ist eine deutschnationale Anfrage in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gefolgt, die in die gleiche Kerbe schlägt. Die Herren Koch und Dettleffen haben den Kobethymarsch als nationale Einrichtung gefordert. Zeitungsnachrichten zufolge — so lautet ihre Anfrage — wird dem Besucher der Volksbühne zu jeder Vorstellung eine kleine Zeitung in die Hand gedrückt. In einer der letzten Nummern dieser Zeitung soll folgende Nachricht gestanden haben: „Es ist der Volksbühne gelungen, die Direktion des Großen Schauspielhauses zu zwingen, den „Jägerbaron“ vom Spielplan abzujehen, weil im

lichten Akt von einer auf die Bühne kommenden Militärkapelle der Kobethymarsch gespielt wird. Dieser Marsch löse stets eine nationale Bewegung bei der Zuhörerschaft aus.“ — Ferner soll die Zeitung geschrieben haben, man müsse viel mehr französischen Autoren das Recht geben, in Deutschland ihre Stücke aufzuführen. Ist dem Wagtstir bekannt, daß die von der Stadt finanziell unterstützte Volksbühne in so bedenklicher Art und Weise politische und antimationale Propaganda treibt, und wie stellt er sich dazu?

Wums! Da, wie stellt sich der Magistrat zu diesen Verdrungen einer plammöglichen Hege? Den Laibstand haben wir gestern bereits festgestellt, wir brauchen ihn nicht zu wiederholen. Die Volksbühne hat ihre Pflicht gegen Kunst und Mitgliedschaft erfüllt, indem sie beide vor nationalstillschen Ueberfällen schützte und ordnungsmäßig verlaufende Aufführungen sicherte. Kann das der Pfarrer Koch verstehen? Gewiß nicht, aber er hätte sich immerhin besser orientieren können. Die Besucher der Volksbühne bekommen nicht eine Zeitung in die Hand gedrückt, sondern die Mitglieder erhalten ihr Nachrichtenblatt. Darin stand auch nicht der wörtlich zitierte Abschnitt. Und der Passus über die französische Literatur ist sehr ungenau wiedergegeben. Wir legen ihn deshalb wörtlich her:

„Die Zeitung der Volksbühne glaubt nicht, daß diese Fernhaltung einer bedeutenden Literatur der deutschen Kultur u. u. zumal in der jungen französischen Dichtung Tendenzen leuchtend sind, die maßvoll nach einer Verständigung der Nationen rufen. Deshalb will es die Berliner Volksbühne übernehmen, zunächst wenigstens in einer literarischen Morgenfeier junge französische Dichtung im Theater am Bismarckplatz zu Gehör zu bringen. Die vertraut darauf, daß ihre Mitglieder dabei auf der Hut sind, um nationalstillsche Gegendemonstrationen, wie sie nach den letzten Theaterfesten in Dresden usw. befürchtet werden könnten, im Keime zu ersticken.“

Bravo, Volksbühne! Du warst auf dem rechten Wege, als du beschloßest, der Stimme der Menschheit, die auch in Frankreich erklingt, in Deutschland ein Echo zu geben. Da die Reklame des Herrn Koch offenbar aufgehört hat, der Verdrung der Wölfer zu dienen, ist diese um so mehr Aufgabe der Kunst, wenigstens einer Kunst, wie sie die Volksbühne immer verstanden und gepflegt hat.

Es höre den Kaitationsbedürfnissen dieser bürtesten Anfrage Rechnung tragen, wollte man den Stadtvätern zumuten, sie ernsthaft zu behandeln. Die Stadt Berlin hat einmal großzügige und volkstümliche Kunstpolitik getrieben, als sie der Volksbühne durch eine Hypothek half, ihr stolzes Haus zu Ende zu bauen. Die frühere manchesterliche Mehrheit der Verwaltung verdient heute noch Tadel, daß sie nicht mehr auf diesem Gebiet getan hat. Es ist ein ergötliches Nachweil zu dem einen erfreulichen Akt, daß die Deutschnationalen ihn nachträglich kofferren möchten. Klüngen Sie die Hypothek, die einzige, die die Stadt Berlin bei der Kunst hat, meine Herren Deutschnationalen, Sie werden für die Unverständlichkeit das Ihre getan haben!

Das preussische Geheim Staatsarchiv wurde Willmoch vorzeitig durch einen förmlichen Einwirkungsakt in seinem neuen Heim in Berlin-Dahlem wieder eröffnet. In der Veranstaltung hatten sich die preussischen Minister und Vertreter schweidiger Behörden eingeschrieben.

Lobenswerte Sozialdemokraten.

Aber nur im Ausland.

Für die „nationale“ Presse gilt im allgemeinen der Grundsatz, nur den deutschen Mann und — für Kirche, Rüche und Kinderstube — auch die deutsche Frau gelten zu lassen, alles ausländische aber als persisch, türkisch, negermäßig, kurz in jeder Beziehung minderwertig herunterzureden. Diesem Grundsatz entsprechend müßte sie eigentlich auch die deutschen Sozialdemokraten loben und auf die ausländischen schimpfen. Da aber sieht sie den Kopf zwischen die Beine und sieht alles verkehrt. Die ausländischen Sozialdemokraten werden gefeiert und gelobhudelt und die deutschen werden heruntergerissen.

Vom verstorbenen Genossen Tuzar liest man jetzt sogar in der „Kreuzzeitung“, daß er ein einsichtiger, klar urteilender und sehr ernsthafter Politiker gewesen ist. Daneben steht eine wilde Schimpfnotiz, in der behauptet wird, der „Vorwärts“ habe durch seine „Vorbereitung“ den Zusammenbruch Deutschlands im Kriege herbeigeführt und Scheidemann habe an dem Abbau der Volksschule in Preußen schuld. Daß der „Vorwärts“ im Oktober 1918 bei Ludendorffs „Kerenzusammenbruch“ die oft zitierten warnenden Worte schrieb: „Wehe dem Volk, das seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt“ — führt die „Kreuzzeitung“ im Verleumdungsgeschäft nicht, deswegen hat doch die „Vorbereitung“ durch den „Vorwärts“ und nicht die Vorbereitungslosigkeit des Herrn Ludendorff den Zusammenbruch verschuldet. — Was Scheidemann mit dem Schuldbau in Preußen zu tun haben soll, bleibt unerfindlich, ebensogut kann man sagen, daß er die Grippe oder den langen Frostwinter auf dem Gewissen hat. (Das kommt aber wahrscheinlich erst acht Tage vor der Wahl.)

Im „Deutschen“ vereinigt Herr Stegerwald das Hin- und Her der ausländischen und das Herunterreißen der deutschen Sozialdemokratie gleich in einem Artikel. Nebenbei hat Herr Stegerwald keine Freunde, die ihn hindern, durch diese bemitleidenswerten Schreibweise seinen Ruf als „Staatsmann“ zu ruinieren? Herr Stegerwald leistet sich da u. a. folgenden Galimatias:

Es ist höchste Zeit, daß die Sozialdemokratie umlernt; Beispiel möge ihr da ein Mann sein, den sie nicht mit ungemischter Freude (!) zu ihren Repräsentanten zählt: der englische Premierminister MacDonald. Dieser, heute verantwortlicher Vetter des größten Erdreichs, denkt viel zu realpolitisch, als daß er auch nur irgendwelche der marxistischen Utopie nachgibt. Im Gegenteil: MacDonalds Handeln wird vom weltbürgerlichen Instinkt des Engländers geleitet, nicht von der Schwärzgeisterlei des Kosmopoliten; so ist er im letzten Grunde national, beherrscht von realen Interessen, wie sie sich aus der jeweiligen Lage ergeben und ausgenutzt werden können. Diese Energiequelle fehlt der deutschen Sozialdemokratie, und darum hat sie die ebenmals von werten Kreisen in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen können.

Herr Stegerwald könnte sich gratulieren, wenn ihn das Zentrum mit derselben „ungemischten Freude“ zu seinen Repräsentanten zählen würde, mit der wir MacDonald als unseren Genügnungs- und Parteigenossen anerkennen. Aber da ist es wehlich! Wir nehmen an, daß man auch in werten Kreisen des Zentrums Gefährdung für die lächerlich sich Stegerwald macht, wenn er nach deutschnationalem Muster ausländische Sozialdemokraten gegen deutsche Sozialdemokraten auszuspielen versucht.

Mit solchen Mäßen sollte man doch endlich aufhören. Wäre es richtig, daß die ausländischen Sozialdemokraten so herrliche Leute sind und die inländischen so erbärmliche Besseln, dann müßte ja das deutsche Volk das miserabelste der Welt sein. Und auch dann bliebe noch das Rätsel aufzuklären, warum diese ausgezeichneten Sozialisten des Auslandes solidarisch zur deutschen Sozialdemokratie stehen und warum sie leidenschaftlich ihren Sieg bei den kommenden Wahlen wünschen. Oder mein Herr Stegerwald etwa, Ranjan MacDonald interessieren sich für ihn?

Rundfunk im besetzten Gebiet verboten. Die britische Militärbehörde hat die Anträge des sächsischen Verkehrsamtes und der Oberpostdirektion auf Zulassung des Rundfunks im besetzten Gebiet abgelehnt. Die deutschen Behörden werden ihre Bemühungen um Zulassung des Rundfunks fortsetzen.

English Season.

Der Mode, dieser geheimnisvollen Macht, die unwiderstehlich, in den zugänglichsten Verticommunales Umwicklungen anrichtet, sind nicht etwa allein die Frauen mit Kleid und Haar verflochten. Auch die Theaterdirektoren können sich ihrem Einfluß, dem Himmel sei es gelobt, nicht entziehen. Nachdem die Parole „Russisch“ gefallen ist, scheint jetzt der literarische demier cri „Englisch“ zu sein. Von englischen Stücken haben wir diesen Winter eine ganze Reihe zu sehen bekommen, und kurz vor Schluss der Saison bringen die Kammerstücke „Unsere kleine Frau“, ein Lustspiel von Iversen und „Hopwood“ heraus.

Es ist sehr komisch, mit entzückend leichter Hand hingebauen, schafft behagliche Baue und ist überreizten und überarbeiteten angelegentlich zur Beschäftigung zu empfehlen. Denn es stellt an das Gehirn keine Anforderungen. Mit den hierzulande fabrizierten Schwänken hat es der Triad gemein, durch Mißverständnisse und Verwechslungen zweifelnde Situationen mit Kuddelmuddel und glänzender Verwirrung zu schaffen, und unterscheidet sich wohlwollend von ihnen darin, daß der Schluss eine Liebesrausch bringt. „Unsere kleine Frau“ ist ein tolantes Chocowischen, das seinen Mann dadurch zur Verzweiflung bringt, daß es mit einer Unzahl anderer Männer anbandelt. Sie verspricht dem gequälten Gatten hoch und heilig einmal über das andere, nie wieder zu führen, um im nächsten Augenblick in ihre alte Gewohnheit zurückzufallen. Nachdem sich der Gatte nach einer aufstrebenden Nacht, in der er seine Frau auf einem gewagten Abenteuer erlapp hat, endlich entschlossen hat, sich scheiden zu lassen, verdrückt ihm das Frauchen den Kopf von neuem, der Gatte ist glücklich und der Vorhang fällt in dem Augenblick, als sie eben wieder eine neue Eroberung macht. Ein Damenbildnis nach Strindberg in anderer, und zwar heftiger Manier.

Das stierende Frauchen spielt mit Scheinerei die unübertreffliche Eise Ederberg. Sie ist mit ihren zur Schau getragenen Untugenden so reizend, daß sie die Herzen ebenso schnell erobert, wie sie das gequälte Herz ihres armen Ehemannes, Ferdinand u. A. Allen, immer wieder guttuerlich macht. Sie spricht von Charms und Liebermut. Anton Pointner, Hans Brausewetter und Walter Brandt paktien sich in der von Erich Popst hochgeleiteten Vorstellung dem wirbelnden Tempo in vorzefflicher Weise an.

Reinhardt's Rückkehr. Wie das Deutsche Theater mittelst, wird Max Reinhardt, der anfänglich seines letzten kranken Aufenthaltes entscheidende Dispositionen für seine Berliner Bühnen getroffen hat, in der nächsten Spielzeit die künstlerische Oberleitung des Deutschen Theaters und der Kammerstücke übernehmen und mehrere Werke an diesen Bühnen inszenieren.

Da Reinhardt seit seinem Fortgang von Berlin von einem Projekt zum anderen geschritten ist, ohne doch etwas Großes dabei herauszukommen, und er auch jetzt in Wien und Amerika (und wer weiß, wo noch) tätig sein will, wird leider für Berlin nicht allzuviel dabei herauszukommen.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater wird „Der Rabbi von Batsch“ eine dramatische Dichtung von Guido Grelle, während des Monats April unter der Regie des Regisseurs Guido Grelle zur Aufführung gelangen.

Vaterlandsliebe des Schlossherrn.

Menschenfreundlichkeit eines Großgrundbesizers.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 17. Dezember 1923 müssen die Flüchtlingslager in kürzester Frist geräumt werden. Um das zu ermöglichen, wurden die noch in den Lagern vorhandenen etwa über 20 000 Flüchtlinge auf die einzelnen Länder verteilt und die Länder müssen nun dafür sorgen, daß die Flüchtlinge den Gemeinden zugewiesen werden. Zu diesem Zweck sieht die Verordnung vor, daß Wohnräume beschlagnahmt werden können. Während im allgemeinen die Gemeinden sich bemühen, die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge so gut es eben geht unterzubringen, leisten die Rittergutsbesitzer vielfach Widerstand. Sie wollen keine „landfremden“ Leute auf ihrem Besitz dulden, auch dann nicht, wenn es Flüchtlinge sind, die unter den schwersten Schäden ihre alte Heimat verlassen mußten, weil diese infolge des Friedensvertrages an einen anderen Staat abgetreten wurde.

Ein geradezu skandalöses Beispiel solcher Vaterlandsliebe wird uns aus Mecklenburg berichtet. Die dortige Regierung hatte dem

Fideikommissbesitzer Kurt von Haase auf Wiebendorf

mitgeteilt, daß in seinem Schloß einige Räume, die gegenwärtig als Fremdenzimmer Verwendung finden, beschlagnahmt werden, um dort eine Flüchtlingsfamilie unterzubringen; außerdem wurde ihm ausgegeben, einen Raum zur Verfügung zu stellen, der als Küche benutzt werden kann.

Gegen diese Verordnung hat Kurt von Haase durch den Rechtsanwalt Dr. Riese in Schwerin Beschwerde einlegen lassen. Daran war nichts Besonderes; aber der Inhalt der un'erer Zeiten Schande, daß es verdient, der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Herr Kurt von Haase läßt nämlich durch seinen Rechtsvertreter zur Begründung seiner Beschwerde folgendes erklären:

„In dem ganzen Schloß sind überhaupt nur drei Schornsteine vorhanden, von denen zwei an dem einen und ein Schornstein an dem anderen Flügel des Schlosses liegen. Herr von Haase ist nicht gesonnen und wird sich auch nicht zwingen lassen, die beschlagnahmten Räume mit der eigenen vorhandenen Zentralheizung zu beheizen. Die Räume sind deshalb also gar nicht heizbar zu machen. Herr von Haase möchte nicht, welchen Raum er als Küche-raum vergeben sollte, und zwar hat das Schloß eine eigene Gasleitung. Herr von Haase ist aber nicht gezwungen und wird sich auch nicht zwingen lassen, für die in Anspruch genommenen Räume Gasleitungen herzustellen und Gas abzugeben. Neben der Unmöglichkeit, die Räume zu heizen, besteht also für die Flüchtlinge die Unmöglichkeit zu kochen.“

Das Wasser für die Flüchtlingsfamilie müßte aus dem Dorfbrunnen geholt werden. Herr von Haase ist nicht gezwungen und wird sich auch nicht freiwillig dazu bereitwillig, das zu Kochzwecken erforderliche Wasser aus der eigenen vorhandenen Wasserleitung zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Augenblick, in welchem die Flüchtlingsfamilie das Schloß Wiebendorf besetzt,

wird Herr von Haase mit seinen Angestellten das Schloß verlassen, so daß die Flüchtlinge gezwungen wären, wenn sie überhaupt einziehen wollen, das ganze Schloß zu heizen. Hierzu wäre ein Aufwand von täglich 12 Zentner Koks erforderlich.

Ganz abgesehen hiervon stellt Herr von Haase eine maschinelle Einrichtung zu Heizungs Zwecken nicht zur Verfügung. Ich möchte auch nicht, auf welche Weise er hierzu gezwungen werden könnte. Eine Arbeitsgelegenheit für die Flüchtlingsfamilie findet sich in Wiebendorf überhaupt nicht. Die Familien würden also hier der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Jedenfalls wird Herr von Haase sie nicht beschäftigen und kann hierzu auch nicht gezwungen werden.

Herr von Haase wird weder Milch noch Kartoffeln noch andere Nahrungsmittel zur Verfügung stellen. Die Flüchtlinge wären also gezwungen, sich diese Nahrungsmittel aus Boizenburg zu Fuhr herbeizuschaffen.

Die in Anspruch genommenen Räume sind mit ganz erstklassigen Tapeten (Seide) versehen. Sie besitzen gemusterte Parkettfußböden. Die Wiederherstellung in dem alten Zustand würde bei Benutzung durch die Flüchtlingsfamilie von Herrn von Haase nach Aufhebung der Beschlagnahme gefordert werden und enorme Kosten aufwände erfordern.

In dem alten Schloß des Herrn von Haase sind eine große Anzahl Kunstschätze untergebracht. In der Mitte des Schlosses befindet sich eine Säulenhalle in der Größe von etwa 15 zu 3 Metern. Um diese Säulenhalle geht ein Gang herum, der der Flüchtlingsfamilie und deren Besuch erlauben würde, in alle Räume des Schlosses zu gelangen. Für alles Schaden, der dem Herrn von Haase hieraus erwachsen könnte, möchte Herr von Haase vollen Schadenersatz verlangen. Wird auf dem Parkettfußboden Wasser ausgegossen, so gibt dies Fleder, die eine Reulierung des Fußbodens erforderlich machen würde. Nach alledem stellt sich die ganze Beschlagnahme als eine völlig unangebrachte Maßnahme dar, die das einzige Ergebnis haben kann, dem Staate große Kosten aufzuerlegen und die den Flüchtlingen mangels Heizung, Wasser und Licht niemals eine angemessene Unterkunft zu bieten vermag.“

Man wird nun natürlich abwarten müssen, welche Stellung die inzwischen deutsch-national-agrarisch gewordene mecklenburgische Regierung zu dieser Beschwerde einnimmt. Dem gefunden Menschenverstand würde es am meisten entsprechen, wenn man das ganze Schloß mit Flüchtlingen belegen würde, denn offenbar braucht der Gutsherr von Haase das Schloß überhaupt nicht. Anders kann man sich jedenfalls keine Drohung nicht erklären, daß er das Schloß verlassen werde, sobald dort eine Flüchtlingsfamilie eingewiesen wird.

Gerade die Kreise, denen dieser Fideikommissbesitzer angehört, wissen in der Öffentlichkeit nicht laut genug zu ver sichern, wie warmes Herz sie für Auslandsdeutsche und Vertreibene haben. Sobald sie aber dieses warme Herz dadurch betätigen sollen, daß sie aus ihrem Ueberfluß einige Räume zur Verfügung stellen sollen, dann schlagen sie die Tür zu!

Der Strafantrag im Zeigner-Prozess.

Drei Jahre Zuchthaus!

Wir hatten uns vorgenommen, mit unserem Urteil über den Fall Zeigner zurückzuhalten, bis er seine Erledigung durch das Gericht gefunden hat. Der ungeheuerliche Strafantrag des Staatsanwalts nötigt uns jedoch, diesen Vorfall aufzugeben und eine öffentliche Warnung auszusprechen vor der Fällung eines Urteils, das, wenn es dem Antrag des Staatsanwalts nur einigermaßen entspräche, in werten Kreisen des Volkes den Glauben wecken würde, hier sei nicht unparteiisch Recht gesprochen, sondern politische Rachejustiz geübt worden.

Ueber die Eignung Zeigners zum politischen Führer vertragen wir schon lange vor dem Prozeß eine eigene Meinung, die von jener unserer damaligen sächsischen Landtagsfraktion stark abwich. Wir verlernen keinen Augenblick, daß sich die Persönlichkeit Zeigners als haltlos und moralisch brüchig erwiesen hat, und wir sind vollkommen der Meinung, daß die Untadelhaftigkeit und Korrektheit des Beamtenkörpers, wo es sein muß, auch mit den härtesten Mitteln geschützt zu werden verdient.

Im Licht des Leipziger Verfahrens erscheint jedoch Zeigner durchaus nicht als ein Mann, der frivolerweise seinen amtlichen Einfluß gegen bar verkauft hat und der skrupellos auf Bereicherung ausging, sondern vielmehr als ein unglücklicher Mensch von bemitleidenswerter Schwäche, der sich vor der freien Zudringlichkeit seines bösen Geistes, des Mobs, und dessen zweifelhafte Klientel einfach nicht zu wehren wußte. Typisch ist der Fall der ihm in den Arm gelegten „Weihnachtsgans“, für die ihm der Staatsanwalt nicht weniger als ein Jahr Zuchthaus zugebucht hat.

Entscheidend ist für uns die Frage der moralischen, nicht der kriminellen Verantwortlichkeit Zeigners. Ueber die moralische Seite des Falles kann es keine Meinungsverschiedenheiten aus parteipolitischen Gründen geben. Aus parteipolitischen Gründen ist aber der Fall in einer Weise dargestellt worden, die mit den Tatsachen nicht vereinbar ist; der ehemalige Richter und Staatsanwalt Zeigner wurde der Welt als schlimmster Verbrecher dargestellt, nicht wegen seiner Vergehen, sondern weil er Sozialdemokrat geworden war.

Es gab einen „Fall Zeigner“, der für die Sozialdemokratie durch den Prozeß erledigt ist, es gab aber auch eine „Zeigner-Hege“. Daß diese das Urteil des Gerichts nicht beeinflussen möge, ist unser Wunsch, den nach der Rede und dem Strafantrag des Staatsanwalts auszusprechen uns Pflicht scheint.

Der Aufmarsch der Industriellen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sind gestern zu Tagungen zusammengetreten, die heute in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung ihren Höhepunkt finden sollen. Die Reichsregierung will sowohl den Reichstanzler, wie den Reichswirtschaftsminister und den Reichsarbeitsminister zu dieser Kundgebung entlassen, auf der neben ihnen einige der bekanntesten Führer der beiden zentralen Verbände sprechen werden. Schon davor geht die politische Bedeutung hervor, die dieser Tagung beizumessen ist.

Schon die Ankündigungskartell der Industrievertreter und die ersten Mitteilungen aus dem Bericht der Arbeitgeberverbände weisen auf den Zweck und Inhalt der heutigen Tagung hin. Die Industrie will der Öffentlichkeit „beweisen“, daß ihre Auffassung in den letzten Monaten die richtige gewesen ist. Der Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung des Reallohnes, Abwälzung der Steuern auf den Endverbraucher — diese einfachen Rezepte altgewohnter kapitalistischer Wirtschaftsführung sollen als letzte Weisheit gepriesen werden und die Industrie wird sicherlich nicht verfehlen, von der Öffentlichkeit den Dank dafür zu verlangen, daß sie in der Inflationszeit ihre Substanz erhalten und vermehrt, den Mittelstand aber enteignet hat. Derartige Kundgebungen wären uns auch dann nichts Neues, wenn nicht der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, Herr Längler, bereits gestern Töne derartiger Selbstbeweihräucherung seiner so gern dankbaren Zuhörerschaft gependelt hätte. Aber mit allgemeinen Redewendungen und mit Zusammenfassungen überhöhter Schlagworte wird der Öffentlichkeit nicht gedient sein. Das Volk erwartet Klarheit darüber, was die Industrie getan hat, um der Inflation Einhalt zu gebieten, warum sie in ihrer Eigenliebe so lange jeden Versuch einer Währungsstabilisierung bekämpfte, bis die Inflation sich selbst aufgefressen hat. Die Öffentlichkeit, und in erster Linie die Arbeiterschaft, verlangt Klarheit über die Machtansprüche eines Unternehmertums, das in Parlament und Wahlkabine die Vernichtung jeglichen Einflusses der Arbeitnehmer auf Politik und Lohnfragen verkündet und sie wird Auskunft darüber erwarten, ob man wirklich sich zu der Achtung vor der politischen Verbergeung des anderen, die der Voraussetzung für die Erfüllung der „Volksgemeinschaft“ und der neuerdings wieder von einzelnen Unternehmern herbeigewünschten Arbeiterschaft ist.

Ob eine solche Klärung herbeigeführt werden soll, wird die heutige Verhandlung ergeben. Wahrscheinlich ist, daß die Industrietaugung dazu dienen soll, unter dem Deckmantel politischer Neutralität die Werbetrömmel für den Rechtsblock zu rühren, auf den die industrielle Reaktion hinarbeitet. Hat man doch nicht einmal verstanden, die vornehmsten Träger der militärischen Ausnahmezustandes als Gäste zu einer Tagung zu laden, die äußerlich nur zur Wahrung sachlicher Interessen bestimmt sein soll!

Gestern abend fand ein Empfangsabend der beiden Verbände im Hotel Esplanade statt, der stark besucht war. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Sorge, hielt ein Begrüßungsansprache.

In Abwesenheit zum Tod verurteilt hat das französische Militärgericht in Nancy folgende deutschen Weltkriegsoffiziere: General v. Oben, Kommandeur an der Ostfront, Major von Kaiser (65. Bayer. Inf.-Reg.) und einen Stabsfeldwebel des 8. Bayer. Inf.-Reg. Die angeklagten Straftaten sollen schon im August und September 1914 in Romany, Charny, Cambieres und Wagny a. d. Meuse begangen worden sein.

Die belgische Rachejustiz. Die Geschworenen Erabantis verurteilten den Herrgott Langhe zu drei Jahren Gefängnis, weil er während des Krieges Mitglied des Rates van Vlaanderen war und Propaganda zugunsten der flämischen Autonomie getrieben hatte. Nach dem Waffenstillstand floh er nach Holland, kehrte jedoch vor einigen Wochen nach Belgien zurück, wo er sich freiwillig den Behörden stellte.

Gewerkschaftsbewegung

Die „reformistischen“ Gewerkschaften.

Die Kommunisten glauben das Vertrauen der Mitglieder der freien Gewerkschaften zu ihren Organisationen am stärksten zu erschüttern, wenn sie als Trümpf den Vorwurf gegen die Gewerkschaften ausspielen, sie seien „reformistisch“. Die kommunistischen Drahtzieher spezifizieren offenbar darauf, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder sich keinen rechten Begriff davon machen kann, was das Eigenschaftswort reformistisch im gewerkschaftlichen Sinne eigentlich bedeutet. Denn die Tatsache, daß die Gewerkschaften existieren, in jahrzehntelanger mühevoller und opfervoller Tätigkeit aufgerichtet und ausgebaut wurden, bevor an eine kommunistische Partei, an außenpolitische russische Zellen in Deutschland zu denken war, diese Tatsache selbst ist doch derart unanfechtbar, daß nur ausgesprochene Feinde der deutschen Arbeiterbewegung daraus Vorwürfe konstruieren können. Der reformistische Charakter liegt in der Natur der Gewerkschaften, ist mit ihrer Existenz so untrennbar verbunden, daß gesagt werden kann, die Gewerkschaften sind reformistisch oder sie sind es nicht. Irgendwelche organisatorische Gebilde anderen Charakters unter dem Namen Gewerkschaften sind keine Gewerkschaften und können es nicht sein.

Die Arbeitnehmer haben sich in ihren Gewerkschaften vereinigt, um sich günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen und zu erhalten. In dieser Formel ist die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften zusammengefaßt, die in erster Linie in der Agitation zur Heranziehung der unorganisierten Arbeitnehmer besteht, der Aufklärung der Mitglieder über die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, ihrer Erziehung zu zuverlässigen Kämpfern. Um einen Widerspruch zwischen den Gewerkschaften und dem Begriff reformistisch zu konstruieren, stellen die Kommunisten den reformistischen Gewerkschaften ihre „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ gegenüber. Solange diese „revolutionären“ Gruppen innerhalb der Gewerkschaften sich auf das Wiederleben „revolutionärer“ kommunistischer Phrasen beschränken können, auf das Apporrieren kommunistischer Parolen und Resolutionen, abgesehen von den „revolutionären“ Beschimpfungen der „Kommunistenverräter“, solange sieht das Treiben der kommunistischen Zellen recht kommunistisch „revolutionär“ aus. Doch sobald die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ dazu übergeht, sich in besonderen Organisationsgruppen zusammenzuschließen und sich irgendwie gewerkschaftlich zu betätigen, wird sie reformistisch. Oder ist es etwa nicht reformistisch, wenn die revolutionäre Kommunistengewerkschaft der Beleidigungsarbeiter in einen Streit eintritt, um als Gewerkschaft und Tarifkontrahent von den Arbeitgebern anerkannt zu werden? Freilich, die „revolutionäre Opposition“ wies sich aus ihrem reformistischen Sündenfall herauszureden haben; ihre reformistische Betätigung sei ja lediglich zum Zweck, die reformistische Gewerkschaft aus dem Felde zu schlagen. Damit müßte sie aber zugeben, daß es ihre Absicht ist, die Gewerkschaften zu zerstören.

Man kann nun der kommunistischen Partei nicht nachsagen, daß sie von vornherein darauf ausging, die Gewerkschaften zu „retten“. Sie hatte vielmehr die Absicht, die Gewerkschaftsführer zu besitzigen, um sich dann der Gewerkschaften zu bemächtigen, sie ihren parteipolitischen Zwecken unterzuordnen. Kommunistisches Ziel ist die „Weltrevolution“. Als Mittel zu diesem Zweck wird alles benützt, um den Boden vorzubereiten. Die allseitigen Differenzen im Arbeitsverhältnis sollen nicht beigelegt, sondern verschärft werden durch Forderungen, die darauf berechnet sind, daß sie nicht ohne weiteres erfüllt werden können, damit ein Generalstreik den anderen abfolgt, bis wir den Generalstreik in Permanenz haben und zur Weltrevolution kommen. Die Arbeiterbewegung kann sich mit ihren Nahrungsmitteln und Alltagsnöten, die für die kommunistische Partei nur Inzidenz von Interesse sind, als sie sich für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchen lassen, nicht auf die „Weltrevolution“ verlassen lassen.

Warnte uns nicht die Praxis in Rußland, wäre schließlich die Frage aufzuwerfen, ob es nicht richtiger sei, mit einem Schlag die kapitalistische Wirtschaftsordnung über den Haufen zu werfen, als fortgesetzt um Lohnhöhungen oder gegen Lohnkürzungen und Arbeitszeiterlängerung zu kämpfen. Früher war einmal die Auffassung verbreitet, in einem sozialistischen Staatswesen seien die Gewerkschaften überflüssig. Durch die Vorgänge in Rußland ist diese Auffassung stark zurückgedrängt, obwohl Rußland kein sozialistischer Staat ist, sondern ein in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenes und vorübergehend geheimes Staatswesen. Die reformistischen Gewerkschaften, die hier erst recht notwendig wären, bestehen zwar, allein sie stehen unter der Diktatur, die deshalb nicht besser ist, weil sie als Diktatur des Proletariats ausgegeben wird.

Kurzum, die deutschen Gewerkschaften tun gut daran, ihre reformistische Tätigkeit fortzusetzen und sich der kommunistischen Quertreibereien gegen ihre Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit energisch zu erwehren. Die Gewerkschaftsmitglieder aber haben keinen Augenblick vergessen, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung notwendigerweise ein politischer Kampf ist, der nur in Verbindung mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit erfolgreich geführt werden kann, aber nicht nach russischen Methoden.

Stärkerer Zusammenschluß in den Gewerkschaften!

In der gestrigen Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Arbeitgebernverbände ersetzte Dr. Tändler den Geschäftsbericht. Von der Ruhrbelegung ausgehend, bei der die Vereinigung ihre Politik in den Dienst der Staatsinteressen gestellt habe, führte der Redner aus, die Arbeitgebernverbände seien damit hinsichtlich ihrer Aufgaben in die große Staatspolitik hineingewachsen und hätten ihre Politik auch auf das allgemeine Interesse hinsichtlich der sozialen Geseze eingestellt „dahingehend, daß durch die Produktionssteigerung die Grundlagen für unsere Arbeit und Gesundheit geschaffen werden. Zu den sozialen politischen Gesichtspunkten haben sie unter den gleichen Gesichtspunkten Stellung genommen. Nicht das Augenblicksinteresse, sondern das Interesse der Zukunft ist entscheidend.“

Die innere Geschlossenheit der Arbeitgeberverbände.

Metallarbeiter, erinnert euch!

Eure Industrie birgt die ärgsten Scharfmacher. Eure Schwerindustriellen betiteln in Düsseldorf um die Hilfe französischer Bajonette gegen euch. Euer Unternehmertum begann den Sturm gegen den Achtstundentag. Eure Ausbeuter sind die schlimmsten Feinde der Republik. Den Gelüsten dieser Reaktionäre kann durch eine kräftige Organisation der Metallarbeiter begegnet werden. Dessen erinnert euch besonders: eht in eurer Werbewoche.

hände durch die Bindung der Mitglieder an gefasste Beschlüsse ist in noch stärkerem Maße als bisher zu sichern.

Für die Gewerkschaften, die die Früchte der Arbeitgeberverbandspolitik deutlich genug vor sich haben, ergibt sich daraus erneut die Erkenntnis, daß eine stärkere Ausbreitung und größere innere Geschlossenheit unerlässlich ist.

Lohnverlust in der Fleischwarenindustrie.

Die Lohnverhandlungen in der Fleischwarenindustrie mit dem Arbeitgeberbund sind ergebnislos verlaufen. Trotz guter Konjunktur und guter Gewinne, was sich in An-, Um- und Neubauten, sowie in Neueröffnungen von Geschäften bemerkbar macht, will man denjenigen, welche das durch emsiges Schaffen ermöglicht haben, keinerlei Verbesserungen ihrer Lebenslage zugeben. Einzelne Wurstfabrikanten verstehen einfach den offiziellen Standpunkt ihrer Arbeitgeber-Organisation nicht. Sie sehen ein, daß die jetzigen Löhne einer Aufbesserung bedürfen und haben freiwillig höhere Löhne bewilligt. Während deren Vertreter in der Verhandlungskommission sich andauernd sträubt, irgendwie welche Zugeständnisse zu machen, zahlen seine Kollegen seit langem schon bei weitem über den bestehenden Mindestlohn hinaus. Sie erklären, daß der Lohnanteil den niedrigsten Prozentsatz der laufenden Unkosten ausmacht.

Auch bei der Firma „Etha-Werke“ scheint man jetzt geneigt, mit dem Arbeitgeberbund gehen zu wollen. Während dort früher der Lohn immer etwas höher als in den übrigen Wurstfabriken Groß-Berlins gehalten war, soll dieses heute „nicht mehr tragbar“ sein. Die „Preispolitik“ soll hier hindernd im Wege stehen. Man erklärt jetzt, keine höheren Löhne wie in den andern Wurstfabriken zahlen zu können, obwohl es gerade den „Etha-Werken“ auf Grund des bei ihnen eingeführten Taylor-Systems sehr gut möglich ist, mehr als alle anderen zu zahlen. Man wendet auch dort jetzt ins Scharfmacherlager ab, denn jeder Arbeitnehmer, der an den Betriebsverhältnissen in den Verarmungen Kritik übt, wird entlassen. Der Schlichtungsausschuss wird sich mit beiden Vertragsparteien zu befassen haben.

Daß die allgemeine Geschäftsnotlage in Verbindung mit der Preispolitik es ermöglicht, höhere Löhne zu bewilligen, beweist der Lohnabstufung mit der Firma Bruno R o s a w i t z u. Co., Dresdenergerit. Mit dieser Firma besteht ein Hausarbeitsvertrag. Die berechtigten Forderungen der Gesellen wurden dort ohne weiteres anerkannt. Die Löhne betragen jetzt dort 70, 75, 80 und 85 Pf. pro Stunde.

Lohnvereinbarung im Zimmerergewerbe.

Zu der Verhandlung beim Schlichter am 25. März über die Verbindlichkeitsklärung behaupteten die Vertreter der Arbeitgeber wiederum, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage im Bauergewerbe die Voranschätzung für eine Lohnhöhung noch nicht gegeben sei. Von den Arbeitnehmervertretern wurde dagegen an Hand der Kosten der Lebenshaltung nachgewiesen, daß der Schiedspruch mit den an sich so niedrigen Löhnen für verbindlich erklärt werden müsse. Nach mehrstündiger Verhandlung gelang es dem Schlichter, folgende Vereinbarung zustande zu bringen: Die Löhne werden ab 28. März um 5 Pf. erhöht. Diese Lohnvereinbarung gilt bis zum 8. April und läuft jeweils um eine Woche weiter, sofern sie nicht mit einwöchiger Frist gekündigt wird.

Angestelltenkammer Bremen.

Nach Artikel 165 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 erhalten die Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen gesetzliche Vertretungen in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräte. Die Unternehmer haben ihre gesetzlichen Vertretungen in den verschiedenen Kammern schon längst vor dem; die Arbeitnehmer waren aber noch immer auf ihre gesetzlichen Vertretungen. Eine einzige Ausnahme davon macht Bremen, das seit zwei Jahren eine Arbeiterkammer und eine Angestelltenkammer hat. Für das Jahr 1923 hat die Angestelltenkammer einen gedruckten Bericht im Umfang von 32 Seiten herausgegeben. Die Einleitung rekapituliert die wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnisse des Vorjahres und

verweist gegenüber der Behauptung, unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sei durch die außerordentlich hohen Preise für deutsche Produkte beeinträchtigt, auf die Tatsache, daß der prozentuale Anteil der Gehälter und Löhne an den Herstellungskosten der Produkte außerordentlich gering ist und durchschnittlich nur etwa die Hälfte der Vorkriegszeit erreicht. Gerade die niedrigen Gehälter und Löhne scheinen eine Hauptursache der Unwirtschaftlichkeit der Betriebe mit zu sein. Die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt ist außerdem beeinträchtigt durch Vernachlässigung der technischen und organisatorischen Verbesserungen und Instandhaltung der Betriebe, durch willkürliche Preiskalkulation und die Preismonopole der Syndikate und Kartelle. Jedenfalls kann die preisverweigernde Politik solcher Syndikate, welche die Herstellungskosten des unter ungünstigsten Umständen, d. h. in den technisch und wirtschaftlich rückständigsten Betrieben, hergestellten Produkts zugrunde legt, für den Preis aller im gleichen Industriezweig hergestellten Waren nicht scharf genug verurteilt werden.

Bezüglich der Regelung der Reparationsfrage besagt der Bericht, daß die Heranziehung derjenigen Kreise, welche in den letzten Jahren außerordentliche Gewinne erzielt haben, zu den Steuerlasten, bisher in unverantwortlicher Weise vernachlässigt ist. Verschleierungsvorhaben zur Verdeckung vorhandener Vermögen wurde nicht genügend begegnet.

Der Bericht predigt tauben Ohren, wenn er fordert, daß den Unternehmern endlich die ganze Schwere der heutigen Zeit ins Bewußtsein gerufen und ihnen geraten werden muß, von dem eingeschlagenen Wege abzulassen, wenn bei der arbeitenden Bevölkerung allgemein der Glaube an die wahre Volksgemeinschaft erhalten oder neu belebt werden soll. Das Unternehmertum kehrt rücksichtslos seinen Wachstumspunkt hervor und zwingt die Arbeiterbewegung, sich derart fest zusammenzuschließen, daß sie den Kampf mit der Unternehmermacht aufnehmen kann.

Zur Lage der bremischen Angestellten bringt der Bericht die wichtigsten Angaben und schildert daran anschließend die umfangreiche Tätigkeit der Kammer auf sozialem Gebiet durch Stellungnahme zu den einzelnen Fragen, die in Eingaben und Gutachten zur Geltung kam. Der bisherige Staatszuschuß soll den Kammern entzogen werden; allerdings auch den Arbeitgeberkammern. Die Kammer hat sich dagegen gewandt, da die Finanzlage der Angestellten hohe Beiträge, außer den Beiträgen, die vielen Jahren durch Zuschüsse unterstützten Unternehmerkammern, deren Aufbau längst vollendet ist, können wohl ohne Zuschüsse auskommen, die Arbeiterkammer kann es vorläufig wenigstens noch nicht. Auf Ersuchen des Senats hat die Kammer zu verschiedenen Körperchaften und Einrichtungen Vertreter ernannt, so zum Finanzgericht, Fortbildung- und Fachschulwesen, in den Lebermardungsanstalt des Schlachthofes, zur Preisprüfungsstelle, zur Prüfungskommission und zum Verwaltungsrat der Handelschule der Union u. m. An Arbeit fehlt es der Angestelltenkammer jedenfalls nicht. Zwischen der Arbeiter- und der Angestelltenkammer besteht hoffentlich eine stärkere gegenseitige Fühlungnahme als der Bericht sie erkennen läßt, zumal eine ganze Reihe allgemeiner Arbeitnehmerfragen eine gemeinsame Behandlung angezeigt erscheinen lassen.

Ausföhrung auf den englischen Werften.

Die Arbeitgeber in der Schiffbauindustrie haben auf einer Sitzung in London gestern nachmittag beschloffen, auf allen Werften eine allgemeine Ausföhrung vorzunehmen, nachdem die Bemühungen, die Streikenden in Southampton zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, fehlschlagen sind. Von der Ausföhrung werden annähernd 100 000 Mann betroffen.

Baugewerksbund, Fachgruppe Glaser. Die Verhandlung über den Manteltarif ist beendet. Der Lohn beträgt vom 21. März ab für Glaser 88 Pf. pro Stunde. Von der 14. Woche ab ist der Beitrag auf 1 Pf. festgesetzt.

Das Rohbrotrezeptorium in Hamburg-Wandsbek befindet sich in einer Lohnbewegung. Infolge der ablehnenden Haltung der Rohbrotreinerung ist mit dem Ausbruch des Streiks zu rechnen. Zugang ist deshalb fernzuhalten.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen am Rhein hat zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Eine Versammlung der rechtsrheinischen Belegschaft hat daraufhin in einer Entschloßung erklärt, die Arbeiter würden nicht zur Arbeitsstätte zurückkehren, bevor der Achtstundentag wiederhergestellt sei. Dagegen fordern die christlichen Gewerkschaften in einer Zuschrift an die Tagespresse ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Colman; Gewerkschaftsbewegung: A. Götter; Neuigkeiten: R. G. Böcher; Politik und Sonstiges: Feil Karthaus; Einzelne: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. „Einbestückte 2. Seite zu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Gemüht“.

Koch & Seeland
an der Spitze der Leistungsfähigkeit!

Sportanzugstoffe	
Homespun „reine Wolle“	6.50 Mr.
Damen-Kostümsstoffe Donegal	
„reine Wolle“ 1.40 breit	4.50 Mr.

Straußentstraße 20/21 Sigm. 1873

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfadern)
auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte San-Rat Dr. Strahl's Haussalbe. In Original-Dosen erhält Eitelants-Apothek, Berlin SW, Leipziger Str. 74, am Dönhof!

Besonders günstige Angebote

Frühjahrs-Ulster aus Orleansstoffen u. gestreiftem Homespun, modern verarbeitet M. 65, 80, 43	Blaue Sakko-Anzüge Kammergarn und Cheviot in modernen Formen von M. 70 00 an	Damen-Lederjacketten elegante Sportform, in erstklassiger Ausführung von M. 175 00 an
Ulster und Schülpfer vollständiger Maßsatz aus den neuesten Mode vorz. h. aus sehr guten Stoffen jrglicher Art u. auch aus Covercoat. M. 100, 95, 90, 70	Sportanzüge aus bestem Homespun, Cheviot und Manchesterstollen, in vielen schönen Farbemischungen, exakt, Verarbeit. M. 73, 68, 60, 54, 48, 42, 33	Reisedecken aus molligen, warmen Stoffen M. 26, 31, 21, 16
Paletots aus marango Cheviot M. 10, 90, 80, 75	Lodenjoppen in glatter und Sportform, aus gutem Lodenstoff in vielen Farben, M. 22, 20, 18, 16	Auto-Decke Marke „B 5“, prima Qualität, mit besonders schöner kariertes Absteck M. 48 00
Sport-Paletots aus Covercoat, beste Verarbeitung M. 0, 80, 75	Wettermäntel in Bouzard u. Ra-lanform, aus gutem bis bes. Kammergarn-Loden M. 50, 40, 34, 30	Chauffeuranzüge aus Corduroy in zweiseitiger Form mit Brecheshose M. 50 00
Jackett-Anzüge in geschmackvollen Streifenmustern, auf Taile gearbeitet M. 60, 45	Damen-Lodenmäntel in verschiedenen Formen von M. 24 00 an	Chauffeurmäntel aus grauem Duffel, bestens verarbeitet M. 65 00
Jackett-Anzüge vollständiger Maßsatz aus besten Stoffen in reichhaltiger Auswahl und moderner Verarbeitung M. 10, 90, 80, 75	Ruderjacketts aus gutem, blassem Cheviot und Merinowolle M. 50, 40	Einsegnungsanzüge marango, blass Cheviot u. Kammergarnstoff M. 93, 48, 44, 42, 30, 33, 20
Gummimäntel Bat. Köp u. Double L. Covercoat u. Homespun-Schülpfer, j. u. q. 64, 54, 40, 30, 33, 25	Ruderhemd und Ruderhose gutes Trikotgewebe M. 250	Prüfungsanzüge aus guten Stoffen in schöner Ausarbeitung und in moderner Verarbeitung M. 48, 42, 38, 33, 27
Gabardine-Mäntel modern verarbeitet M. 30 00 an	Ruder- und Seglerhosen aus weitem Körper und Saum M. 13, 9	Knabenanzüge in sehr großer Auswahl u. Formen jrglicher Art M. 39, 36, 33, 30, 24
Herrnhosen aus gestreiften, kammergarnartigen und Kammergarnstoffen in reicher Mischungen. I. je nach Qualität M. 33, 29, 22, 18, 15, 13, 10, 8	Windjacken aus imprägnierten Stoffen, für Damen und Herren, in verschiedenen Formen von M. 12 00 an	Knaben- und -Mäntel in geschweift Verarbeitung M. 24
Sporthosen i. Brechesform, i. viel. Qual. u. Homespun, Corduroy u. Cheviot, now, Manoh. M. 24, 21, 18, 15, 12, 10, 7, 50	Lederjacketten in Motorradform aus braunem Chromleder, rotte Sporttasche M. 155 00 an	Sportwesten in schönen, mod-rnen Farben M. 7 00 an
Damen-Brecheshosen aus Homespunstoffen in den neuesten Farben von M. 17 50 an	Leder-Brecheshosen braunes Chromleder M. 125 100 00	Herrnh-Haarfilzhüte in moderaten Farben und Formen M. 7, 50
	Leder-Sportmäntel braun Chromleder, in modern. Form, mit Lama-utter, ps. Verarbeitung M. 225 00	Pyjamas in elegantester Ausführung M. 12 00 an

Lieferant für behördlich zugelassene Droschken-Chauffeur-Anzüge * Auto-Kappen und Auto-Fuhrhandschuhe für Damen und Herren in großer Auswahl

Der Versand nach außerhalb erfolgt gegen Voreinsendung des Betrages, zuzüglich 1 M. für Porto und Verpackung, in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Livreen für Behörden, Banken und Industrielle Unternehmungen

Baer Sohn A. G.
Eigene Kleiderwerke
nur Chausseestraße 29-30

Vorteilhafte Mabanfertigung
aus erstklassigen modernen Stoffen unter Leitung erprobter Meister

Der Weg des Gesetzes.

Ein Einblick in den vervollkommenen neuzeitlichen Strafvollzug.

Unter Strafrecht ist ein Kompromißsystem, in dem sich der Gedanke der Rechtssicherheit und der Gedanke der Sicherung der menschlichen Gesellschaft die Wage halten. Der Staat ist nicht nur verpflichtet, die Gemeinschaft gegen das Verbrechen, sondern auch den „Verbrecher“ gegen den Staat zu schützen. In dem Augenblick, als im 17. Jahrhundert „Zuchthäuser“ geschaffen wurden, erzwang sich der Gedanke, den Menschen, der etwas Gesetzwidriges getan hatte, zu bessern, Anerkennung. Jahrhundertlang hat es gedauert, ehe sich in der Praxis des Strafvollzuges eine sinnvoll angewandte Humanität durchsetzte. In der deutschen Republik sollen Thüringen und Hamburg im modernen Strafvollzug allen übrigen Ländern vorgehen sein. Der Bund der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsinspektoren und Beamten Deutschlands veranstaltete eine Versammlung, in der Inspektor Edelings, der Leiter des sozialen Gefängnis- und Fürsorgewesens in Hamburg, über den Strafvollzug in Hamburg sprach.

Großstadt und Verbrechen.

Die Großstadt, insbesondere die Hafenstadt, zieht die Verbrecher an. Die elenden Winkel, die auch besonders in Hamburg zu finden sind, züchten geradezu die Kriminalität. Viele abenteuerlich veranlagte Menschen, die von Hamburg aus in die Welt ziehen, gehen hier zugrunde, wenn ihnen nicht rechtzeitig geholfen wird. In Hamburg wurden im Jahre 1913 21841 Menschen verurteilt, darunter 2220 Frauen. Im Jahre 1916 machte sich der Einfluß des Krieges bemerkbar, die Kriminalität der Frauen steigerte sich auf 3830, während die Gesamtsumme der Verurteilten auf 10851 gesunken war, da ja der größte Teil der menschlichen Einwohner im Felde stand. Im Jahre 1920 weist die Statistik die verwerflichen Nachwirkungen des Krieges nach: 37 243 Verurteilte, darunter etwa 7000 Frauen, zeigen das Elend der sozialen Verhältnisse an. Während vor dem Kriege der hamburgische Staat mit 2000 Plätzen für Gefangene in den Gefängnissen auskam, hat er jetzt für 4800 Gefangene Platz schaffen müssen, die in elf Gefängnissen untergebracht sind. Die Geldnot hat verhindert, einige dieser Gefängnisse modernen Anforderungen entsprechend zu gestalten. Es wird angestrebt, jeden Anstaltsleiter für seine Verwaltung direkt verantwortlich zu machen.

Die Aufnahmeanstalt.

In der Aufnahmeanstalt strömen alle zusammen, die eingeliefert werden oder sich selbst stellen. Hier herrscht ein außerordentlich reges Leben, denn es müssen täglich insgesamt etwa hundert Menschen abgefertigt werden, die ihren Strafvollzug vollendet haben oder erst eingeliefert wurden. Hier beginnt die Verwirklichung des Gedankens, daß sich der Strafvollzug auf den letzten Tag einstellen muß. Der Gefangene und seine Sachen müssen so vorbereitet werden, daß er nach Beendigung der Strafe einermachen anständig entlassen werden kann. Die Kleidung wird den eingelieferten Gefangenen abgenommen und in einer großen Baracke aufbewahrt. Dort hängen 5000 Anzüge auf Bügeln, während sie früher in Kleiderkisten untergebracht wurden und häufig den Motten zum Opfer fielen. Am ersten Tage erhalten die Gefangenen ein Bad, am zweiten findet die genaue ärztliche Untersuchung statt und am dritten werden sie in die Anstalt gebracht, in der sie ihre Strafreise verbringen sollen. Die eingelieferten Gefangenen müssen Fragebogen ausfüllen, die ein wichtiges Material für den Kriminalpsychologen liefern. Es ist auch möglich, im Gebiet des kleinen hamburgischen Staates einen großen Teil dieser Angaben einwandfrei nachzuprüfen. Die Fragen beziehen sich auf die sozialen, pädagogischen, gesundheitlichen und auf die Arbeitsangelegenheiten des betreffenden Gefangenen. Es zeigt sich hier, wie zerrissen die Familienbande sind, wie oft Kranke aller Art das Familienleben vergriffen, wie ein großer Teil der Gefangenen ohne jede Liebe in ihrer Jugend herangewachsen sind. Sehr zu denken gibt der Umstand, daß rund 90 Proz. der Fürsorgezöglinge später in den Straf-

anstalten wieder zu finden sind. Schließlich wird noch in den Fragebogen gefragt, wer dem Gefangenen nach seiner Entlassung zur Seite steht.

In der Strafanstalt.

Die Verwaltung in den Strafanstalten wird erledigt durch das Sekretariat, das Hauptbureau und die Kasse. Bei der letzten Abteilung ist in Hamburg besonders die Gefangenenbank hervorzuheben, ein Institut, das völlig bankmäßig eingerichtet ist, in dem jeder Gefangene sein eigenes Konto hat. Es ist verkehrt, die Menschen in den Strafanstalten vor dem Umgang mit Geld zu bewahren. In Hamburg erhalten die Strafgefangenen 40 Proz. ihres Arbeitsverdienstes ausbezahlt, 50 Proz. werden für den Entlassungstag gespart und 10 Proz. gehen an einen sogenannten Unterstützungsfonds, der zur Ergänzung der Kleidung und ähnlichem dient. Man hat mit dieser Regelung, die den Gefangenen die Verwaltung über einen Teil seines Geldes läßt, die besten Erfahrungen gemacht. Die Gefangenen werden möglichst nach eigenem Wunsch beschäftigt, soweit es die vorhandenen Einrichtungen gestatten. Auch hier hat sich gezeigt, daß die Arbeitsfreude wächst, wenn die Menschen ihren Neigungen entsprechend beschäftigt werden. Welcher Ehrgeiz in den Gefangenen lebendig ist, hat das sogenannte „Progressivsystem“ gezeigt, das die Gefangenen in Gruppen teilt, die höher bezahlt werden. In der dritten Gruppe erhalten die Gefangenen 100 Proz. mehr, in der zweiten Gruppe 300 Proz. mehr Lohn außer der Unterkunft und der Verpflegung, die ihnen ohnehin auf Staatskosten gewährt wird. Die Geldbeträge sind allerdings sehr gering. Jugendliche unter 18 Jahren erhalten 4 bis 8 Goldpfennige pro Tag. Facharbeiter 10 bis 12 Goldpfennige. Das Arbeitswesen in den Anstalten ist zentralisiert. Besonders hervorzuheben werden mag die Transportabteilung, der ein Dampfer, eine Barfasse und 15 Lastautos mit Anhängern zur Verfügung stehen, die die Erzeugnisse der Strafanstalt an die Hamburger Behörden liefern. Für Jugendliche sind moderne Lehrwerkstätten eingerichtet, in denen sie eine Ausbildung empfangen, die es ihnen später ermöglicht, Qualitätsarbeit zu leisten. Erwähnt mag noch werden, daß die technische Abteilung der Strafanstalten sämtliche Bauten von Reparatur bis zum Neubau selbst ausführt. In sechs Bazarets und vier Revierräumen sind ein Oberarzt und sechs Ärzte beschäftigt. Bei Disziplinarbestrafungen in der Anstalt entscheidet ein Anstaltsausschuß, der aus dem Leiter und zwei Aufsichtsbeamten besteht. Ferner sind Anstaltskonferenzen eingerichtet worden, in denen Verbesserungsvorschläge für den Strafvollzug erörtert werden. Durch diese Maßnahmen ist ein sehr kollegiales und einheitliches Zusammenarbeiten aller Strafanstaltsbeamten erreicht worden.

Die Sozialabteilung.

In der Sozialabteilung bearbeiten 37 Beamte sämtliche sozialen Angelegenheiten, die die Gefangenen betreffen. Hier werden die Fragebogen nachgeprüft und dauernd auf dem laufenden gehalten, hier wird das Bildungs- und Arbeitswesen, die Arbeitsbeschaffung und die Fürsorge nach der Entlassung bearbeitet. In der Anstaltsschule wird Unterricht in den Elementarfächern nur den Jugendlichen erteilt, die das Ziel der Volksschule nicht erreicht haben. Die übrigen erhalten gewerblichen Unterricht, der ihnen später von großem Nutzen sein kann. Hohe edle Kunst darf vor den Gefängnismauern nicht hell machen, und so finden an gewissen Sonntagen Vorträge von Künstlern und Gelehrten statt, die sich für diese Zwecke zur Verfügung gestellt haben. Auch die Selbsttätigkeit der Gefangenen wurde in Hamburg angeregt. Sie veranstalteten u. a. einen Nachmittag in der Lüneburger Heide, bei dem die Anstaltsbahn mit Heidekraut und Bildern aus der Lüneburger Heide geschmückt war, der Gefangener der Gefangenen erschien in Wandervogeltracht und improvisierte das Treiben in der Heide und trug Lieber des Heidebüchlers Luns in vollendeter Weise vor. Gute Erfolge wurden mit der Gefangenenkapelle erzielt, die nur beste Musik bringt. Die Noten wurden von hiesigen Theatern zur Verfügung gestellt, die sich die Gefangenen dann zu ihrem eigenen Gebrauch abschrieben. Am

1. April soll für die Befangenen und ihre Angehörigen eine unentgeltliche Rechtsberatung eingeführt werden. Es ist geplant, die sogenannte Polizeiaufsicht, die oft großes Unheil angerichtet hat, durch eine feinsinnig durchgeführte Schulaufsicht der Befangenen zu ersetzen. Es soll verhindert werden, daß ehemalige Befangene rückfällig werden, und dadurch den Staat aufs neue mit erheblichen Ausgaben belasten. Schließlich möge noch erwähnt werden, daß zwei freundliche Heime für entlassene Gefangene geschaffen wurden, die sonst keine Unterkunft finden können. In diesen Heimen sollen sie in normalen Zeiten acht Tage bleiben, jezt aber muß ihnen oft monatelang Aufenthalt gewährt werden. Eine weitere Aufgabe der Sozialabteilung ist, zerrissene Familienbande der Befangenen wieder anzuknüpfen und zu festigen.

So sehr eine sinnvoll durchgeführte Humanität in den Strafanstalten zu begründen ist, so bleibt dennoch das Schuldkonto der Gesellschaft, die die Menschen in dem Umfang zu Verbrechen werden läßt, wie es heute geschieht, sehr groß. Verbrechen werden nie ganz verschwinden, aber die weitaus größte Zahl der heutigen Verbrechen hat seine letzte Ursache in den sozialen Verhältnissen. Gerade die Fragebogen der Hamburger Sozialabteilung beweisen das. Es ist daher auch vollkommen verfehlt, wenn die große Öffentlichkeit jedem Menschen, der mit dem Strafrichter Bekanntschaft gemacht hat, mit Mißtrauen gegenübersteht, und ihn dadurch von neuem dem Verderben, das gerade ihn mehr als jeden anderen umtreibt, in die Arme treibt.

Der Blinde und sein Hund.

Auf dem Bornstedter Feld, in einer der vielen überflüssigen Kassen, ist das Depot der Blindenhunde eingerichtet. Dies Depot ist mit 25 Hunden, 8 bis 10 Kriegesblinden, zwei Dressuren und einem Futtermeister besetzt.

Unter der Parole: „Strenge im Wort, Güte in der Hand“ vollzieht sich die Dressur, die darin besteht, den Blinden jedes Hindernis anzumelden. 10 bis 12 Wochen dauert es, bevor der Hund ausgebildet hat. Der Dressur arbeitet teilweise mit verbundenen Augen. Dann wird der Kontakt mit dem Blinden hergestellt, und das ist das Schwerste, denn es ist keine Gefühlsache. Nicht jeder Blinde paßt zu jedem Hund. Der schwerfällige Blinde bekommt einen temperamentsvollen Führer, der nervöse Blinde einen ruhigen Begleiter. Vier Wochen bleibt das Paar zusammen, Tag und Nacht. In der Nacht schläft der Hund unter der Bettstelle seines Herrn. Frühmorgens ist Putzstunde, Gehorsamsübung, Auslauf u. a. m. Um 10 Uhr vormittags geht das Paar aus. Der Hund steht links von seinem Herrn, Bordstimmeln, das Herannahen von Führerwerken fürchtet wohl der Blinde, aber nicht so sehr wie die Briefkästen und das Publikum mit seiner gutgemeinten Rücksichtnahme. Diese beiden sind große Gefahren für ihn und seinen Hund. Der Briefkasten ist für den Hundewerks eine zu hohe Aufgabe, und das Publikum prüft mit seiner Rücksichtnahme dem Hund ins Handwerk. Nicht das Publikum soll ausweichen, sondern der Hund. Auch auf dem Bahnhof verlangt das Paar keine Rücksicht. Ist dem Hund das Bewußt vor der Sperre, dem Coupé-Eingang zu groß, dann gibt er „Bau“, d. h., er bellt und unwillkürlich geht das Publikum auseinander. Gewöhnlich führen mitleidige Frauen den Blindenhund aus der Marktlage. Der Hund wird dadurch Mißtrauensgegenstand, läuft auf Frauen mit Markttaschen zu und bringt seinen Herrn in die größte Lebensgefahr. Das Tier wird dadurch verdorben, und ein Unfortgieren in der Bildungsanstalt ist zwecklos. Nach dem Ausgange kommt die Freistunde. Der Hund bekommt „Auslauf“. Und während ist es anzusehen, wie das Tier trotz der Zumeistende seinen Herrn nicht aus den Augen läßt und ihn wie ein Kinder mädchen bewacht. Die Mahlzeiten müssen zu gleicher Zeit eingenommen werden. Der Blindenhund läßt, wenn er satt ist, einen kleinen Speiserest in der Schüssel, damit der Blinde tasten kann, daß der Hund satt ist. Nachmittags ist Unterrichtsstunde im geschlossenen Raum. Da lernt der Hund Gegenstände bringen, Zeitungen, Geschirr, Pantoffeln usw.

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Jürgen griff sofort mit beiden Händen rückwärts nach dem Rauchsichchen; dennoch fiel er, beinschwach geworden vor eruptivem Lachen, in den Sessel. Er hielt die Hand hoch, Zeigefinger und Daumen zusammengepreßt, als ob er ein Ungeziefer gefangen hätte. „Ein Krankenhaus für . . . für die Heimatstadt!“

Hände an die Seitenlehnen angeklammert, Oberkörper zurückgeworfen, starrte er, durchschüttelt von Lachen, atembekommen Leo Seidel an, dessen Gesicht so weiß geworden war, daß die alten Sommerprossen stärker hervortraten, wie damals, da er Jürgen das Rähtischchen seiner Mutter zum Aufbewahren übergeben und gesagt hatte: „Zweifelloch wird die ganze Bande auf den Jahrmarkt kommen, um mich als Schiffschaukeladjukt zu sehen.“

„Und obendrein ist das auch die Antwort. Das ganze Systemchen ist sterblich geworden. Wie die Arbeiterinnen, die nicht mehr gebären können . . . Für die Heimatstadt!“ Des Lachenden zuckende Schulter stieß an die Standuhr, die metallisch tönte.

An der Tafel erklang viestimmiges, speckiges Gemacker. Sechzehn rote Gesichter drehten sich den beiden zu. Sechzehn Paar Augen fragten. Und Herr Hommes rief: „Wir wollen ihn auch hören.“

„Gut, du stiftest ein Säuglingsheim für die Kinder, die von den Arbeiterinnen nicht geboren werden können, ich ein Krankenhaus für diejenigen, die gestorben sind, weil sie die teueren Arzneimittel nicht bezahlen konnten, und zusammen stiften wir ein Kunstmuseum, von wegen der Kultur.“

Seine linke Gesichtshälfte lachte noch. Er hatte ein, zog ihn zur Tafel. Dort legte er die Hand auf Seidels Schulter. „Geben Sie mir Herr Leo Seidel, der bekanntlich ein Kind unserer Stadt ist, daß er seiner Heimatgemeinde ein mit allen hygienischen Errungenschaften eingerichtetes Säuglingsheim in beliebiger Größe stiften wird . . . Aus . . . aus Anhänglichkeit.“

Er leerte sein Glas. Krätzte und leerte. Begann wieder zu lachen. Trank. Dieser harte, mächtige Mann — ein kleines Schütchen, ein winziges Ungeziefer, das in seiner Heimatstadt noch ganz besonders geachtet werden will . . . als Wohlthäter!“

Herr Hommes bedeckte Mund und Nase mit der Hand,

warf den Kopf in den Nacken und dann tief zur Tischplatte, als müsse er niesen, niese nicht; er sagte zu Herrn Wagner: „Da muß er aber groß verdient haben.“

„No, was sag ich!“

„Entzündete Augen, entzündete Schleimhäute, Eierstöcke, Knochen, Lungen, entzündete Maschinengewehre und Schwergeschütze, entzündete Seelen, eiternde Seelen — und ein Krankenhaus für alle, finanziert mit Kapital, das entstanden ist durch das Systemchen, welches diese planetare Entzündung verursachte. Das ist die Antwort. Hoppla, das ist sie . . . Und die Fusion wird zustandekommen. Und die Kontrolle über die wichtigsten Arzneimittel. Und ich werde noch mächtiger werden. Und das ist nicht zu ändern. Es gibt keinen Ausweg. Mir kann nichts passieren — denn ich bin schwermüde zu entlaufen, denkt mit Recht die Laus.“

Er sah abseits rittlings auf dem Stuhle und glockte vergnügt. Stellte das geleerte Glas auf den Fußboden. „Eiternde Seelen“, begann er wieder, diesmal von rückwärts, und zählte an den Fingern her, wie der Metallarbeiter mit der verstümmelten Hand. Sah plötzlich eine Riesenebene, auf der Millionen Menschen reglos blühten. Die Gesichter derer, die am allerweitesten, die kilometerweit zurückstanden, waren größer als die der Nächststehenden. Alle Gesichter waren gelb.

„Geld! Geld! Geld! . . . Bin ich denn in China? . . .“

Wollte ja Dolmetscher in China werden.“

Er stürzte vom Stuhle. In seinem Hintertopfe kloppte dunkel ein Hammer aus Gummi.

7.

Phinchen mußte sich strecken, um mit der Bürste den Rodtragen erreichen zu können. Wie jeden Morgen trat Jürgen, als probierte er eine neue Hose an, einigemal am Plaf, sich richtig in den Anzug hineinzuwickeln, nahm den Spazierstock aus Phinchen's Hand und verließ pünktlich die Villa. Der Schaffner, im Laufe der vierzehn Jahre auf dieser Sirede ergraut, half dem schwer gewordenen täglichen Fahrgast in den Wagen.

Unwillkürlich rückte Jürgen etwas ab von einem dürrig gekleideten Manne, dem die Nase fehlte. Außer diesem Arbeiter sah im Wagen ein kleines Mädchen, das, die Augen angstvoll vergrößert, seine Hausaufgabe im Katechismus repetierte und immer wieder begann: „Aber Jesus sprach: Lasset die Kindlein zu mir kommen . . .“

Der Schaffner lachte. Der Nasenlose hatte kein Geld.

„Aber Jesus sprach . . .“

„Dann müssen Sie aussteigen.“

Der Nasenlose, entschlossen, sitzen zu bleiben, geriet in Erregung. Er sei monatelang arbeitslos gewesen. Wenn er

nicht mitfahren dürfe, komme er zu spät und erhalte die Ausbühlfestelle nicht. Alle Qualen seines Lebens sammelten und verwandelten sich in Widerstand und Zorn gegen den Schaffner.

Auch der war wütend geworden, gab das Halbesignal. „Wie kann einer einsteigen, wenn er das Fahrgeiß nicht hat! So etwas gibts nicht.“ Der Wagen hielt. „Wenn ich Sie ohne Schein mitfahren lasse, verliere ja ich meine Stelle.“

„Wenn einer arbeiten will!“ schrie verzweifelt der Mann und schimpfte los auf die reichen Nichtsteuer, die nicht nötig hätten, zu arbeiten.

„Auf! Sie müssen aussteigen.“ Er mußte den sich Wehrenden am Arme packen und aus dem Wagen hinausdrücken.

„Aber Jesus sprach . . .“ lernte das Mädchen in so großer Angst, die Hausaufgabe in der Schule nicht herlagern zu können, daß es von der ganzen Szene nichts bemerkte.

Auch Jürgen, der die Kurberichte gelesen und dabei, tief beunruhigt, an den Traum der letzten Nacht gedacht hatte, wußte nicht, weshalb des Schaffners Lippen und die Hand, die die Zange hielt, bebten. Automatisch zog er die Abonnementkarte, in die seine Jugendphotographie eingeliebt war. „Welch ein fürchterlicher, fürchterlicher Traum!“

Der Schaffner war noch zornig. „Sie sollten auch einmal ein neues Bild einlegen. Das sind ja gar nicht mehr Sie.“ Er hielt die Photographie prüfend vor sich weg. „Das ist ja ein ganz anderer, könnte man glauben.“

Jürgen blickte auf die Augen des Jünglingsbildes, die aus ungeheurer Ferne groß und ernst zurückblickten. Das Gesicht des Nasenlosen tauchte neben dem Fenster mit Sprungregelmäßigkeit auf und nieder.

„Träume seien nun einmal nichts als Schäume, sagt der Hausarzt . . . Ist aber auch dieser entsehlene Traum nur flaumleichter Abfall des Lebens und ohne tiefere Bedeutung?“ Selbst jezt noch, während der Fahrt durch den sonnigen Tag, stockte Jürgen's Herz;

Er steht, bekräft, weiß behandschuh und im Halbkreis umgeben von den zwölf schwarzgekleideten Zeugen, in der Mitte des feillich erleuchteten Gesellschaftssaales vor dem Hinrichtungsbloß, tritt zurück, hebt das Beil — und läßt es hineinfallen in den Nacken. Der Kopf geht nicht herunter. Und jezt erst sieht er, daß er selbst, als Student, am Bloße kniet und von sich selbst hingerichtet werden muß, im Namen des Lebens, wie es ist. Bezwingen von den Blicken der zwölf stummen Zeugen, muß Jürgen noch einige Male in die fürchterliche Nackenwunde hineinschlagen, bis der Kopf Jürgen's, des Studenten, herunterfällt. Die Streichmusik endet.

(Fortsetzung folgt)

Über abends geht ein Heulen und Wehklagen los, wenn die Stimmen zu Konzerten und Vorträgen abgehört werden. Diese Trennung ist für den Hund beinahe eine Strafe. Kommt dann der Ausgemessene zurück, so fällt ihm das Tier mit beiden Vorderfüßen um den Hals. Alle vier Wochen erscheint die Abnahmetommission. Ist das Examen bestanden, so erhält das Paar die „Reifepfändung“ für die Großstadt.

5 bis 6 Jahre halten die Kerzen eines Blindenführhundes in der Großstadt Stand. Dann ist er verbraucht, wird dem Blinden abgenommen, und ein schnelles, schmerzloses Ende ist der große Dank für seine treuen Dienste.

Zum neuen Sattenmordprozess.

Vernehmung der drei Angeklagten.

In der Vernehmung der Hauptangeklagten, Händlerin Frieda Schreff, wurde zunächst jorngesprochen. Auf Befragen des R. A. Dr. Frey erklärte die Angeklagte, daß Schreff allerhand Diebesgefinde und Betrunkene nachts in die Wohnung gebracht habe. In Simlofer Hut habe er ihren Wurfkegel mit dem Beil zertrümmert. Schreff wolle nicht, daß sie handele, sondern sie sollte auf die Straße gehen. Eines Tages sei ihr Mann mit einem Revolver nach Hause gekommen, den er in den Schrank legte. Sie habe den Revolver herausgenommen und in einer Fernröhre versteckt, um sich, wie sie behauptet, gegen ihren Mann schützen zu können. Ueber die Tat selbst gibt die Angeklagte dann an, am Sonntag morgen habe Schreff ihr Zumutungen gestellt, die sie ablehnte, er habe sie gepackt und mißhandelt und sei dann zu seinem Bett gegangen, so daß sie geglaubt habe, er hote einen Revolver vor. In ihrer Angst sei sie zur Fernröhre gegangen und habe den anderen Revolver herausgenommen. Da ich dachte, er will auf mich schießen, habe ich zuerst geschossen. Vor: Weshalb sind Sie nicht einfach weggelaufen? Anget.: Das habe ich niemals wieder getan; nachdem ich es einmal versucht hatte, da hat er alle Sachen zertrümmert. Ich habe nicht die Mittel gehabt, um mir neue Sachen anzuschaffen. — Der zweite Angeklagte Reumann schildert Schreff ebenfalls als einen sehr gewalttätigen Menschen, der auf ihn mehrmals schon mit dem Revolver geschossen habe. Auf der Treppe habe er den Schuß gehört und dann Frau Schreff auf dem Körper ihres Mannes im Handgemenge gesehen. Er habe versucht, beide auseinanderzubringen. Schreff habe ihm einen Stoß gegeben, daß er zu Boden fiel. Als er sich aufrichtete, sah er, daß Frau Schreff auf ihrem Mann lag und mit ihm rang. Er habe Blut gesehen und davon sei ihm schlecht geworden, so daß er fortgegangen sei. — Auch die Angeklagte Elise Schmidt will erst, nachdem sie die Schüsse gehört hat, hinzugekommen sein und gesehen haben, daß Schreff auf ihre Schwester einschlug. Sie bestreitet ebenfalls, auf Schreff eingeschlagen zu haben. Mehrere Hausbewohner schildern den Ermordeten als einen sehr gewalttätigen Mann, der seine Frau ständig mißhandelt und auch oft mit dem Revolver bedroht habe. Im Hause habe man immer erwartet, daß er die Frau umbringen würde. — Die Verhandlung wird schließlich auf Donnerstag früh vertagt.

Die Erschließung des westlichen Havelufers.

Verkehrsverbesserung für Kladow und Gatow.

Die auf dem westlichen Havelufer gelegenen Gemeinden Kladow und Gatow, die durch das Gesetz Groß-Berlin zum Bezirk Spandau, also zu Berlin gekommen sind, haben gegen diese Eingemeindung seit langem einen heftigen Kampf geführt, wobei sie insbesondere darauf hingewiesen haben, daß sie durch das fast völlige Fehlen einer ausreichenden Verkehrsverbindung von Berlin förmlich abgeschnitten seien. Der Berliner Magistrat hat sich mit diesen Klagen wiederholt beschäftigt und in einer Sitzung nunmehr beschlossen, den berechtigten Wünschen der beiden Gemeinden durch Schaffung einer Autobusverbindung Kladow-Gatow-Spandau und zurück Rechnung zu tragen. Der Betrieb der Strecke, die spätestens zum 1. Mai eröffnet werden soll, wird voraussichtlich von den Autobussen der Reichspost übernommen werden. Während aber vor dem Kriege der auf dem westlichen Havelufer eingerichtete Postautoverkehr einen Fahrpreis von 1,20 M. für die Strecke Kladow-Spandau vorsaß, wird nunmehr die ganze Strecke Kladow-Spandau nur 30 Pf. kosten, da die Stadt Berlin im Interesse der Bewohner der beiden Ortschaften selbst einen Teil der Reichspost durch die Einrichtung der neuen Linie ermachenden Lasten trägt. Im Einverständnis mit den beiden Gemeinden ist ein normaler Autobusverkehr am Tage in beiden Richtungen vorgesehen. Außerdem soll eine ständige Dampferverbindung zwischen Kladow und Bannsee geschaffen werden. Denn auch hier tut eine billige Verbindung mit Anschließern von und zur Bannseebahn dringend not. Schließlich kann es auch nicht schaden, wenn der Ausflügler, Wanderer und Sommerfröhlchenverwehler von diesen längst fälligen billigen und schnellen Verbindungen mit dem westlichen Havelufer keine Vorteile hat.

Deutschvölkische Gummi Knäpkel.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei hatte vorgestern abend nach den Protokollen in Halensee eine öffentliche Wählerversammlung einberufen. Nachdem in der Diskussion ein Sozialdemokrat und ein Deutschnationaler bei verhältnismäßiger Ruhe hatten sprechen können, führten 20 mit Gummi Knäpkel bewaffnete sogenannte Bismarckbündler, zum Teil in Hitler-Uniform, mit Heilrufen in den Saal. — Es waren nämlich zahlreiche Zuhörer anwesend, die durch das dürftige von Sachkenntnis ungetriebene Vorfahrengeisch des Redners nicht überzeugt waren. Referent und Versammlungsleiter wurden durch maßvolle Zwischenrufe nervös. Das steigerte sich, als in der Aussprache einige Redner durch scharfe, aber sachliche Ausführungen die deutschvölkischen Phrasen einer vernünftigen Kritik unterzogen. Sie gewannen jedoch augenscheinlich ihre Sicherheit wieder, als der erwähnte Trupp in den Saal drang, im Gänsemarsch auf die Bühne kletterte und sich um den Vorstandstisch gruppierte. Plötzlich — ob auf ein Stichwort hin, ließ sich von Saale aus nicht feststellen — sprangen sie in den Versammlungsraum hinab auf einige Zwischenrufer zu und prügelten drauflos. Sie kamen gerade an die Redner, es waren Arbeiter, die augenscheinlich für diese Art Begleitungsprografs das richtige Verständnis hatten, denn die „mutigen“ Angreifer bekamen Arbeiterhäufe zu spüren. Dann aber kam das Ueberfallkommando, das die völkischen „Helden“ abführte und die Versammlung auflöste. Außerordentlich bezeichnend war es für diese Helden, daß sie, sobald sie der Schutzpolizeibeamten ansichtig wurden, schleunigst ihre Hakenkreuzer herunterrißen und in den Taschen verbargen. Die Gummi Knäpkel aber wurden den völkischen Mädchen und Frauen zugesteckt, die sie in ihren Taschen versteckten. Wenn die Völkischen sich weiter so wie die schlimmsten Rowdys benehmen, dann werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn man sich ihrer in Zukunft entsprechend erwehrt.

Wenn schon, denn schon.

Man schreibt uns: Buchmacher und Totalisator befinden nebeneinander, das ist eine Tatsache, mit der sich Freund und Feind abgefunden haben. Im Interesse der Allgemeinheit liegt es nun, daß der verarmte Staat die aus beiden Einrichtungen fließenden Steuern möglichst reiflos zugeführt bekommt. Das erscheint aber unmöglich, wenn, wie bisher, auch für die 150 Renntage des kommenden Jahres die Buchmacher auf den billigen Plätzen verboten bleiben. Der Buchmacher soll bestmöglich dem Totalisator, der eine bestimmte Summe für die Pferdezeit abführt, keine Konkurrenz machen. Daher ist der Buchmacher nur für die „Großen“ gedacht, und auf den kleineren Plätzen nimmt der konzipierte Buchmacher offiziell erst ab 20 Wert an. Das ist alles ganz schön und gut, aber die Wirtschaftlichkeit sieht anders aus, als sie es sein sollte. Der hohe Meister wird stets zum Buchmacher gehen, schon aus eigenem Interesse, weil er

durch keine große Entlohnung die Totalisatorquote nicht brechen will. Der kleine Bettler geht jedoch auch zum Buchmacher und zwar zum schwarzen. Man macht geltend, der kleine Bettler würde durch Errichtung von Buchmacherständen auf den billigen Plätzen vom Totalisator weggeleitet. Dieser Einwurf ist insofern nicht stichhaltig, weil der kleine Bettler bereits lange vom Totalisator weggeleitet worden ist. Es gilt jetzt, die Schwarzweiterei nach Möglichkeit zu unterbinden und alle Steuern reiflos zu erfassen, wobei die Errichtung von Buchmacherständen auf den billigen Plätzen das Ihre zu leisten würde. Man rechnet damit, daß die zehn Buchmacherstände 4 Millionen Mark Steuern im kommenden Kennjahr einbringen werden und eine Vermehrung der Stände würde in diesem Falle wohl unbedingt einer Vermehrung der Steuern gleichkommen.

Allgemeine Funktionärinnen-Konferenz

am Freitag, den 28. März, abends 7 Uhr, in den „Sophienkälen“, Sophienstraße 17/18 (Nicht Schule Weinmeisterstraße)

Tagesordnung: 1. Bericht über die letzte Parteiausführung und „Die Wahlarbeit in Berlin“. Referent: Gen. Todenhagen. — 2. Aussprache.

Mitgliedsbuch legitimiert. Alle Genossinnen, die bei der Wahlarbeit helfen wollen, werden gebeten, zu erscheinen.

Frau Biskur auch Erbschleicherin!

Ein wichtiges Obergutachten Dr. Schneiderts.

In dem Verfahren gegen die ehemalige Krankenschwester Frau Biskur spielen auch die Schriftsachverständigen eine Rolle. In dem Inzestprozess hatte die Witwe Heinrich Körners, jetzige Frau Biskur, allen Grund, als testamentarische Universalerbin gegen die Tochter Heinrich Körners, die ihr die Erbschaft freiwillig machte, kühn und sicher aufzutreten. Zwei vom Gericht zugezogene hiesige Sachverständige erklärten das Testament Georg Körners für echt. Daraufhin wurde die Klage der Tochter Heinrich Körners in der ersten Instanz abgewiesen. Man muß sich nun wundern, daß der Vertreter der Klägerin in der Berufungsinstanz nicht mit allen Mitteln gegen die beiden Gutachten der Schriftsachverständigen ankämpfte und nicht ein Obergutachten einforderte. Erst in dem sich allmählich entwickelnden Strafverfahren gegen Frau Biskur wurde ein solches eingeholt. Im Sommer vorigen Jahres wurde das freiwillige Testament dem Leiter des Erkennungsdienstes des Polizeipräsidiums und Schriftsachverständigen Dr. Schneidert vorgelegt. Dieser erklärte es auf den ersten Blick bestimmt als gefälscht. Doch erst in den letzten Wochen erhielt dieser Sachverständige den Auftrag, ein ausführliches Gutachten zu erstatten. Er wies die Fälschung des Testaments nach und ebenso, daß als Urheberin der Fälschung nur die Witwe Körner, die jetzige Frau Biskur, in Betracht kommen könne. Erst mit diesem Gutachten trat eine Wendung in dem ganzen Verfahren ein. Kurz darauf wurde Frau Biskur verhaftet, und sie hat inzwischen auch die Fälschung eingestanden. Hätten die vor einigen Jahren schon zugezogenen Sachverständigen die Fälschung richtig erkannt, dann wäre manches Unheil verhütet worden.

Erneuter Mieter-Zahlstreik!

In östlichen und nördlichen Vorstadtbezirken mit fast autoritärer Einstellung ist erneut der Mieter-Zahlstreik beschlossen worden, falls zum 1. April Mieten dekretiert werden, die von weiten Bevölkerungsteilen nicht getragen werden können. Der Berliner Mieterbund steht diesem Beschluß von östlichen Mietervereinen, die ihm nicht angeschlossen sind und hoffert vorgehen, völlig fern. Er ist nach wie vor der Überzeugung, daß auf solche gewalttätige Art einzelner verstreuter Teile der Mieterbewegung die Mietbildungsfrage nicht gelöst werden kann, vielmehr die bei Ueberfpannung der Forderungen sicher eintretende wirkliche Zahlungsunfähigkeit weiter weite mit allen sonstigen schweren Folgen, die sich aus einer hohen Mietssteuer ergeben müssen, weit klarer die verkehrte gegenwärtige Mietrechtspolitik zur Anschauung bringen wird als ein Streikbeschuß, hinter dem keine Massen stehen. Bekanntlich ist auch im vorigen Frühjahr der Teilstreik im Norden und Osten Berlins ins Wasser gefallen. Die streikenden Mieter haben durch Gerichtskosten erhebliche Geldopfer bringen müssen. Es würde diesmal wohl kaum etwas anderes herauskommen.

Es mehren sich die Fälle, in denen der Berliner Magistrat auf Monate hinaus durch gerichtlichen Uebermehmsbeschuß die Mieten ganzer Häuser pfänden läßt, weil von dem Hausbesitzer, der dann in der Regel ein Ausländer ist, die sehr erhebliche Grunderwerbssteuer nicht gezahlt wurde. Wer bezogt nun die übrigen öffentlich-rechtlichen Hausabgaben, insbesondere die Wasser-, Beleuchtungs-, Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgeldern? Und wo bleibt der wichtige Bestandteil der Miete, der für laufende Instandsetzungen bestimmt ist? Solche fiskalischen Maßnahmen begünstigen doch nur den weiteren Verfall der betroffenen Häuser. Was für die Erhaltung der Wohnbarkeit des Hauses unbedingt notwendig ist, sollte von der Pfändung ausgeschlossen sein, ohne daß erst die Mieter Einspruch erheben und gerichtliche Verhandlung beantragen müssen.

Das Urteil im Joffener Meutereiprozess.

Auf Grund der Beweisnahme konnte die 1. Strafkammer des Landgerichts II in dem Joffener Meutereiprozess zu der Ueberzeugung, daß der Haupttäter bei dem Ueberfall auf den Oberwachmeister Doppermann in dem Amtegefangnis in Joffen der Angeklagte Kedenhoff war, während der Witwenkellner Knöcke unter dem Einfluß des ersten Angeklagten gestanden habe. Kedenhoff wurde wegen Meuterei und Körperverletzung mit Todeserfolg zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Knöcke bekam unter Hubilung weitgehender mildernder Umstände ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Die Ordner der Proletarischen Zirkelrunde treffen sich für die Jugendwoche am 20. d. M. im Großen Schauspielhaus morgens 8 Uhr an der bekannten Stelle.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 27. März.
Tagesstellung Vormittags 10 Uhr: Neobrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12:15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12:35 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1:05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2:15 Uhr: Börsenbericht. Nachm. 4:30 bis 6 Uhr: Unterhaltungsmusik. 7 Uhr: Sprachunterricht (englisch). 7:30 Uhr: Vortragsschau. 1. „Das besetzte Gebiet“. 2. Vortrag: „Das Rheinland“. Reichstagsabgeordneter A. D. Joo. 8:30 Uhr: Operettenabend (Aus „Mikado“ und „Geisha“). Mitwirkende: Else Jölich de Vogt, ebena. königl. preuß. Hofopernsängerin; Bernhard Bötzel vom Deutschen Opernhaus, Charlottenburg; Edvard Kandl vom Deutschen Opernhaus, Charlottenburg; Masurak (Violine), Hermann Hopf (Cello). Am Flügel: Kapellmeister Otto Utrack. 9:50—11:30 Uhr: Tanzmusik.

Kunst und Polizei.

Zur Wahrung der Interessen wirklicher Kunst bei Maßnahmen der Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaften zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere auch der öffentlichen Sittlichkeit, sollen nach einem dem Staatsrat vorgelegenen Entwurf Regierungsentwurf bei den Polizeipräsidenten in Berlin, Breslau, Dortmund, Frankfurt a. M., Gießen, Halle, Hannover, Kiel, Köln, Königsberg und Stettin Kunstausstellungen gebildet werden. Sie sollen von den Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften als Sachverständigenausschüsse gutachtlich bei allen das Gebiet der Kunst betreffenden Maßnahmen gebildet werden, bei denen ein Zweifelhaft erscheint, ob eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung vorliegt. Dies gilt insbesondere in solchen Fällen, in denen namhafte Künstler, künstlerische oder Verlagunternehmungen betroffen werden.

Die 11. deutsche Gastwirtsmesse wurde gestern vormittag an der gemauerten Stätte, in der „Neuen Welt“ in der Hafenbeide durch ihren Leiter Dumstrey eröffnet. Wie bei den Messen in Leipzig und Breslau ist ein überaus großer Zuspruch von ausstellenden Firmen zu verzeichnen. (Es sind in der Gastwirtsmesse nicht weniger als 700 Firmen mit ihren Erzeugnissen vertreten.) Unter den vielseitigen Maschinen und Apparaten sind Erfindungen zu sehen, die man bisher noch nicht kannte, und die dem einschlägigen Fachmann die Möglichkeiten bieten, seinen Betrieb rationeller zu bewirtschaften. Beachtenswert ist die Sonderabteilung „Küchenmesse“, die auf der großen Bühne eine umfangreiche Tafel mit über 50 Schaugerichten aufweist. Eine wertvolle Ergänzung bietet eine mit einem begleitenden Vortrag verchehen Filmvorstellung über die Gewinnung von Geflügelfleisch, die in dem großen 1500 Personen fassenden Refektorium neben anderen Filmen abgerollt wird. Die Messe, die bereits am ersten Tage einen außerordentlichen Besuch aufzuweisen hat, bleibt bis zum 28. März geöffnet.

Belehrungsausschuh Groß-Berlin. Am Montag April gelangt im Neuen Theater am Zoo in ersterlicher Forderung zur Aufführung „Die rote Robe“, ein Schauspiel in vier Akten von Eugène Ibsen. Wir erlauben die Kritik, sofort die auf sie entfallenden Karten vom Bureau abzuholen.

Ueber Ainderkronen (besonders in der Entwicklungsperiode) und ihre Behandlung im Elternhaus und Schule spricht Genosse Dr. med. Franz heute Donnerstag abends 7½ Uhr, im Hagedornsaal, Bismarckstraße (Umgang: An den Jellen), in einer Vortragsserie der Rumpfkinder-Jugendgruppe des Bundes. Entschieden Schulreformer. Unkostenbeitrag, Ueberholte frei!

Arbeiter-Elternbund Weihenau. Die Märkische Wanderschule, Dr. Glaeser, bringt heute, Donnerstag abend, in der Weihenauer Gemeindehalle, Viktorstraße 23, das belamte Schönebergische Bühnenwerk „Der Schlüssel“ mit Leonie Duval (vom Deutschen Theater) in der Uelochse zur Aufführung.

Aus der Partei.

Reichstagskandidaten in Württemberg.

Die württembergischen Parteigenossen haben den feikheiligen Abgeordneten Genossen Keil wieder an die Spitze der Reichsliste gestellt. Nach ihm folgt Hildenbrand und Dr. Rohmann. Der Genosse Feuerlein (Schleier) aus und an vierter Stelle folgt die bisherige Abgeordnete Frau Siegler.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Sonntags abend, den 29. März, abends 6 Uhr: Sitzung im Jugendheim, Lindenstr. 3.

Wichtig: Funktionärinnen! Allgemeine Funktionärinnenkonferenz am Freitag, den 28. d. M., 7 Uhr, in den Sophienkälen, Sophienstr. 17/18 (Nicht Schule Weinmeisterstraße).

1. Kreis Kiergarten. Alle Dozentenfunktionäre nehmen an der heute im Gemeindefesthaus. Engelstr. 24, stattfindenden Dozentenfunktionärenkonferenz teil.
 2. Kreis Uckermark. Freitag, den 28. März, 7½ Uhr, wichtige Konferenz des Vorstandes der freien Schulgemeinde, der Elternabteilungsleiter sowie der in der Kinderfreundebewegung tätigen Genossinnen und Genossen bei Frau. Gedächtn. 23. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.
 3. Kreis Reinickendorf-Best. Buchwalde, Tegel, Regioert. Kreisfunktionäre! Freitag, den 28. März, 7½ Uhr, im Jugendheim, Tegel, Bohnhölzer. 14, wichtige Sitzung. — Reinickendorf-Oh. Reinick. Wittmann, Weidmannslust, Hertzberg und Westhafen. Wichtige Sitzung der Kreisfunktionäre am Freitag, den 28. März, 7½ Uhr, im Lokal Art. Weidmannslust, am Bohnhof.
 4. Kreis Hiltlensdorf. Donnerstag, den 27. März, pünktlich 7½ Uhr, zur Versammlung erscheinen.
- Heute, Donnerstag, den 27. März:
62. Wkt. Eichtersheim. 7½ Uhr Mittalitereroffnung in den Eichtersheimer Festkellern, Schleierdorfer Str. 5. Tagesordnung: „Die kommenden Wahlen“.
 63. Wkt. Belg. 8 Uhr Funktionärkonferenz bei Frau (A. Gemeindefesthaus). Alle Funktionäre müssen ganz pünktlich erscheinen.
 - Jungesallisten, Gruppe Friedrichshagen. 7½ Uhr in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft, am Ostbahnhof 17, Vortrag des Gen. Friedländer: „Meine Beobachtungen in Frankfurt“.
- Morgen, Freitag, den 28. März:
14. Wkt. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Dietrich, Swinemünder Str. 28.
 18. Wkt. 7 Uhr Versammlung in der Schule Götterhagen Str. Tagesordnung: „Schulrat — Schulpolitik — und die Parteien“. Ref.: Genosse Dr. Weisenstein. Empfindliche und „Berühmte“ Leser sind eingeladen.
 28. Wkt. 8 Uhr im „Müllhölzer Buche“, Zehnstr. 7, kurze Besprechung sämtlicher Funktionäre, Betriebsleiterinnen und Bohnhölzer.
 30. Wkt. 7 Uhr Funktionärkonferenz in der Funkhölzer Sprechstube, Hindenburgstr. 3, Regioert-Baumhölzer. Sprechstube! 30. Vorfahrung wissenschaftlicher Filme in der Regioert-Baumhölzer. „Welt Kino und Romere zwischen christlichem Großen“. Erläuternder Vortrag des Genossen Hübler, Kavien zu 8:30 Uhr an der Kasse.
 104. Wkt. Johannesbad. 7½ Uhr wichtige Sitzung des Vorstandes und sämtlicher Funktionäre bei Göbel, Koonstr. 2.
 107. Wkt. Alt-Hiltensdorf. 7½ Uhr Vorstandssitzung beim Genossen Reumann, Gertrudenhölzer.
 114. Wkt. Hiltensdorf. 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Schwarzger, Gabelstr. 17.
 - Jungesallisten, Gruppe Köthen. 7½ Uhr in der Hiltensdorf, Schönebergstr. 4, Vortrag des Genossen Mannitz: „Der Märkische Matratzenbau“. — Gruppe Schöneberg. 8 Uhr im Jugendheim Kubensstraße, Vortragabend.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

30. Wkt. Der Genosse Tomm, Appertstr. 19, ist verstorben. Die Unterstützung hat bereits stattgefunden. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 27. März, 7½ Uhr:

Gesundbrunnen: Götterhagen Str. 3, Vortrag: „Religion und Sozialismus“. — Wkt. Spandau: Verteilung an der Schulentfaltung der Freireligiösen Gemeinde am Freitag, den 28. März, abends 7 Uhr, im Schulungshaus Götterhagen. — Regioert: I. Kämpfer Str. 22. Vortrag: „Religion und Kultur“. — Regioert IV: Lokal „Hirtentel“. Götterhagenstr. 19, Mittalitereroffnung. — Regioert V: Schierstr. 44. Vortrag: „Geschichte des Ueberflutungs“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Mieterbund. Donnerstag, den 27. März, abends 7½ Uhr, Obmannerversammlung. Wichtige Tagesordnung. Ausweise: grüne Ausweise, Vertretung für Schul- und Erziehungsfragen Berlin-Regioert. Reichsschl. der 4. Regioert-Gemeinde. Mittalitereroffnung. Beginn 8 Uhr abends. Freitag, den 28. März: Mittalitereroffnung an Grundzüge der Sozialpolitik. Regioertstr. 8, Kasse.

Kollernbund „Kollern“. Sonntags abend, den 29. März, abends 8 Uhr, in der Stadt. Stelle. Berlin-Schöneberg, Götterhagenstr. 67, Mittalitereroffnung von Augustar Dr. C. Baumgarten: „Die biologische Verwertung der Götter- und Freizeite der Groß-Berliner“. Vortrag des Dr. Kollern: „Mittalitereroffnung und Erhellung der Berliner Götterhagen“. Götterhagenstr. (8:30 Uhr.)

Mieterverband „Götterhagen“. 4. Verwaltungsratsber. Offentlichkeit: Mieterversammlung am Donnerstag, den 27. März, abends 7½ Uhr, im Hiltensdorf, Berlin, Schleierdorfer Str. 23. Tagesordnung: „Goldmiete und Mietspiegel“. Referent: J. Grünbaum. Mieterverband „Götterhagen“, 4. Verwaltungsratsber. Sonntag, den 28. März, abends 8 Uhr.

BATSCHARIS GROSSE KONKURRENZ

Ein interessantes Ausschreiben für jeden Deutschen!

Im Laufe von Generationen hat der Name Batschari Weltruf erlangt. Die Batschari-Cigarette wird von anspruchsvollen Rauchern aller Kulturländer bevorzugt. Daher muß jede Batschari-Cigarette einen Namen erhalten, der nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland verstanden wird und Anklang findet. Die Wahl des Namens ist

keine leichte Aufgabe!

Es soll nun wieder eine Cigaretten-Taufe im

HAUSE BATSCHARI

gefeiert werden. Darum sucht alle, ihr deutschen treuen Batschari-Raucher nach einem geeigneten neuen Namen! Auch ihr Anti-Nikotiner mögt euch am Nachdenken beteiligen, denn:

Es gilt deutscher Qualitätsarbeit auch im Ausland einen Ehrenposten zu sichern!

Batschari prämiiert auf Grund der Entscheidung der Preisrichter, den unten angegebenen Bedingungen gemäß, die drei besten Namen, welche Aussicht geben, deutscher Qualitätsarbeit nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland Geltung zu verschaffen mit drei Preisen von insgesamt

10000 Goldmark

Die Verteilung ist folgende:

I. Preis	5000	Goldmark
II. „	3000	„
III. „	2000	„

Außerdem erhält der erste Preisträger, wenn sein prämiierter Vorschlag als Bezeichnung einer neuen Cigarettenmarke von uns verwandt wird,

**eine lebenslängliche Rauchrente in Form
von monatlich 100 Cigaretten dieser Sorte**

BEDINGUNGEN:

1. Nur Deutsche sind als Bewerber zugelassen.
2. Prämiert werden die drei besten, bisher nicht verwendeten Cigaretten-Namen für welche Warenzeichenschutz seitens der Firma Batschari zu erlangen ist. Diese drei prämierten Namen gehen als Eigentum mit Urheberrecht an unsere Firma über. Die Entscheidung der Preisrichter wird nach den Gesichtspunkten unserer persönlichen Propaganda und im Hinblick auf die internationale Brauchbarkeit der Namen getroffen werden.
3. Die drei Preise gelangen unter allen Umständen zur Verleihung.
4. Die Frist für die Bewerbungen läuft am 1. Mai 1924 (Poststempel 30. April 1924) ab.
5. Jeder Bewerber darf nur einen Cigaretten-Namen einsenden. Dieser Name ist auf einem Zettel von Postkartengröße in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift „Preis Ausschreiben“ einzureichen und kann mit einer kurzen Erklärung oder Begründung des Namens versehen sein. Dagegen sind andere Mitteilungen oder Adressenangabe des Bewerbers auf diesem Zettel unzulässig. Vielmehr ist die genaue Adresse des Einsenders in einem zweiten verschlossenen Umschlag, der in den ersteren einzustecken ist und als Aufschrift lediglich den gefundenen Cigaretten-Namen tragen darf, einzusenden und muß spätestens am 1. Mai 1924 im Besitz der Firma A. Batschari, Cigarettenfabrik A.-G., Baden-Baden, sein.
6. Eine Rücksendung von Einsendungen erfolgt nicht. Die nicht prämierten Bewerbungen werden vernichtet.
7. Preisrichter sind:
ROBERT BATSCHARI, Baden-Baden; Kommerzienrat RICHARD GSELL, Präsident der Handelskammer Karlsruhe; Rechtsanwalt WALTER HERMANN, Baden-Baden; Professor ALBERT HAUEISEN, Akademie der bildenden Künste, Karlsruhe; Justizrat und Notar FRANZ KETTERER, Baden-Baden; Professor CARL LANGHEIN, Otterndorf bei Hamburg; IVO PUHONNY, künstlerischer Beirat der Firma Batschari, Baden-Baden; FRANZ HEINRICH STAERK, Propagandachef der Firma Batschari, Baden-Baden.
8. Die Bekanntmachung der Preisrichter-Entscheidung erfolgt in allen Blättern, in denen dieses Preis Ausschreiben veröffentlicht wird.

Baden-Baden, den 6. März 1924.



**A. BATSCHARI
CIGARETTENFABRIK A.-G.**

R. Batschari

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust Pfd. 60 Pf.
Kalbsnierenbraten Pfd. 70 Pf.
Kalbskeule ganz und geteilt Pfd. 80 Pf.
Lieserl Pfd. 85 Pf.
Schweinebauch u. Blatt m. Beilage Pfd. 90 Pf.
Schweinerücken Pfd. 90 Pf.
Schweineschinken Pfd. 90 Pf.
Gehacktes Fleisch Pfd. 70 Pf.

Fettes Ochsenfleisch Kamm u. Brust Pfd. 55 Pf.

Konserven

Karotten geschulten 1/2 Dose 45 Pf.
Junge Erbsen 1/2 Dose 95 Pf. 1/2 Dose 130 Pf.
Stangenspargel 1/2 Dose 3 M.
Rieserl-Stg.-Spargel 1/2 Dose 3 M.
Ananas ganze Frucht 1/2 Dose 2 M.
Portugies. Sardinen 1/2 Dose 42 Pf. 1/2 Dose 125 Pf. 1/2 Dose 240 Pf.
Rindfleisch ohne Knochen 1/2 Pfund-Dose 1 M.
Oxford Sausage Würstchen in Kalbfett, 2 Pfund-Dose 1 M.
Kond. Milch 8-9% Fettgehalt 1/2 Dose 48 Pf.
Sülze (Hausmacher) 1 Pfund-Dose 78 Pf.

A. Wertheim

Donnerstag und Freitag, soweit Vorrat: Billige

Lebensmittel

Zwiebelwurst 56 Pf.
Landleberwurst Pfd. 104
Fleischwurst (Thüringer Art) Pfd. 110
Schinkenspeck Pfd. 100
Mausschinken (ca. 1 1/2 - 2 Pfd.) Pfd. 180
Victoria-Erbsen 19 Pf.
Bohnen (Weiße) Pfd. 19 Pf.
Haferflocken Pfd. 18 Pf.
Weizengrieß Pfd. 20 Pf.
Schnitt-Nudeln Pfd. 25 Pf.

Tafel-Butter 1 90
 dänische Pfd.

Romatour in Stahlol 80 Pf.
Briekäse Pfd. 68 Pf.
Edamer Pfd. 90 Pf.
Schweizerkäse dänischer Pfd. 125
Harzerkäse Originalkäse 98 Pf.
Corned Beef Pfd. 66 Pf.
 Dose (6 Pfd. engl. Gew.) 3,25
Obst-Konfitüren 5 Pfund-Eimer
 Pflaumen 3 M. Kirschen 3 M.

Apfelsinen 68 Pf.
 Dutzend

Blut-Apfelsinen Dtz. 75 Pf.
Zitronen Dutzend 45 Pf.
Smyrna-Felgen Pfd. 48 Pf.
Datteln Marokkaner Pfd. 110
Ananas Pfd. 275

Eß-u. Kochäpfel 25 Pf.
 5 Pfund 1,20 Pfund
Kaliforn. Apfel 58 Pf.
 5 Pfund 2,75 Pfund

Weißkohl Pfd. 10 Pf.

Grüne Gurken 120
Neue Kartoffeln Pfd. 22 Pf.

Gänsefleisch 80 Pf.
 gepökelt Pfd.

Gänsekeulen gepökelt, Pfd. 1 M.
Reh-Ragout Pfd. 55 Pf.
Rehblätter Pfd. 130
Tauben große 80 Pf.
Masthühner ungek. Pfd. 180

Deutscher Kakao stark emulgiert Pfd. 1 M.

Schokolade (Vanille) 100 Gr. Tafel 24 Pf.

Fische

Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische Pfd. 20 Pf.
Rotbarse ohne Kopf Pfd. 24 Pf.
Seelachs geräuchert Pfd. 55 Pf.
Echte Sprotten Pfd. 70 Pf.
Große Fettheringe 12 Pf.
Hering in Gelee 4 Liter-Dose 2 50
Schellfisch i. Gelee 4 Liter-Dose 2 50
Schnittbohnen holländische gesalzen Pfd. 40 Pf.
Getrocknet. Karotten 1/2 Pfd. in 1/2 Dose Pfd. 1 M.

Wein

Preise f. 1/2 Flasche einschl. Steuer, ohne P.L.
Heidelbeerwein 115
Johannisbeerwein 115
Kirschwein 125
1920 Gaublckelheimer Rheinwein 125
1920 Enkirchner Mosel 140
La Corona fein, Lissaboner Dessertwein 2 00
Olorso fein, span. Dessertwein (Madeira ähnlich) 3 M.
Douro Portwein feiner alter 3 50
Sherry Cadiz feiner alter 3 20
Obstschaumwein Hellwig Silber inkl. Steuer u. Gas 1 50

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus 7 1/2 Uhr: TOSCA
 Opernhaus am Königsplatz 8 Uhr: Der fliegende Holländer
 Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Nathan d. Weise
 Schiller-Theater 7 1/2 Uhr: Columbus
 Deutsch. Theater 8 Uhr: Vom andern Ufer
 Kammertheater 8 Uhr: Unsere kleine Frau
 Gr. Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Boccaccio
 Theater L. d. Königsplatz 8 Uhr: Wenn der neue Wein blüht
 Komödienhaus 8 Uhr: Zwei um eine
 Berliner Theater 7 30 Uhr: Das Weib im Purpur
 Theater am Nollendorfplatz 7 30 Uhr: Die Perlen d. Cleopatra
 Windgarten
 Varieté-Spielplan
 SCALA
 Täglich 8 Uhr ein sensationelles VARIÉTÉ-Programm

Große Volksoper im Theater des Westens
 7 1/2 Uhr: Die lustig. Weiber
 Täglich Kammer-Oper
 Täglich wechselnder Spielplan!

Central-Theater
 Direktion: Karl Heinz Wolff
 Alte Jakobstr. 30-32 (mit Schloss)
 Täglich 8 Uhr
Der dumme August
 Musik von Rud. Gläser

Neues Operetten-Th.
 Täglich 7 1/2 Uhr
Die Guido Thielscher vertagte Nacht
 Schöndorf L. & M. v. Franz Arnold u. Ernst Bach.
 Eine Musik - Claire Sommer - Ethel Solovson
 Camilla Spira - Tony Tetziell - Heinrich Marlow - Leo Penkert - Bernhard Reilig.

Apollo-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr
Die Abenteuerin
 Stolzenberg Hesterberg, Grete Sellin, Sabo, Hirsch (vom Staatstheater), Kistenmacher

Zoologischer Garten
 Dauerticket, gültig v. 1. Okt. 1923 bis 30. September 1924, werden täglich an den Gartentoren ausgesetzt.
 Preis für Erwachsene 20.-
 für Kinder unter 16 Jahren 15.-
 Die Ausgabebedingungen sind an den Toren erhältlich. Der Verkauf.

Trabrennen Mariendorf
 Donnerstag, den 27. März
 2 Uhr

FREIBURGER VOLKSPASSION IN BERLIN



Große Deutsche Passions Festspiele
 unter persönlicher Leitung und Mitwirkung des bekannten Christus Darstellers G. V. Fabnacht aus Bayern
 Ab 2-21 April 1924
 Täglich Beginn 7 30
 Ausverkauf am 16. & 17. April 1924
 2000 Mitwirkende
 Kartenverkauf: 1000-Platz, Theaterstr. 10, Berlin

AUSSTELLUNGSHALLEN AM KAISERDAMM

ERSTE DEUTSCHE ALLGEMEINE SPORT-RADIO-AUSSTELLUNG



21 BIS 30. MÄRZ 1924
 SPORT-PALAST, POTSDAMER STR.
 Alle Sportvereine haben bei Vorweisung ihrer Mitgliedskarten freien Eintritt.
 Jeder 1000. Besucher erhält gratis 1 Hellophon-Rundfunk-Empfänger.

Wichtig für alle Frauen, Mädchen und Mütter!
Wissenschaftl. Lichtbilder-Vortrag
 im Gewerkschaftsbau, Engelauer Str., morgen, Freitag, 20. März, abds. 8 Uhr
Der lenkbare Storch über das Eheleben der Zukunft
 Das kommende Zweifelhinderstimm u. u. o. nach dem Einwürfen Prof. Dr. Robert, erklärt von dem Popsal. Doktor Richter
 Siehe Anschlagtafel!

Walhalla
 Theater Weidenbergweg
 15 Weltattraktionen

Reichshallen-Theater
 Täglich 8 Uhr, Sonn- nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
 Kompositionen im Olymp
Oehnhoff-Brettel
 Anfang 8 Uhr
 Jeden 1. u. 16. neues Programm!

Kleines Theater
 Tägl. 8 Uhr:
Die Gegenkandidaten
 Komödie v. L. Puida

Trion-Theater
 Tägl. 8 Uhr:
Die nackte Tänzerin
 Lustsp. v. R. Lothar

Residenz-Theat.
 Tägl. 8 Uhr:
Die junge Welt
 Komödie v. Wedekind

Komische Oper
 Allabendlich 7 1/2 Uhr
 Nur noch 3 Tage
 Die größte Revue des Kontinents:
Die Welt ohne Schleier

Theater am Kottbuser Tor
 Tägl. 7 1/2 u. Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger
 1. neuer Besetzung
 Der Bombenerlöser
 ein neues Programm mit



Otto Reutter

Krause-Pianos
 zur Miete
 Anshacher Str. 1,
 1. bis Berlinstrasse

Hecht
 Teufelwerk
 Zigaretten, Zigarren,
 Tabak billig
 Lindenstr. 81

WIEN - BERLIN
 Unterhaltungs-Varieté
 Täglich 8 Uhr, Sonntag 8 1/2 Uhr
Jägerstr. 63a
Das größte Programm!
 Geschwister Severus
 & Carlotta / Harry Allista
 Alexander Schäffer
 und weitere 6 Schläger
 Sonntag, 4 U. Nachmittags-Vorstellung.
 Die bekannte warme u. kalte Küche

Aus-schneiden! „Bettwäschehof“ aufbewahren!
 Spezialverkauf von Bettwäsche.
 Nur prima Ware, enorm billige Preise. Kein Laden!
 Münzstraße 2, 1. Hof, parterre rechts.

Heilkräuter-Haus
 sämtliche Heilkräuter für alle Krankheiten
 spez. Harzer Gebirgs-Kräuter, Marke „Mammuth“, altbewährtes Mittel zur Blutreinigung und gegen Verstopfung. Paket M. 1,00 in allen Apotheken u. Drogerien zu haben. Bernhard Lauer G. m. b. H., Berlin N. 24, Elsassstr. 6. Besteht seit 43 Jahren

Nordstern

LEBENS - MITTEL!

46
 FILIALEN IN GR. BERLIN u. VORORTEN.

Mehle:
 Nordstern Gold "Das gute Auszugmehl": 20 Pf.
 Auszugmehl: 18 Pf.
 Weizenmehl: 16 Pf.

Kaffee:
 fr. gebr. Kaffee 1/2 lb 70.- 55 Pf.
 Kakao (franz. holländ.) 1/2 lb 35.-
 Gersle 1/10% Kaffee 1/2 lb 28.-
 -/20% Kaffee 1/2 lb 40.-
 Zucker 1 lb 42.-
 Ia. Raffinade 45.-

Fette:
 feinst Molkerei Butter 1.80
 Ia. dänische 2.08
 Margarine:
 Haushalt: 50 Pf.
 Tafel: 60 Pf.
 Extra: 70 Pf.

Wahltag und Metallarbeiter.

Die Reichstagswahl vom 4. Mai bedeutet für die Arbeiterschaft im allgemeinen und für die Metallarbeiterschaft im besonderen eine Entscheidung von höchster Wichtigkeit. Der Wahlausfall wird als ein Meilenstein der wirtschaftlichen und politischen Reise der Arbeitnehmer gewertet werden müssen.

Im verflossenen Reichstag hat dank seiner Zusammenfassung eine kapitalistisch-bürgerliche Mehrheit eine Tätigkeit entfalten können, bei der die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeiterschaft nicht zu ihrem Recht gekommen sind.

Wenn man frei von jeder Voreingenommenheit die Ursache dieser Tätigkeit betrachtet, wird man sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die innere Zerrissenheit der Arbeiterschaft in erheblichem Umfang der bürgerlichen Mehrheit die Möglichkeit gab, ihre das Interesse der Arbeiterschaft schädigende Tätigkeit durchzuführen. Der aus parteipolitischen Interesse aufgebaute Streit, ob die Demokratie oder die proletarische Diktatur die richtige Regierungsform sei, hat es mit sich gebracht, daß die Aufmerksamkeit gerade der Metallarbeiter von der wirtschaftlichen und politischen Reaktion des Unternehmertums abgelenkt wurde. So ist es den Vertretern der bürgerlichen Mehrheit im Parlament möglich gewesen, viele ihrer reaktionären Pläne zu verwirklichen, die sie nicht hätten durchführen können, wenn die Arbeiterschaft, aus innerer Ueberzeugung zur republikanisch-demokratischen Staatsform stehend, sich zu einheitlichem Handeln zusammengefunden hätte.

Für uns als Gewerkschaftler ist bei der Beurteilung der Tätigkeit einer Arbeiterpartei des Parlaments maßgebend, welche Versuche unternommen wurden, wirtschaftlich und sozialpolitisch günstige Gesetze für die Arbeiterschaft zu schaffen. Bei der Beurteilung der tatsächlichen Tätigkeit der Arbeiterparteien des Parlaments kam wohl kein Zweifel bestehen, daß die WSPD, alle Kräfte angespannt hat, den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft gerecht zu werden.

Gerade für die Metallarbeiter ist eine gute Arbeiterführungsgesetzgebung von höchster Bedeutung. Nicht nur daß die Metallarbeiter zahlenmäßig am stärksten in der Industrie vertreten sind; ihre Tätigkeit ist auch in sehr vielen Berufszweigen mit so erheblichen geistigen und körperlichen Gefahren verbunden, daß eine wirkliche Arbeiterschutzgesetzgebung auch die größten persönlichen Vorteile für die Metallarbeiter bringt. Zu diesem Arbeiterschutz rechne ich in allererster Linie die gesetzliche Festlegung des achtstündigen Maximal-Arbeitstages, die trotz aller Anstrengungen der WSPD-Abgeordneten im letzten Parlament infolge der bürgerlichen Mehrheit nicht zu erreichen war. Für die riesigen Zahlen der in der Metallindustrie be-

schäftigten weiblichen Arbeiter und jugendlichen Arbeiter ist die Durchführung des Achtstundentages eine der vornehmsten kulturellen Forderungen, die die Arbeiterschaft überhaupt zu stellen hat. — Die gesetzliche Festlegung dieser Arbeitszeit schafft erst die Voraussetzung für die notwendige freie Zeit, um sich seines Menschentums bewußt zu werden und gleichzeitig dem Streben nach Erweiterung der eigenen Kenntnisse und des eigenen Wissens Genüge zu tun.

Ganz abgesehen von den gewerkschaftlichen Kampfhandlungen, kann der wirtschaftspolitische Einfluß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft durch entsprechende Gesetze wesentlich gefördert werden. Die Schaffung von Arbeiterkammern soll dem wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiterschaft in gleichem Sinne dienen, wie Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern den Interessen der Bourgeoisie dienen. Der gewaltige staatliche Verwaltungsapparat steht heute fast ausschließlich den Interessen der privatkapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel zur Verfügung, während die Arbeiterschaft und ihre Organisationen gezwungen sind, bei der Durchdringung der Wirtschaftsprobleme sich auf den von ihr bisher selbst geschaffenen Verwaltungsapparat zu stützen. Ein nicht zu unterschätzender Anteil der wirtschaftspolitischen Vormachtstellung der Bourgeoisie beruht auf dieser reißlosen Dienstbarmachung des staatlichen Verwaltungsapparates. Ohne eine entsprechende Durchsetzung des Verwaltungsapparates mit Personen, die aus ideellen und sachlichen Motiven die privatkapitalistische Wirtschaft in eine gemeinwirtschaftliche umstellen wollen, wird unser Streben nach wirtschaftlicher und politischer Beherrschung des Staatsorganismus ein Problem bleiben.

Schon aus diesen wenigen, ganz kurz zur Ausführung gebrachten Gründen ist es für die organisierte Metallarbeiterschaft eine unbedingte Frage der Selbsterhaltung, die die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Existenz zur Voraussetzung hat, daß jeder in der Metallindustrie beschäftigte Arbeitnehmer an die Wahlurne gebracht wird, um der Partei ihre Stimme zu geben, die durch ihre planmäßige und sachliche, vom Geist der Demokratie erfüllte parlamentarische Tätigkeit bewiesen hat, daß es ihr ernst ist mit einer gesetzgeberischen Tätigkeit zur Erweiterung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses der Arbeiterschaft.

Diese politische Partei der Arbeiterschaft ist die „Vereinigte Sozialdemokratische Partei“. Darum kann jeder in der Metallindustrie beschäftigte Arbeiter, wenn er es mit seinem eigenen Interesse und dem der Gesamtheit ernst meint, am 4. Mai seine Stimme nur der „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei“ geben.

Dito Rista.



Einer, der am Achtstundentag verhungert ist.

führt hat, hat auch eine der mächtigsten Organisationen der deutschen Arbeiter entstehen lassen. Den Metallindustriellen steht die mächtige Organisation des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegenüber. Die große soziale Auseinandersetzung um den Achtstundentag, um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, um den sozialen Schutz der Arbeiterschaft, die das Unternehmertum unter schwerindustrieller Führung provoziert hat, wurde darum in erster Linie eine Auseinandersetzung zwischen der wirtschaftlichen Großmacht der Metallindustriellen und der gewerkschaftlichen Großmacht des Metallarbeiterverbandes.

Die Metallarbeiter stehen im Bordertreffen des Kampfes gegen Unternehmerrückwärts und Unternehmerübermut. Mit berechtigtem Stolz sagt der Vorstand des Metallarbeiterverbandes in seinem Aufruf zur Werbewoche für den Deutschen Metallarbeiterverband:

„Es bleibt ein unauflösliches Ruhmesblatt der deutschen Metallarbeiter, daß sie in diesen Monaten mit ihrer Organisation die schwersten Kämpfe auf sich nahmen, um die oftmals ungeheuerlichen Zumutungen der Unternehmer abzuwehren, und es ablehnten, sich willen- und kamplos dem Unternehmerrückwärts zu beugen. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes fühlt sich eins mit der einmütigen Willensstimmung des Kasseler Verbandstages, den kämpfenden Kollegen jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren. Dazu aber ist die Stärkung unseres Verbandes zwingendes Gebot. Kollegen, erkennt die Flammenzeichen! In allen Gebieten des Reiches waren und sind unsere Kollegen im Bordertreffen der ihnen aufgezwungenen Abwehrbewegung. Von den größeren Kämpfen der letzten Monate nennen wir nur die Streiks und Aussperrungen im rheinisch-westfälischen und bergischen Industriegebiet, in Hagen-Schwelm, Aßin, Mannheim, Magdeburg, Halle, Leipzig, Oberschlesien, Berlin, in allen Westorten und vielen anderen Gebieten des Landes. Der Deutsche Metallarbeiterverband ist eine Kampfsortorganisation!“

So kämpfen die Metallarbeiter im Bordertreffen des gewerkschaftlichen Kampfes. Aber die Macht des Unternehmertums wird nicht im gewerkschaftlichen Kampf allein gebrochen! Die Unternehmer verknüpfen sinnvoll ihren wirtschaftlichen Kampf mit dem politischen Kampf. Sie schwächen den Staat, um jede Einwirkung des Staates für die bedrohten Interessen der Arbeiterschaft unmöglich zu machen. Sie wollen die Demokratie zerschlagen, um die Entstehung einer starken, vom Geiste sozialer Gerechtigkeit getragenen Staatsgewalt unmöglich zu machen. Wie die Metallarbeiter sich gegen den Ansturm der Schwerindustrie gewerkschaftlich zur Wehr gesetzt haben, müssen sie sich auch politisch zur Wehr setzen.

Um den Achtstundentag wird im kommenden Reichstag gekämpft. Die Zusammenfassung des kommenden Reichstags entscheidet über die staatliche Einwirkung auf Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Behauptung der Autorität des Staates gegenüber der Willkür der großen Industriefürsten hängt davon ab, ob im kommenden Reichstag eine starke sozialdemokratische Fraktion vorhanden ist. Auf politischem Gebiete fallen die Entscheidungen um die Kampfbedingungen, mit denen die Gewerkschaften, mit denen die Arbeiterschaft überhaupt zu rechnen hat.

Zwei Aufgaben stehen deshalb vor jedem Metallarbeiter: gewerkschaftlicher Kampf und politischer Kampf. Die Macht, die den gewerkschaftlichen Kampf führt, ist der Deutsche Metallarbeiterverband. Die Macht, die den politischen Kampf führt, ist die Vereinigte Sozialdemokratische Partei. Beide Organisationen gilt es zu stärken — die eine in der Werbewoche des Metallarbeiterverbandes, die andere im Wahlkampf!

Der Wahlkampf um die Stärke und Macht der Sozialdemokratie im Reichstage ist die notwendige Ergänzung des gewerkschaftlichen Kampfes der Metallarbeiter. Der Wahlkampf geht um die Entscheidung zwischen Arbeiterdemokratie und Schwerindustrie. Nur eine Parteinahme gibt es für jeden Metallarbeiter in diesem Kampfe:

Für die Vereinigte Sozialdemokratie, gegen die Diktatur der Schwerindustrie!

Im Wahlkreis Potsdam II haben die Deutschen Nationalen ein Wahlabkommen mit den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Deutschlands geschlossen. Auf der Kandidatenliste steht an erster Stelle Graf Westarp, an zweiter Stelle der aus der Volkspartei herausgeworfene Führer der Gelben und der Vaterländischen Verbände Geisler, an vierter Stelle Frau Paula Müller-Diried.

Arbeiter!

Euer Feind ist die Schwerindustrie!

Die Arbeiter sind infolge der Geldentwertung verelendet — die Schwerindustrie hat im Inland und Ausland gewaltige Vermögen erworben.

Der deutsche Arbeiter ist der schlechtestbezahlteste und ärmste Arbeiter Europas — Sinnlos ist der reichste Mann der Welt.

Die Geldentwertung hat die Arbeiterorganisationen und ihre Presse schwer geschädigt — die Schwerindustrie hat Zeitungen aufgekauft und bezahlt gelbe Vereine.

Der deutsche Arbeiter trägt die Lasten des Friedensvertrages — die Schwerindustrie will daran verdienen. In eurer Hand liegt die Entscheidung, ob es so bleiben soll!

Stimmzettel gegen Konzernmacht.

Kampf gegen die schwerindustrielle Schlüsselstellung.

Während der Inflationsperiode ist in Deutschland der Prozeß der vertikalen Konzentration in der Industrie in einem bisher ungeahnten Maße vorwärtsgedrungen worden. Vom Rohstoff, der Kohle und dem Eisen, bis zur feinsten Fertigfabrikation sind Betriebe aller Produktionsstufen zu wenigen großen Konzernen zusammengeschlossen worden. Das Ausmaß dieser Konzentrationsbewegung findet viel zu wenig Beachtung. Der größere Teil der deutschen Produktion ist in der Gewalt von Konzernleitern. Die deutsche Metallindustrie wird fast reißlos von großen Konzernen beeinflusst. An der Spitze der großen Konzerne stehen Dachgesellschaften, meist in der Form von Aktiengesellschaften. Diese anonymen Gesellschaften sind die Besitzer eines großen Teiles des deutschen Nationalreichtums, ihre Direktoren sind Diktatoren eines großen Teiles der deutschen Produktion.

Ein Blick in die Literatur über diese Konzerne läßt die Größe der in ihnen zusammengeballten Wirtschaftsmacht erkennen, aber auch die Größe der Gefahr, die diese Konzerne für die deutsche Entwicklung und für die Zukunft der Arbeiterbewegung bedeuten. Sie diktiert die Preise. Sie werden nicht geleitet unter großen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern unter dem Gesichtspunkt des Profits. Sie können auf die Entwicklung der inneren Struktur der deutschen Volkswirtschaft so ungünstig einwirken, daß sie keine ausreichende Lebensgrundlage für die deutsche Bevölkerung mehr darstellt. Sie können einem schwachen Staat gegenüber auf alle gesetzgeberische Regelung in wirtschaftlichen Dingen preisen, sei es auf dem Gebiete der Preisbildung, sei es auf dem Gebiete der Sozialpolitik.

Es ist nicht nur die geballte wirtschaftliche Macht, die diese Konzerne dem Staat gegenüber stark macht, sondern auch die Undurchsichtigkeit der Verfassung und der inneren Beziehungen dieser Konzerne. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die bisherige Steuer- und Gesetzgebung über die Kapitalflucht, über den Verkehr mit Devisen diesen Gebilden gegenüber ohnmächtig war. Es muß das Ziel eines jeden um das Gemeinwohl besorgten Staatsbürgers sein, die ungeheure wirtschaftliche Macht dieser Konzerne staatlicher Kontrolle und staatlichem Einfluß zugänglich zu machen, damit nicht das Wohl und Wehe des deutschen Volkes von der Willkür weniger Wirtschaftsdiktatoren abhängt. Die erste Voraussetzung dazu aber ist, daß die großen Konzerne durchsichtig gemacht werden.

Dazu gehört, daß die Betriebsrätegesetzgebung der Konzernentwicklung in Deutschland angepaßt wird. Die durch das Gesetz gegebene Eileiterung und der Aufbau der Betriebsräte nach oben muß dem Aufbau der Konzerne nachfolgen. Das erfordert nicht nur das Interesse der Allgemeinheit, das demokratische Durchdringung der Wirtschaft erfordert, sondern auch das Interesse der Arbeiterschaft. Die Dachgesellschaften der großen Konzerne sind die Generalläden des Unternehmertums in dem großen Kampf zwischen Unternehmerrückwärts und Arbeitermacht. In diese Generalläden muß der Einfluß der Arbeiterschaft eindringen, um ihre gewaltige wirtschaftliche und politische Uebermacht einzuschränken.

Die Durchführung dieser Aufgaben erfordert das Eingreifen der Gesetzgebung gegenüber der Konzernmacht. Sozialdemokratischer Stimmzettel gegen Konzernmacht! Das muß deshalb am 4. Mai die Parole sein. Es gibt keinen Betrieb, in dem Metallarbeiter arbeiten, der nicht in der einen oder der anderen Form zu einem der großen Konzerne gehörte. In jedem Betrieb der Metallindustrie muß deshalb für diese Parole geworden werden, die den Gegner an der Grundposition ansieht.

Im Bordertreffen des Kampfes.

Der Kampf der deutschen Metallarbeiter.

Das deutsche Unternehmertum holt zu einem entscheidenden Stoße gegen die deutsche Arbeiterbewegung aus. Es hält die Stunde für gekommen, um die verhassten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter niederzukämpfen. Die schwere Wirtschaftskrise, die Deutschland schlingelt, ist die Folge der Politik der Schwerindustrie, die im Kampfe gegen die deutsche Arbeiterschaft voransteht. Diese Wirtschaftskrise erleichtert dem Unternehmertum den Kampf gegen die Arbeiterschaft. Krise und Geldentwertung haben nicht nur die Massen verelendet, sie haben auch die Kampfkraft der Organisationen der Arbeiter geschwächt — auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Ereignisse der vergangenen Jahre lehren der deutschen Arbeiterschaft, daß Hungerlohn, unzureichende Ernährung, Verelendung dem Kampf der Arbeiter um ihren kulturellen Aufstieg nicht neue Kraft geben, sondern ihm Kräfte entziehen. Die Führer des Unternehmertums wissen das besser, als mancher Katastrophenpolitiker in der Arbeiterbewegung. Als die Massen der Arbeiter durch Krise und Geldentwertung ausgeblutet und ermattet am Boden lagen, haben sie zum entscheidenden Stoß angezogen. Sie hatten die Zeit gut gewählt!

Diesen Stoß müssen die freien Gewerkschaften, aber auch die Vereinigte Sozialdemokratische Partei parieren. Er bedroht die soziale und politische Stellung der deutschen Arbeiterschaft. Der gefährlichste Gegner der Arbeiterschaft in diesem Kampfe ist die deutsche Schwerindustrie. Die Struktur der deutschen Wirtschaft, ihre Veränderung durch den Krieg und die Inflationsperiode haben dazu geführt, daß in der Metallindustrie die stärksten Wirtschaftskräfte sich zusammengeballt haben. Hier sitzen die Stinnes und Thyssen, die Kirdborf und Böglers, die Krawäner und Wolff, die Industriediktatoren, die vom Rohstoff bis zur Fertigwarenherstellung Metallgewinnung und Metallverarbeitung beherrschen. Bei ihnen ist der Geist des Unternehmerrückwärts zu Hause, der in den Arbeitern nur willenlose Maschinen und Hörige sieht.

Aber dieselbe Entwicklung, die zur Zusammenballung wirtschaftlicher Macht im Lager der Metallindustriellen ge-

Der Dank vom Hause Thyssen.

Zum Nachdenken für alle Arbeiter.

Mit dem Schlagwort von der „Volksgemeinschaft“ wollen die Unternehmer und die politische Reaktion die Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie abziehen. Wirtschaftliche Organisationen, mit Unternehmern verbunden, gehen mit diesem Schlagwort hausieren. Die folgende Zusammenstellung zeigt, was die Unternehmer unter Volksgemeinschaft verstehen:

I.

Reinz, 22. Januar 1923. (Börsen-Telegramm.) Die Abordnung der Arbeiter und Angestellten von den Thyssenschen Werken war heute in Mainz anwesend um beim General-Deputierten gegen die Verhaftung der Leiter ihrer Werke und der Werksdirektoren zu protestieren und deren sofortige Freilassung zu verlangen.

Düsseldorf, 26. Januar 1923. (Telegramm.) Die polnisch sprechenden Arbeiter und Beamten der Thyssenschen Werke in Hamborn erklären, nur den Anordnungen der Reichsregierung und ihrer Verfechtung folgen zu wollen und machen ausdrücklich auf die Not und das Elend aufmerksam, die für ihre Familien durch die Verhaftung ihres obersten Chefs, Herrn Fritz Thyssen, erwachsen können.

Hamborn, 26. Januar 1923. („Frankfurter Zeitung“.) Herr Fritz Thyssen bittet um Mitteilung, daß... er nicht alle Briefe beantworten könne, und daher öffentlich seinen Dank aussprechen müsse. Er schreibt: „Meine Kameraden — Arbeiter, Angestellte und Werkleiter — und ich stehen alle für unsere gemeinsame deutsche Sache und deutsche Art; wir wollen keine großen Worte machen, aber wir werden fest bleiben und treu.“

II.

Dulsburg, 30. November 1923. (Telegramm.) In den ersten Oktobertagen dieses Jahres unternahm die Unternehmer einen Vorstoß, die verlängerte Schichtzeit einzuführen. Die gesamte Ruhrarbeiterschaft wendet sich gegen diese Maßnahme. Nachdem nacheinander mehrere Wochen die größte Zahl der Bergarbeiter des Ruhrgebietes der Erwerbslosenfürsorge überwiesen und dadurch mit ihren Familien stark ins Hintertreffen gekommen sind, versucht es die Gewerkschaft Friedrich Thyssen, einen erneuten Vorstoß gegen die bisherige Schichtzeit, Arbeitsordnung und sonstigen Vereinbarungen vorzunehmen. Sämtliche Arbeiter wurden ausgesperrt. Nachdem einige Tage verstrichen, gestattete Herr Direktor Wilmanns und andere Vertreter des Thyssen-Konzerns, ihren Betriebsräten und den Vertreter der Gewerkschaften folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

1. Die Schichtzeit beträgt: Unter Tage 8 Stunden ...
2. Über Tage 12 Stunden einschließlich 2 Stunden Pause.
3. Der Lohn wird auf Grundlage eines Durchschnittslohnes der Gesamtbelegschaft von 4 Mark je Schicht festgesetzt, zuzüglich ein Drittel unter Tage für die achttägige Schicht und zuzüglich ein Viertel über Tage für die zwölftägige Schicht.
4. Die Vorkriegsleistung muß erreicht werden, um das Abkommen mit der Union zu erfüllen.

Kusperrung, Raub des Weihnachtstages, Lohnraub — das war die Antwort des Herrn Fritz Thyssen an „meine Kameraden“. Das ist die „Volksgemeinschaft“, wie die Unternehmer sie verstehen. Nur eine Antwort ist darauf zu geben: am 4. Mai den sozialdemokratischen Sammeltag!

Ein lehrreiches Beispiel.

Die Justiz im Bunde mit den Unternehmern.

Das Lübecker Hochofenwerk sucht der Arbeiterschaft eine Arbeitszeit von 12 Stunden aufzuwingen, bei der sich für einen Teil der Arbeiter mit längerer Arbeitszeit eine Arbeitsbereitschaft bis zu 16 Stunden ergeben würde. Die Direktoren des Hochofenwerks hat dabei natürlich mit dem Widerstand der Arbeiter zu rechnen, den es in jeder Weise zu brechen sucht. Auch mit Hilfe der Justiz, des Landgerichts Lübeck. Als Ergebnis ihrer Bemühungen in dieser Richtung konnte die Direktion im Inkrafttreten des „General-Eingelages“ folgende

Einstweilige Verfügung des Landgerichts Lübeck

vom 22. März 1924 bekanntgeben:

„Dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Lübeck, dem Gewerkschaftssekretär Adolf Böwig, wird bei einer Haftstrafe von einer Woche für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, durch öffentliche Bekanntmachung die Arbeiter, die beim Hochofenwerk angestellt sind, zum Bruch ihres Arbeitsvertrages aufzufordern.“

Der Antragsgegner hat die Kosten dieser einstweiligen Verfügung zu tragen.“

Den Arbeitsvertrag mit achttägiger Arbeitszeit hat das Hochofenwerk gebrochen. Es kann sich dabei allerdings darauf berufen, daß die Arbeitszeiterordnung und deren Auslegung durch die Schlichtungsausschüsse und Schlichter es bei diesem Vorgehen ermuntert hat. Anstatt in drei Schichten zu je acht Stunden soll in zwei Schichten zu je 12 Stunden gearbeitet werden, mit zwei Dritteln der bisherigen Belegschaft. Das letzte Drittel soll arbeitslos bleiben, hungern. Der grundsätzliche Achtstundentag möchte einen zwölftägigen Arbeitsvertrag als unzulässig ausschließen. Die ausführenden Organe der Befehlsgewalt müßten sich entschieden dagegen wenden, daß die Vorklage der Arbeitnehmer infolge der Krise dazu ausgenutzt wird, einen Arbeitsvertrag mit 12stündiger Arbeitszeit von ihnen zu erpressen. Kein Arbeiter, der wirtschaftlich frei ist, wird auf dem Wege gegenständlicher Uebereinkunft einen derartigen Arbeitsvertrag eingehen, keine Gewerkschaft wird ihn anerkennen.

Den Streik, den Bruch ihres Arbeitsvertrages, beschließen die Arbeiter selber, nicht etwa die Gewerkschaftsleiter, die lediglich für die Ausführung der Beschlüsse ihrer Mitglieder zu sorgen haben. Der Kampf um die Arbeitszeit auf der gesetzlichen Basis ist Sache der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wüßte der Staat sich das zwischen, müßte er, zumal in der gegenwärtigen Zeit, für die Arbeitnehmer eintreten. Besonders in solchen Fällen, wo die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Frauen, die Dauer von acht Stunden um vier Stunden überschreitet. Das Reichsarbeitsministerium bzw. seine Schlichter

erklären Schlichter mit zehntägiger Arbeitszeit für verbindlich. Die Justiz aber hätte sich lediglich im Sinne des § 11 der Verordnung über die Arbeitszeit zu betätigen. Statt dessen versucht ein Gericht auf Verlangen eines Unternehmers, diesen in seiner Absicht zu unterstützen, eine zwölftägige Arbeitszeit zu erpressen, ihm bei der Erlangung eines wesentlichen Vermögensurteils behilflich zu sein, auf Kosten der Arbeitskraft, des Familien- und Kulturlebens der Arbeitnehmer. Dem Landgericht Lübeck stand zu diesem Zweck nur der Weg seiner „Einstweiligen Verfügung“ offen, den es beschritten hat.

An sich ist diese „Einstweilige Verfügung“ für den Arbeitszeitkampf auf dem Lübecker Hochofenwerk belanglos. Bezeichnend ist nur, daß „der Antragsgegner“, der Genosse Böwig, noch oben drein die Kosten tragen soll für die von dem Unternehmer vom Landgericht gegen ihn erlangte Verfügung.

Um so beachtenswerter ist die Tendenz, den Arbeitnehmern in ihren wirtschaftlichen Kämpfen durch gerichtliches Eingreifen in den Rücken zu fallen. Selbst wenn man nicht behaupten will, daß das Lübecker Beispiel Schule macht, so ist doch nicht die geringste Garantie dafür geboten, daß das, was hier in Lübeck probiert wird, nicht anderswo ebenfalls versucht wird.

Die „Einstweilige Verfügung“ kommt daher gerade zur rechten Zeit, um nicht nur die Metallarbeiter, sondern alle Gewerkschaftsangehörigen daran zu erinnern, daß selbst die stärkste Gewerkschaft die Interessen ihrer Mitglieder nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgen kann, wenn die politische Macht, die Regierungsgewalt und die Rechtsprechung vom Standpunkt der Unternehmer ausgeht wird. Die Antwort auf die Lübecker Verfügung, auf die sich jetzt wieder stärker bemerkbar machenden Tendenzen gegen die Arbeiterschaft, muß daher recht deutlich gegeben werden:

Wählt am 4. Mai sozialdemokratisch!

Was die Unternehmer wollen.

Gegen Tarifverträge und Gewerkschaften.

Der Leiter der Pressestelle der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlicht zur Industrietagung einen Artikel, in dem er darlegt, wie er die Sozialpolitik verstanden wissen will. Er schreibt:

Sie muß namentlich innerhalb eines Staates, dem durch zwischenstaatliche Bindungen die allerhöchsten Hemmnisse in den Weg gelegt sind, die Betriebe und die an diesen beteiligten Arbeitskräfte in den Stand setzen, sich frei zu regen und die Beziehungen der zum Betriebe gehörenden Persönlichkeiten untereinander frei zu bestimmen. Das ist eine Forderung, die in guten Zeiten und bei verständlich geleiteten Betrieben immer beachtet ist und diese letzteren in die Lage versetzt hat, Höchstleistungen hervorzubringen und gleichzeitig eine befriedigende Lebenshaltung aller am Werke schaffenden Kräfte zu gewährleisten. Erst die weitgehende Schwächung des deutschen Wirtschaftslebens nach der Revolution hat hierin bedeutliche Veränderungen eintreten lassen. Wenn sich nun — verschieden nach Art und Form, verschieden auch nach der Kraft der Einwirkung — in der deutschen Wirtschaft eine Umkehr von Zwang und Bindung geltend macht, wenn namentlich die Regelung des Arbeitsverhältnisses unter Beseitigung der distanzierenden Organisationen gewährt Monopolstellung wieder mehr als bisher durch freie Vereinbarung gesucht wird, dann entspricht das durchaus den Grundgedanken gesunder Wirtschaftspolitik.“

Aus dem vorstehenden Sinn dieses Artikels ins Deutsche übersetzt, heißt das: Die Unternehmer wollen in ihren Betrieben mit ihren Arbeitern ohne Gewerkschaften verhandeln und verfahren. Sie wollen nicht verhandeln mit Verbänden, sondern mit zerstückelten Arbeitsgruppen. Sie wollen keine Tarifverträge, sondern wollen im Einzelfall die Arbeitsbedingungen bis zum äußersten verschlechtern. Sie werden die völlige Beseitigung aller Arbeiterrechte im nächsten Reichstag erstreben. Jeder Arbeiter muß deshalb dafür sorgen, daß im nächsten Reichstag eine starke sozialdemokratische Fraktion ihnen erfolgreich entgegenzutreten kann.

Um die Lebenshaltung.

Die Sozialdemokratie für niedrige Preise und hohe Löhne.

Ununterbrochen hat die Sozialdemokratie für eine ausreichende Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung gekämpft. Sie wollte niedrige Preise und hohe Löhne. Sie ist deshalb eingetreten:

1. gegen die Wucherpolitik der Kartelle und Syndikate, die zur Preissteigerung aller Bedarfsartikel geführt hat;
2. für niedrige Lebensmittelpreise durch behördliche Bewirtschaftung;
3. für die Wohnungsbewirtschaftung und den Mieterschutz gegen die Goldmieten und die Obdachlosigkeit.

Alle bürgerlichen Parteien aber kämpfen für hohe Preise, niedrige Löhne, Goldmieten und freie Wohnungswirtschaft. Um den Lohn und die Renten vor der Geldentwertung zu schützen, hat die Sozialdemokratie wiederholt, zuletzt Mitte 1923, Anträge gestellt, daß Löhne, Gehälter, Sozialrenten und Unterhaltungen wertbeständig zu machen sind.

Die Regierung hat aber ihre Zusagen nicht gehalten. Sie hat vielmehr den Lohnraub durch die Unternehmer gefördert. In dem Briefe des Reichsfinanzministeriums an den Reichsarbeitsminister vom 24. Januar 1924, in dem unter Hinweis auf die Eingaben von Arbeitgeberverbänden gegen die Lohnfestsetzung durch die Schlichtungsausschüsse Einspruch erhoben wird, wird angeregt:

„Durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassende Verordnung die Spruchfähigkeit der Schlichtungsausschüsse dahin einzuschränken, daß über die Lohn- und Gehaltsfrage des Reichs nicht aber nur unter besonderen Voraussetzungen hinausgegangen werden darf.“

Die Sozialdemokratie hat diese Absicht verhindert. Dennoch hat die bloße Anregung genügt, um den Widerstand der Arbeitgeber gegen ausreichende Löhne zu stärken und jene Lohnpolitik zu fördern, die der Automobilfabrikant Henry Ford die „leichteste und lieblichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden“, nennt, das Bestreben, „die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzumägen“.

Strafantrag im Zeigner-Prozess.

3 Jahre Zuchthaus für Zeigner, 4 für Möbius.

Leipzig. (Eigener Drahtbericht.)

Anschließend an das Gutachten der medizinischen Sachverständigen vernahm das Gericht den Untersuchungsrichter. Für ihn habe im Falle Friedrichsen kein Zweifel bestanden, daß die Schmutzfäden für Minister Zeigner bestimmt gewesen seien. Was die Befürchtung eines Selbstmordes betreffe, so habe Frau Dr. Zeigner bei einer Unterredung mit ihrem Mann gesagt, daß seine eigenen Parteigenossen keinen Tod wünschten. Auch Dr. Graf habe Dr. Zeigner gesagt, er müsse, wenn er wirklich schuld sein sollte, soviel Ehrgefühl besitzen und aus dem Leben scheiden. Nach einer Rücksprache mit Dr. Möbius habe Dr. Zeigner dem Untersuchungsrichter von sich aus Mitteilungen von der Vernichtung der Militärakten gemacht, wovon der Untersuchungsrichter keine Ahnung hatte. Frau Dr. Zeigner habe dem Untersuchungsrichter gesagt, daß sie den Pelz ohne Wissen des Mannes habe holen lassen.

Um 12 Uhr ergreift der Staatsanwalt das Wort zur Begründung der Anklage. Bei den Verfehlungen Dr. Zeigners, die so gewaltiges Aufsehen erregt hätten, handle es sich nicht um politische Straftaten, sondern um gewöhnliche Beleidigungen. Dr. Zeigners Laufbahn wurde am 28. Oktober durch seine Enthebung vom Posten des Ministerpräsidenten jäh unterbrochen; durch seine Verhaftung kürzte er auch moralisch von seiner hohen Stellung herab. Der Parteimann Zeigner müsse vollkommen ausschalten, es handle sich nur um den Menschen. Der Staatsanwalt lehnt sich dann mit den einzelnen Punkten der Anklage auseinander. Die Aufmerksamkeit stehe für Dr. Zeigner insofern günstig, als es sich um eine impulsive Tat gehandelt habe, die nur auf Selbstbeurteilung, nicht auf Begünstigung anderer hinzielt. Eine Verjährung liege jedoch nicht vor. Im Fall Trommer vertritt der Staatsanwalt die Ansicht, daß Dr. Zeigner Trommer wirklich aufgeführt habe, um ihn zu einer Beleidigung zu bewegen. Wenn Geheimrat Kunze von der Angelegenheit auch erfahren habe, so sei das nur Sache gewesen. Gegen Zeigner spreche der Umstand, daß er den Brief Trommers vernichtet und die Sache nicht angezeigt hat. Viel schwerer liege der Fall Brandt. Hier hat Zeigner selbst gegeben, daß er beim Paketversand das Gefühl hatte, daß Geld darin sei. Gleichgültig sei, daß Zeigner das Geld weiter oder zurückgegeben hat. Tatsächlich habe er das Geld angenommen, wie jeder auch die Gans. Damit ist die Beleidigung gegeben. Am unfruchtbarsten ist der Fall Friedrichsen, weil hier Möbius und Triborski ihre Aussagen geändert haben, was jedoch auf unläuterer Beeinflussung zurückzuführen sei. Auch in diesem Fall liege Beleidigung vor.

Darauf kommt der Staatsanwalt zur

Stellung der Strafanträge.

Da die Vernichtung der Militärakten aus dem Mitleid heraus zu verstehen ist, sei nicht auf die Höchststrafe zu erkennen, 6 Monate Gefängnis dürften genügen. Im Fall Trommer beantrage der Staatsanwalt je 3 Monate Gefängnis für Zeigner und Möbius. Im Falle Brandt und Friedrichsen könnten auch bei weitgehender Berücksichtigung der Persönlichkeiten Zeigners und seiner selbstverschuldeten Abhängigkeit von Möbius keine mildernden Umstände zuerkannt werden. Der Schaden, den die Beleidigung Dr. Zeigners der sächsischen Regierung und der sächsischen Justiz zugefügt habe, sei ungenügend. Daher müßte trotz des Bemerkens, daß eine Zuchthausstrafe Dr. Zeigner bei seiner Gesundheitsankunft schwer treffen würde, das Berechtigtheitsgefühl Dr. Zeigners doch selbst eine Zuchthausstrafe als gerade Sühne für seine Verletzungen angesehen erscheinen lassen. Möbius aber, der wie eine Axt auf Zeigner hing und den Verführer spielte, ein Schleier schlimmster Sorte, müßte härter beurteilt werden. Der Staatsanwalt beantrage im Falle Brandt gegen Dr. Zeigner 2 Jahre Zuchthaus für die Annahme des Geldes und ein Jahr Zuchthaus für die Annahme der Gans, für Möbius entsprechend 3 Jahre und 1/2 Jahr Zuchthaus. Im Falle Friedrichsen für Dr. Zeigner 1 1/2 Jahr und für Möbius 2 Jahre Zuchthaus. Alle diese Strafen zieht der Staatsanwalt in 3 Jahre Zuchthaus für Dr. Zeigner und 4 Jahre Zuchthaus für Möbius zusammen. Im Falle Sämöel beantrage der zweite Staatsanwalt für Dr. Zeigner 6 Monate Gefängnis, für Möbius 5 Monate wegen Beihilfe.

Nach der Mittagspause erreicht der erste Verteidiger Dr. Franz das Wort. Er hebt die Menschlichkeit der Rede des Staatsanwalts hervor, der dem Menschen Dr. Zeigner Gerechtigkeit widerfahren lassen und anerkennen habe, daß er nicht aus Habgucht oder anderen egoistischen Motiven sich habe treiben lassen. Aber aus dieser Auffassung habe der Staatsanwalt nicht die Konsequenzen gezogen. Denn den Motiven, die der Staatsanwalt zugibt, widerspreche keine Forderung nach drei Jahren Zuchthausstrafe; bei niedrigen Mollaten hätte die Strafe nicht höher sein können. Auch die Verteidigung sieht in Zeigner nicht den Menschen ohne Schuld, ohne Fehler, aber er war mit hohen Idealen besetzt und ist nur durch das Zusammenreffen von Ereignissen schuldig geworden, die ihn als wehrloses Opfer in die Hand des Möbius gegeben haben. Strafrechtlich treffe Dr. Zeigner mit der Vernichtung der Militärakten kein Verbrechen. Außerdem liege Verführung vor. Im Falle Friedrichsen wurden die Schmutzfäden in Abwesenheit Dr. Zeigners in seine Wohnung gebracht, der sie dann wieder zurückgegeben hat. Die geruchlose Erkledigung auch dieser Angelegenheit war für Zeigner gegeben. Eine Beleidigung zu konstruieren, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Im Falle Friedrichsen hat Zeigner so torvort gehandelt, wie das ein Mann mit gefesselten Händen tun konnte. Das gleiche trifft im Falle Brandt zu. Im Falle Sämöel liege nichts Strafbares für Dr. Zeigner vor; lediglich die Eitelkeit und Eitelucht der Frau habe die Hände im Spiele gehabt. Das Bedenkliche ist, wie die belästigenden Aussagen des Möbius auszuinterpretieren sind. Er selbst behauptet, daß der Untersuchungsrichter Dr. Riedler und Rechtsanwalt Dr. Weiler ihn dazu veranlaßt haben, die mindestens Part ungesellig auf ihn eingewirkt haben, schon allein durch ihre politische Einstellung. Es war mindestens ein letzter Ausfall, daß Dr. Weiler dreimal den Möbius auf dem Korridor des Untersuchungsgefängnisses traf und ihm zulustern konnte, er möge Zeigner befehlen, um selbst befreit zu werden, und ihm eine Anstellung in Aussicht zu stellen. Aus den Beziehungen des Möbius zu Zeigner und aus den Beeinflussungen durch Dr. Weiler erklärten sich die ersten Aussagen des Möbius. Im Falle Weiler liege nichts Strafbares vor; dieser Fall sei nicht erwiesen.

Im Wahlkreis Dresden-Bauhen stellte die Deutsche Volkspartei als Spitzenkandidat den ehemaligen Justizminister Dr. Heine auf.



Man fordere sie!

Sie wissen genau: die Massary-Zigaretten sind wahrhaft gut. Verlangen Sie sie mit Nachdruck! Heute, morgen, übermorgen, Tag für Tag, überall. Ihr Wunsch ist maßgebend!

KLEINE MASSARY 2 &

Die Plädoyers im Hitler-Prozess.

Das Urteil wahrscheinlich am Montag.

Im Hitler-Prozess sprachen gestern zunächst die Verteidiger Lubendorffs. Dann forderte Justizrat Kohl für seinen Mandanten die Freisprechung. Er führte u. a. aus: Am 23. September war eine Sitzung Vaterländischer Verbände in Berlin, an der Justizrat Claß teilnahm. Claß wies darauf hin, daß die Aufstellung eines Direktoriums notwendig sei. Am 24. September war Claß bei Seekt. Seekt lehnte ab. Damit war die Sache für Norddeutschland unmöglich. Am 25. September war Baron Kuffel bei Claß. Claß bandelte mit Kuffel an, weil man dachte, gehts nicht mit Norddeutschland, dann gehts vielleicht mit Nord- und Süddeutschland zusammen. In Berlin wurde vereinbart, daß das Zeichen für einen Putsch im ganzen Reich, der das Direktorium errichten sollte, in München gegeben wurde, und dieses Zeichen sollte Kohl am 8. November im Bürgerbräukeller geben. Den Kampfband freilich hat man über diese Dinge nicht informiert, und zwar aus Mangel an Hölle Courage, weil sie sich nicht trauten, offen zu sagen, daß Lubendorff und Hitler ausgeschaltet werden sollen. In der Hand der Rede Kohrs im Bürgerbräukeller sucht Kohl nun nachzuweisen, daß diese Rede tatsächlich das Flammenzeichen für ganz Deutschland sein sollte. Kohl beschließt sich dann mit dem Einwurf der Zeugen, daß sie im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers nur Komödie gespielt hätten.

Damit sind die Plädoyers abgeschlossen. Es folgt am Donnerstag eine kurze geheime Sitzung, in der Rechtsanwalt Hameter für seinen Mandanten Wagner die besonderen Verhältnisse in der Kriegsschule bespricht. Dann soll eine kurze Replik der Staatsanwaltschaft erfolgen, woran sich wahrscheinlich noch einige kurze Bemerkungen einzelner Verteidiger schließen. Mit einer Rede Hitlers wird dann der Prozess geschlossen. Das Urteil dürfte am Montag gefällt werden.

Der Verteidiger Lubendorffs, Rechtsanwalt Dr. Buegebrunn-Göttingen hat dem Vorgesetzten Gutachten der Universitätsprofessoren Bornhauf-Berlin, Geh. Rat v. Hippel-Göttingen, Geh. Rat Träger-Warburg, Prof. Kohrausch-Berlin und Geh. Rat Belling-München überreicht, die sich sämtlich zugunsten einer strafrechtlichen Unschuld Lubendorffs aussprechen.

Claß leugnet.

Zu den Ausführungen des Justizrats Kohl schreibt Justizrat Claß der BS-Korr.:

„Mein Besuch bei Herrn v. Seekt am 24. September 1923, dessen Verlauf übrigens gerichtlich festgelegt ist, galt nicht der Frage des Direktoriums. Hieron war mit keinem Wort die Rede.“

„Mit Erzeugung v. Kahr habe ich nicht erst nach diesem Besuch 'angebanzelt', sondern seit dem Frühjahr 1922 Beziehungen unterhalten. Ich wiederhole, daß Bindungen oder ähnliche Abmachungen nicht eingegangen sind, also auch nicht wegen etwaigen Loschlagens im Norden für einen bestimmten Zeitpunkt.“

Für mich war jedenfalls die Rede des Herrn v. Kahr am 8. November kein Signal und mir ist auch im Norden niemand bekannt, für den sie es gewesen sein könnte. Ich überlasse es Herrn Justizrat Kohl, aus dieser Feststellung die bedingt angelegten Schlussfolgerungen zu ziehen.“

Wirtschaft

Reichsindex für die Lebenshaltung.
24. März: 1,07 Billionen (unverändert).

Die Angst vor der freien Konkurrenz.

Es ist noch gar nicht so lange her, seit unter der Devise: „Heran an die Weltmarktpreise“ die Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft jeden Eingriff des Staates in die Preisbildung von sich wiesen. Heute hört man andere Töne. Die Regierung beabsichtigt nämlich, von dem System der Einfuhrverbote abzugehen und die Zölle wieder zu einem Mittel der Handels- und Wirtschaftspolitik zu machen. Das wird vom Anfang des nächsten Jahres ab möglich sein, da dann die im Friedensvertrage Deutschland auferlegte Weisbegünstigung gegenüber allen Ententeländern erlischt und wir dann wieder eine selbständige Handelspolitik treiben können. Schon jetzt, während die Vorbereitungen zur Neugestaltung des Zolltarifes im Gange sind, rufen alle Interessentengruppen, um möglichst viel für sich herauszubekommen, und insbesondere ist es die Industrie, die nun fast volle 10 Jahre, während des Krieges und während der Währungsnot, eine Konkurrenz des Auslandes kaum gekannt hat und trotz der niedrigen Löhne bereits über den Weltmarktpreis steht, die jetzt einen unerschöpflichen Zollschutz verlangt. Jetzt auf einmal sind die Weltmarktpreise nicht hoch genug, und die tiefe freie Konkurrenz ist, wo sie den Verbrauchern billige Preise bringen kann, ein gefährlicher Schaden für die deutsche Wirtschaft. Vater Staat, dem man das Recht zur Kontrolle und Bewirtschaftung der Wirtschaft bedingungslos abgesprochen hat, darf, ohne des „Morgens“ verdächtigt zu werden, den Vollzisten für die industriellen Interessen abgeben und die Profitrate steigern helfen, wenn die Industriellen erklären, daß die Preise nicht ausreichen.

Als Mittel der Handels- und Produktionspolitik werden Zölle nie ganz zu entbehren sein; besonders nicht heute, wo eine große Zahl von Staaten die Einfuhr deutscher Produkte mit hohen Zöllen belegt hat, wird Deutschland sich nicht den Luxus leisten können, von jedem anderen Staat Waren unversollt hereinzulassen. Man kann nun Zölle als Mittel einer gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik und als Mittel zu einer Annäherung der Völker benutzen, man kann sie aber auch zu einer einseitigen Belastung der breiten Verbraucher-massen und zur Ausstrahlung internationaler kapitalistischer Interessententeile anwenden, ohne daß für die Volkswirtschaft des betreffenden Landes irgend welcher Nutzen entspringt. Gegen die letztere Art der Zollpolitik hat die Sozialdemokratie seit jeher auf das schärfste Einspruch erhoben, und sie wird es auch in Zukunft tun. Eine Zollpolitik, die nur bestimmt ist, der Privatwirtschaft zu dienen und die Kosten der Währungsnotierung ebenso auf die breiten Massen abzumäßen, wie man ihnen die Inflation auferlegt hat, in jedem Falle zu bekämpfen.

Interessant sind die Vorgänge, die sich jetzt innerhalb der Automobilindustrie abspielen. Es heißt nämlich, daß der Amerikaner Henry Ford beabsichtigt, seine billigen Automobile in Deutschland zu einem Preise von etwa 250 Dollar pro Stück einzuführen.

Der Reichsverband der Automobilindustrie hat nun zur Frage der Einfuhrpolitik folgende Darlegungen veröffentlicht:

„Die Automobilindustrie hat vor dem Kriege etwa 45 Proz. ihrer gesamten Produktion nach dem Auslande geschickt. In diesem Blut ist ihr daher die Notwendigkeit übergegangen, alles zu verkaufen, um wieder als gleichberechtigter Konkurrent auf dem Auslandsmarkt mit in vorderster Reihe zu stehen. Wüßte und natürlich muß ihr daher der Gedanke erheben, sich auf die Dauer hinter Einfuhrverbote zu verziehen und die Konkurrenz mit dem Auslande zu scheuen. Denn wir können nicht zugleich Auslandsgeschäfte machen und das Ausland selbst vom deutschen Markt abhalten. Aber eins muß gewahrt werden, nämlich eine Uebergangskrist, sich nach den langen Kriegs-, Revolutions- und Inflationsjahren umzustellen, um sich vor allem auch in der Preisgestaltung dem Weltmarkt anpassen zu können.“

Trotzdem im Reichsverband der Automobilindustrie seit Jahren durch Verhandlungen mit den Material- und Zubehörindustrien auf das eifrigste an der Senkung der Preise gearbeitet wird (?), waren

Öffentl. Wählerversammlungen

Freitag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr:

Sieglist: Aula der Realschule, Florastraße. Tagesordnung: Sozialdemokratie und Reichstagswahl. Referent: Preußischer Minister des Inneren Severing.

Neußölln: Aula der Oberrealschule, Emjer Straße 134. Tagesordnung: „Die Mieter, die Mieten und die Reichstagswahl“. Referent: Landgerichtsrat Ruben.

alle diese Bemühungen erfolglos, solange die furchtbare Periode der Inflation alle diese Bemühungen zur Ergebnislosigkeit verdammt. Erst von Beginn dieses Jahres an, als die neugeschaffene Währung sich als stabil und hielt fest erwies, war die Möglichkeit für eine vernünftige Kalkulation und damit die Grundlage für die erforderliche Umstellung der deutschen Automobilindustrie gegeben. Diese Umstellung, verbunden mit der Hergabe der letzten finanziellen Reserven, darf aber nicht unterbrochen werden (!) durch eine zu plötzliche Öffnung der Grenzen und die im gleichen Moment erfolgende Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit vielen Tausenden ausländischer Wagen. Selbst das Ausland, mit dem dieselbe über diese Frage verhandelt wurde, muß vernünftigerweise anerkennen, daß der deutschen Industrie diese erforderliche Utempaue geröcherweise gewährt werden muß. Man darf nicht von heute auf morgen Ummögliches erwarten. Der Umstellungsprozess wird, wenn er nicht von heute auf morgen unterbrochen wird, in absehbarer Zeit dazu führen, daß unter Zugrundelegung eines Zollschutzes, wie ihn durchschnittlich auch das Ausland hat, die Preisspanne zwischen ausländischen und deutschen Kraftwagen ganz wesentlich verringert wird.

Die Automobilindustrie ist überzeugt, daß sie dann den Konkurrenzkampf mit dem Auslande nicht zu scheuen braucht und daß dadurch rech. bald die dem Deutschen nun einmal besonders eigentümliche Vorliebe für das ausländische Fabrikat auf das übliche normale Vorkriegsniveau zurückgedrängt wird. Erfreulicherweise sieht auch unsere Regierung ein, daß der deutschen Automobilindustrie eine gewisse Uebergangszeit für ihre Umstellung nicht verweigert werden darf und daß sie die Verantwortung dafür nicht tragen könnte, wenn durch eine überhastete Öffnung der Grenzen alle die gebrachten enormen Opfer vergeblich sein würden.“

In diesen Ausführungen kommt ganz klar und deutlich der Wunsch zum Ausdruck, mit Hilfe von Schutzzöllen die Mittel zu gewinnen, die eine Umstellung ihrer Produktion ermöglichen. Was es heißt, wenn jetzt scheinbar ganz harmlos ein „Uebergangszoll“ verlangt wird, kann man daran erkennen, wie hoch gegenwärtig ausländische Automobile belastet werden. Die erwähnten Ford-Autos, die 1000 Mark kosten sollen, würden bei dem gegenwärtigen Zoll von 80 Goldmark je Kilo nach ihrer Einfuhr mindestens 10000 Mark kosten! Das ist ein verächtlicher Zollschutz durch und durch ungesund und liegt auf der Hand. Die Industrie muß, wenn ihr ernsthaft die Produktion am Herzen liegt, selbst gegen verärgerte Protestanten aufstehen, nachdem die bisherige Ausschaltung der Konkurrenz bewiesen hat, daß die deutsche Industrie aus ihr keinen Nutzen zieht. Fabriken, die zu teuer produzieren, kann das verarmte Deutschland sich nicht mehr leisten, sie bedeuten eine Vergeudung von Arbeitskraft und Material, also der wertvollsten Vermögenssubstanz, aber die wir noch verfügen. Deshalb muß die Umstellung beschleunigt werden, und man muß von den Seuten, die früher für die freie Wirtschaft so sehr geschwärmt haben und noch heute von ihr begeistert sind, schon verlangen, daß sie sich soweit trennen, um die guten Wirkungen der Auslandskonkurrenz anzuerkennen, auch wenn dadurch für einzelne ungesunde Glieder der Produktion Verluste entstehen.

Die Tarifpolitik der Gemeindebetriebe.

Während der Inflationszeit keilerten die Warenpreise immer rascher nach oben. Sie endeten sogar dem Dollarkurs voraus. Als die Papiermark plötzlich Ende November vorigen Jahres stabilisiert wurde, waren alle Warenpreise stark überhöht, weil die Wirtschaft mit einer noch weitern bedeutenden Verminderung des Marktkurses gerechnet hatte. Es begann jene Periode des Preisabbaues, in der wir uns noch heute befinden.

Auch die öffentlichen Unternehmungen, insbesondere die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke der Kommunen, ihre Straßenbahnen usw. mußten das oben gekennzeichnete Spiel mitmachen. Sie steigerten während der Inflationszeit dauernd ihre Tarife. Als die Stabilisierung der Mark einsetzte, waren sie ebenfalls zum Teil überhöht und mußten jetzt wieder abgebaut werden. In Berlin z. B. werden am 1. April die Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise erstmalig herabgesetzt (Gas auf 19 Pf., Elektrizität auf 18 Pf. mit Grundgebühr). Andere Städte haben mit der Herabsetzung schon früher begonnen.

Bei dem Abbau der Tarife sind zwei Punkte vorzugsweise zu berücksichtigen. Der erste ist die Lage der Unternehmungen selbst. Die kommunalen Werke haben während des Krieges und der nachfolgenden Inflationszeit große Einbuße an Substanz erlitten. Die meisten von ihnen sind seit 1914 niemals ordentlich erneuert und ergänzt worden. Dieser Verlust an Substanz muß erst wieder gutgemacht werden. Die Unternehmungen haben zum Teil nur Papiermarkschulden, d. h. sie sind praktisch schuldenfrei. Dennoch muß bei der Selbstkostenberechnung ein Posten für Vergütung und Tilgung des Friedensgodwertes mitaufgeführt werden. Nur ist der Betrag für Vergütung und Tilgung nicht an irgendwelche Gläubiger abzuführen — die ja tatsächlich nicht existieren —, sondern die betreffen-

den Summen sind als Werterhaltungsfonds zuzuschreiben, aus dem die Wiederinstandsetzung der baulichen Anlagen, der maschinellen Einrichtungen, die Auffüllung der Materiallager usw. zu bestreiten ist. Außerdem müssen noch ordentliche Abschreibungen vorgenommen und ebenfalls dem Werterhaltungsfonds zugeschrieben werden.

Neben den besonderen Bedürfnissen der Werke selbst muß aber bei der Herabsetzung der Tarife auch auf die allgemeine finanzielle Lage der Kommunen Rücksicht genommen werden. Die Kommunen sind, solange die finanziellen Verhältnisse ungeklärt sind, noch stärker, als es vor dem Kriege der Fall war, auf die Erträge ihrer werbenden Anlagen angewiesen. Die Rücksicht darauf schränkt ebenfalls die Möglichkeit ein, die Tarife in starkem Maße abzubauen.

Ueberhaupt empfiehlt es sich, bei der Herabsetzung der Tarife mit Vorsicht zu arbeiten und die Verteilung der Preise Schritt für Schritt durchzuführen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Stabilisierung der Mark, wenn auch seit Ende November vorigen Jahres eine Tatsache, doch noch nicht auf allzu festem Grunde ruht. Wie sind, wie in Dingen der Währungsreform, so auch in wirtschaftlicher und auch in allgemein politischer Hinsicht durchaus noch nicht über den Berg. Es können noch mancherlei inner- wie außenpolitische Ereignisse eintreten, die zur Folge haben, daß die bisher mühsam bewährte Stabilisierung der Mark wieder ins Wanken kommt. Es ist für die Kommunalverwaltungen deshalb ratsam, auf der Hut zu sein und die Einnahmen, die ihnen aus ihren werbenden Anlagen gegenwärtig zufließen, durch Tarifierhebungen nicht vorzeitig und übermäßig zu verringern.

Vom Arbeitsmarkt.

Die Arbeitsmarktlage Groß-Berlins steht weiter im Zeichen andauernder Verbesserung. Hieran sind mehr oder minder fast sämtliche Berufsgruppen beteiligt. Unberührt von der günstigen Gestaltung des Arbeitsmarktes ist die Lage für Handels- und Bureauangestellte, soweit es sich nicht um qualifizierte Kräfte, namentlich in leitender Stellung, handelt. Dieses dürfte in der Hauptsache mit darauf zurückzuführen sein, daß die durch die Inflation eingestellten und durch die Einführung der Goldmarkwährung entbehrlich gewordenen Kräfte mit Rücksicht auf die allgemeine Belebung zum Teil noch von den einzelnen Arbeitgeberern gehalten wurden. Anzeichen einer Besserung zeigt erstmalig auch das Dienstleistungsgewerbe, in dem vereinzelt der Bedarf an Spezialkräften ungedeckt blieb. Insgesamt hat die Zahl der Arbeitssuchenden und Unterstützungsempfänger in der Berichtswache eine weitere erhebliche Abnahme erfahren. Es waren 163 286 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 172 394 der Vorwoche. Darunter befinden sich 127 365 (133 819) männliche und 35 921 (42 575) weibliche Personen. Unterstützungen bezogen 81 905 (85 009) männliche und 15 774 (21 292) weibliche. Insgesamt 97 679 (116 301) Personen. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 3737 gegen 2421 der Vorwoche.

Das Brandenburgische Landesarbeitsamt berichtet über die Arbeitsmarktlage in der Provinz Brandenburg vom 17. bis 22. März: Die leichte Besserung in der Arbeitsmarktlage nahm in der Berichtswache ihren Fortgang. Durchweg ist eine Belebung des Geschäftsganges zu beobachten, die deshalb nicht zur vollen Entlastung kam, da allgemein mit Ausnahme der Textilindustrie über Kapitalnot geklagt wird. Die größte Zahl der Arbeitslosen rekrutiert sich in der Hauptsache aus Schiffen, Bauhandwerkern und ungelehrten Arbeitern.

Die Landwirtschaft hat noch immer erheblichen Bedarf an jüngeren männlichen und weiblichen Arbeitskräften, der nicht immer reiflos gedeckt werden konnte. Die Vermittlung von verheirateten Landarbeitern scheiterte sehr oft wegen Mangels an Wohnungen.

Im Bergbau hielt der neue Geschäftsgang an. Im Ziegelgewerbe blieb es bei schwachen Ansätzen der Besserung, da das Frostwetter eine größere Entlastung nicht zuließ.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hat sich der Arbeitsmarkt weiter günstig entwickelt. In der Sägewerksindustrie hat sich besonders in der Berichtswache der Geschäftsgang gebessert.

Das Baugewerbe dürfte die Frostperiode wohl überwunden haben, denn die Vermittlungstätigkeit von Facharbeitern hat sich erheblich gesteigert. Auch die Eisenindustrie ist ausnahmsfähig geblieben.

Die Textilindustrie ist mit genügenden Aufträgen für die nächsten Monate versehen, so daß der Geschäftsgang als sehr gut bezeichnet werden kann. Auch zeigt die Hutindustrie eine gute Entwicklung.

Das Labalgewerbe ist weiter gut beschäftigt. Am vielseitigsten Gewerbe ist ein weiterer Rückgang von Arbeitslosen zu beobachten.

Der gesunde Sonnenkaffee (Früh!)
zu jeder Tageszeit!

Mofasan

Nau eröffnet!

Damen, Herren, fern und nah,
Eilt zu FERG G. m. b. H.

Elegante Kleidung für Damen und Herren

in großer Auswahl
zu wohlfeilen Preisen

Neuarziges Teilzahlungs-System

WILLY FERG G. m. b. H.

Charlottenstr. 84

☎ vis-à-vis dem Ullsteinhaus ☎
Lieferung erfolgt sofort. Kulante Bedienung.

Kein Laden!

Sonntags findet kein Verkauf statt.

Du sparst an Seife und Waschmittel und erleichterst Dir das Waschen

weiche mit

Henko

die Wäsche ein!

Henko

ein!

Henko Henkels Wasch- und Bleich-Soda bewährt seit einem halben Jahrhundert für Wäsche u. Hausputz

